



04

2007

Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:

60 Jahre Rheinland-Pfalz



Statistik nutzen



J a h r e Rheinland-Pfalz

Fotonachweis

Titelfoto: Iris Stadler

Am 18. Mai 2007 feiert Rheinland-Pfalz seinen 60. Geburtstag. Aus diesem Anlass laden am 19. Mai 2007 Einrichtungen und Behörden der Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, Städte und Landkreise, des Landes und des Bundes in Rheinland-Pfalz zu einem landesweiten Tag der offenen Tür ein. An diesem beteiligt sich auch das Oberlandesgericht in Koblenz (Foto).

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Inhalt

kurz + aktuell	215
Bevölkerung im Wandel Bevölkerungsentwicklung seit 1946	230
Haushalte und Erwerbstätigkeit im Wandel 50 Jahre Daten aus dem Mikrozensus	237
Erwerbsbeteiligung im Wandel Entwicklung des Arbeitskräfteangebots seit 1950	242
Hochschulen im Wandel Entwicklung der Studierendenzahlen seit 1950	248
Öffentliche Finanzen im Wandel – Einnahmen und Ausgaben des Landes und der Kommunen im Zeitablauf	256
Daten zur Konjunktur	262
Zahlenspiegel	287
Neuerscheinungen	297

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

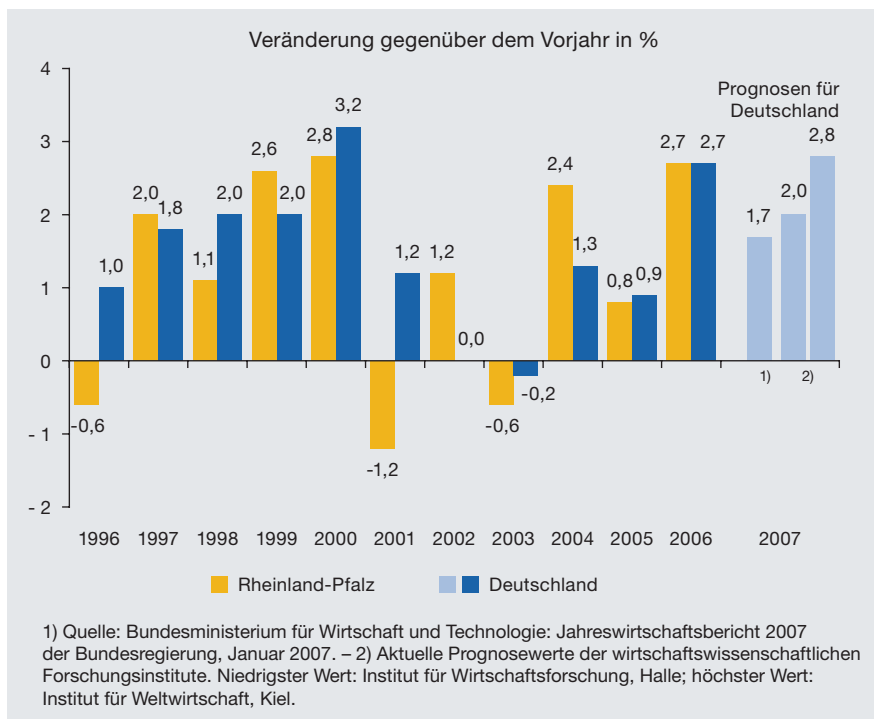
Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz 2006 um 2,7% gestiegen – erstmals über 100 Mrd. Euro

Das Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz so kräftig gestiegen wie zuletzt im Jahr 2000. Die Summe der im Land erbrachten wirtschaftlichen Leistungen hat sich im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 2,7% erhöht. Damit entsprach das Wirtschaftswachstum dem Durchschnitt in Deutschland und in den alten Bundesländern (ohne Berlin); Rheinland-Pfalz lag an vierter Stelle unter den westdeutschen Ländern. Nominal wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 3%. Dadurch stieg der Wert der in Rheinland-Pfalz erbrachten wirtschaftlichen Leistung – in jeweiligen Preisen – erstmals über 100 Mrd. Euro. Mit 100,7 Mrd. Euro hat Rheinland-Pfalz einen Anteil von 4,4% am deutschen Bruttoinlandsprodukt.

Wesentlicher Beitrag des verarbeitenden Gewerbes

Mit dieser zweiten, noch vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ kann jetzt auch die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche dargestellt werden. Demnach hat das verarbeitende Gewerbe, das in Rheinland-Pfalz gut ein Viertel der gesamten Wirtschaftsleistung erbringt, mit über 40% wesentlich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen. Die

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1996–2007



Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich hierzulande preisbereinigt um 4,2% (Deutschland: +5,5%).

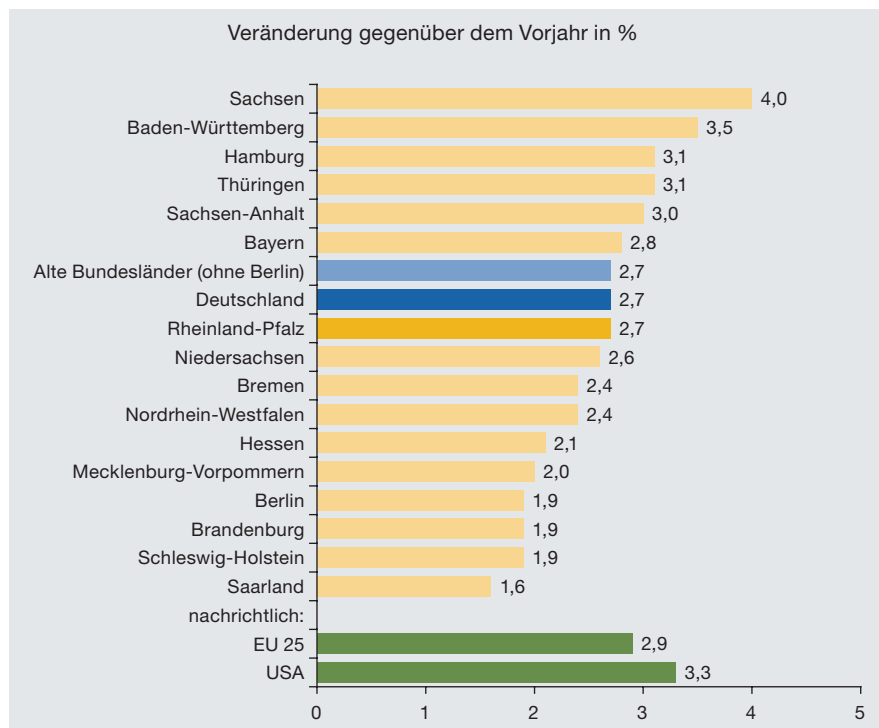
Deutlich günstiger als im Bundesdurchschnitt entwickelte sich das Baugewerbe, das nach den starken Rückgängen in den vergangenen Jahren die Trendwende geschafft hat. Preisbereinigt war in Rheinland-Pfalz ein Anstieg der Wertschöpfung um 7,6% festzustellen (Deutschland: +4,6%). Deutliche Umsatzsteigerungen erzielten im vergangenen Jahr sowohl das Bauhauptgewerbe (Rheinland-Pfalz: +12,3%, Deutschland: +7,2%) als auch, vor allem im vierten Quartal, das Ausbaugewerbe (Rheinland-Pfalz: +9,5%, Deutschland: +7,4%).

Einen bescheidenen Beitrag zum Wirtschaftswachstum, auch aufgrund ihres geringen Gewichts, hat die Land- und Forstwirtschaft geleistet. Mit +0,1% verlief die Entwicklung aber deutlich günstiger als im Bundesdurchschnitt (-3,5%).

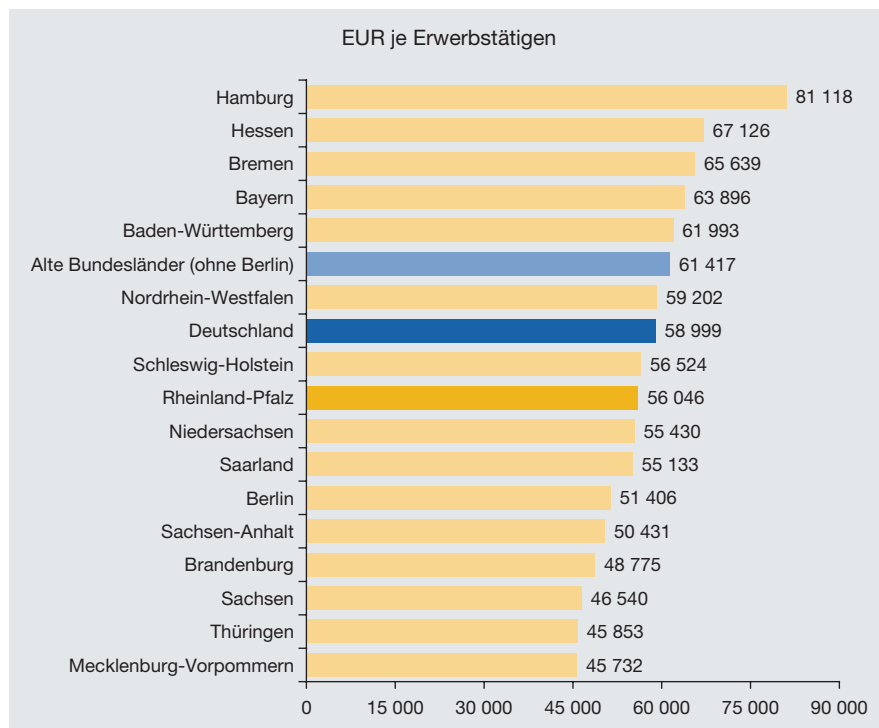
Wertschöpfung bei Dienstleistungen ebenfalls gestiegen

Die Dienstleistungsbranchen, auf die zwei Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung entfallen, haben ebenfalls zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft beigetragen. Die preisbereinigte Wertschöpfung stieg in Rheinland-Pfalz mit +1,8% im gleichen Maß wie im Bundesdurchschnitt. Hierbei kamen die stärksten Wachstumsimpulse aus dem Bereich

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2006 nach Ländern



Nominales Bruttoinlandsprodukt 2006 nach Ländern



„Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ (Rheinland-Pfalz: +3,2%, Deutschland: +3,3%). Nicht ganz so kräftig stieg die Wertschöpfung im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ (Rheinland-Pfalz: +1,8%, Deutschland: +1,9%) und deutlich schwächer im Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“, auch wenn hier für Rheinland-Pfalz mit +1% ein über dem Bundesdurchschnitt (+0,4%) liegender Wert ermittelt wurde. Zum Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ gehören neben der öffentlichen Verwaltung auch Erziehung und Unterricht, Gesundheitswesen, persönliche Dienstleistungen sowie häusliche Dienste; der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ umfasst neben dem Kredit- und Versicherungsgewerbe die Dienstleister für Unternehmen wie Softwarehäuser, Unternehmensberater, Ingenieurbüros u. Ä.

Höhere Arbeitsproduktivität

Die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz wurde von knapp 1,8 Mill. Erwerbstätigen im Durchschnitt des Jahres 2006 erbracht, das waren über 17 000 mehr als im Jahr zuvor (Rheinland-Pfalz: +1%, Deutschland +0,7%). Demzufolge erhöhte sich die Pro-Kopf-Leistung prozentual weniger als das Bruttoinlandsprodukt. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2006 um 1,7%. In jeweiligen Preisen bewertet erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbs-

tätiger im Durchschnitt gut 56 000 Euro (Deutschland: 59 000 Euro). Je Erwerbstätigenstunde errechnet sich für Rheinland-Pfalz eine Wirtschaftsleistung von 40 Euro (Deutschland: 41 Euro). Preisbereinigt bedeutet dies eine Erhöhung um 1,8% gegenüber dem vorangegangenen Jahr.

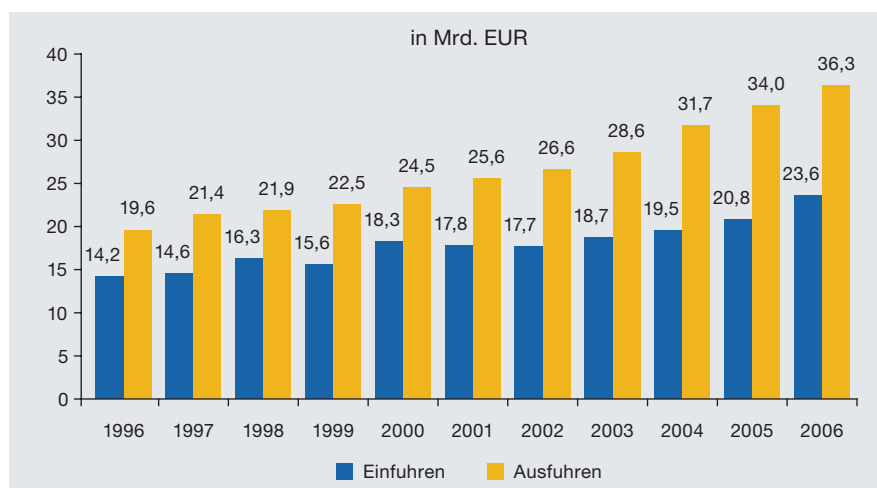
Die Ergebnisse für 2006 beruhen auf der zweiten Fortschreibung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, die sich auf Basisstatistiken des Berichtszeitraumes Januar bis Dezember stützt.

Detaillierte Informationen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises unter <http://www.vgrdl.de/>

Außenhandel auch 2006 mit Rekordwerten bei Ausfuhr und Einfuhr

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft setzte ihr seit Jahren anhaltendes Außenhandelswachstum auch 2006 fort und erzielte in beiden Handelsrichtungen neue Rekordergebnisse. Gegenüber dem Jahr 2000 wurde ein Exportzuwachs von 48% erreicht; der Wert der importierten Waren lag um 29% höher als vor sechs Jahren. Darin spiegelt sich die nachhaltige und seit mehreren Jahren steigende Exportorientierung der rheinland-pfälzischen Industrie wider. Die Differenz zwischen dem Wert der Warenausfuhren und der Wareneinfuhren hat sich gegenüber dem Jahr 2000 mehr als verdoppelt.

Einfuhren und Ausfuhren 1996–2006



Die rheinland-pfälzische Wirtschaft hat im Jahr 2006 Waren im Wert von 36,3 Mrd. Euro ausgeführt, 6,8% mehr als im Jahr 2005; damit wurde erneut ein Rekordergebnis erzielt. Bundesweit legte der Export um 13,7% auf 893,6 Mrd. Euro zu.

Auch bei den Einfuhren steht ein neuer Höchststand zu Buche. Nach Rheinland-Pfalz wurden Waren im Wert von 23,6 Mrd. Euro importiert, das waren 13,4% mehr als im Jahr zuvor. Deutschlandweit stiegen die Importe um 16,5% auf 731,7 Mrd. Euro.

Bei den Ausfuhren war die günstige Weltkonjunktur eine wichtige Antriebsfeder. Der deutliche Zuwachs bei den Einfuhren ist zum Teil auf die stark gestiegenen Preise für Öl und andere Rohstoffe zurückzuführen; er ist aber auch ein Indiz für eine stärkere Binnennachfrage.

In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden aus Rhein-

land-Pfalz im Jahr 2006 Waren im Wert von 23 Mrd. Euro versandt, 5,6% mehr als im Jahr 2005; der Import aus diesen Staaten erhöhte sich um 10,6% auf 15,9 Mrd. Euro. In die Länder der Eurozone wurden im Jahr 2006 Waren im Wert von 16,2 Mrd. Euro geliefert (+5,3%), aus diesen Ländern wurden Waren im Wert von 12,6 Mrd. Euro bezogen (+11,5%).

Überdurchschnittlich stark stiegen die Exporte in die Länder außerhalb der Europäischen Union; ihr Wert lag mit 13,3 Mrd. Euro um 9,1% über dem von 2005. Die Importe aus diesen Staaten erhöhten sich um 19,7% auf 7,7 Mrd. Euro.

Die wichtigsten Handelspartner bei den Ausfuhren waren Frankreich, die USA und Großbritannien. Die meisten Einfuhren kamen aus den Ländern Belgien, Frankreich und Niederlande, auf die zusammen ein Drittel der rheinland-pfälzischen Gesamteinfuhren entfiel.

Die Daten stammen aus der monatlichen Außenhandelsstatistik, die zentral vom Statistischen Bundesamt erhoben und aufbereitet wird. Dabei wird unterschieden zwischen Intrahandelsstatistik (Warenverkehr zwischen EU-Staaten) und Extrahandelsstatistik (Warenverkehr mit Drittländern, d. h. Nicht-EU-Staaten). Berücksichtigt sind alle Wirtschaftsunternehmen, deren Exporte oder Importe beim Intrahandel einen Jahreswert von 300 000 Euro überschritten haben. Bei der Extrahandelsstatistik müssen Warensendungen mit einem Wert von über 1 000 Euro gemeldet werden.

Rheinland-pfälzische Industrie erzielte 2006 erneut Rekordumsätze

Auch die Exportquote erreichte Höchstwert

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte im Jahr 2006 Umsätze in Höhe von fast 74,2 Mrd. Euro, so viel wie nie zuvor. Der bisherige Rekord aus dem Jahr 2005 wurde um 6,8% übertroffen. Das Umsatzwachstum in Rheinland-Pfalz lag über dem Bundesdurchschnitt von 6,5%. Maßgeblich bestimmt wurde dieses Ergebnis von den Auslandsumsätzen, die um 8,1% auf 35,2 Mrd. Euro zulegten. Das entspricht einer Exportquote von 47,5% und damit dem höchsten bisher für Rheinland-Pfalz ermittelten Wert. Auch hier wurde der Bundesdurchschnitt von 41,9% deutlich übertroffen. Einen bedeutenden Teil des Auslandsgeschäftes machten

unverändert die Umsätze mit den Ländern der Eurozone aus. Hier wurden 18,3 Mrd. Euro bzw. 52,1% des Auslandsumsatzes getätigt. Der Inlandsumsatz wuchs gegenüber dem Jahr 2005 um 5,6% auf knapp 39 Mrd. Euro, in ganz Deutschland stieg er um 4,1%.

Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Industrie verlangsamt sich weiter. Im Jahr 2006 waren 270 623 Personen in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben beschäftigt, das waren 3 671 oder 1,3% weniger als im Jahr zuvor. Bundesweit wurde ein Beschäftigungsrückgang um 0,6% festgestellt.

Die in Rheinland-Pfalz umsatzstärksten und ausgeprägt exportorientierten Wirtschaftszweige Chemie (Rheinland-Pfalz: +6%, Deutschland: +5,8%), Fahrzeugbau (+3,2 bzw. +6,3%), Metallerzeugung und -bearbeitung (+8,9 bzw. +15,3%) sowie Maschinenbau (+13,3 bzw. +9,7%) erwirtschafteten im Jahr 2006 rund zwei Drittel des Industrieumsatzes.

Im Dezember 2006 wurden Umsätze in Höhe von 6,1 Mrd. Euro erzielt, das waren 2,5% mehr als im Dezember 2005. Der Auslandsumsatz von fast 2,8 Mrd. Euro zeigte nur einen leichten Zuwachs von 1%. Die Inlandsumsätze legten um 3,5% zu und beliefen sich auf 3,3 Mrd. Euro.

Die Daten stammen aus dem Monatsbericht für Betriebe im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, zu dem die Betriebe von Unter-

nehmen mit 20 und mehr Beschäftigten regelmäßig melden. Befragt werden rund 2 030 Betriebe.

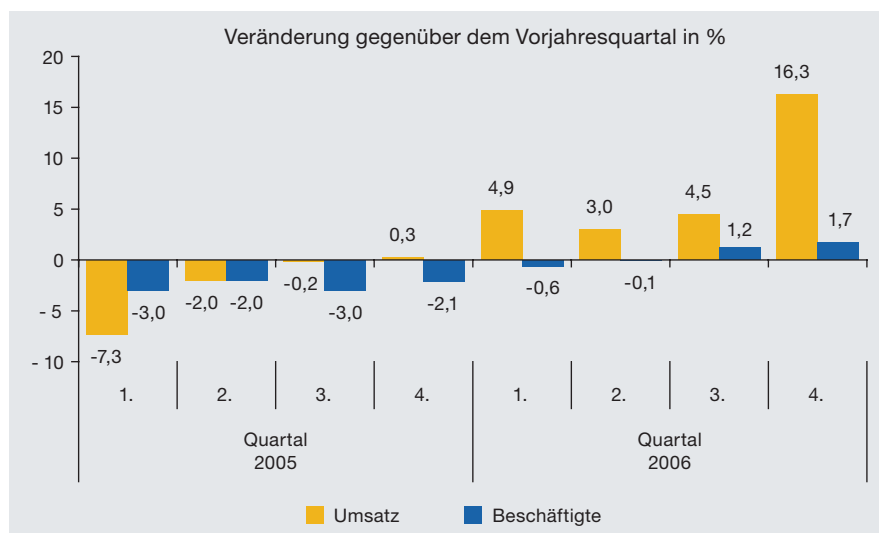
Handwerk erzielte im Jahr 2006 mehr Umsatz

Deutliche Steigerung vor allem im vierten Quartal

Das rheinland-pfälzische Handwerk hat im Jahr 2006 ein Umsatzplus von 7,5% gegenüber dem Vorjahr erzielt. Insbesondere im vierten Quartal gab es ein deutliches Plus; die Umsätze lagen um 16,3% über denen des Vorjahresquartals. Die Auftraggeber nutzten vermutlich die letzten Monate des Jahres im Hinblick auf die anstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer. Auf die Zahl der Beschäftigten wirkten sich die höheren Umsätze kaum aus; sie lag nur um 0,1% über der des Vorjahres.

Zweistellige Zuwachsraten beim Umsatz verzeichnete das Ausbaugewerbe (+12,3%), wobei besonders das vierte Quartal ins Gewicht fiel (+25,1%). Das Kraftfahrzeuggewerbe setzte 8,2% mehr um; auch hier verstärkte sich der Anstieg im vierten Quartal deutlich (+15%). Unterdurchschnittlich hat die Nachfrage im gewerblichen Bereich zugenommen. Allerdings verzeichneten innerhalb dieses Gewerbebezugs die Informationstechniker mit +36,5% den größten Anstieg; auch hier hat sich die Umsatzentwicklung in den letzten Monaten des Jahres mit einer Steigerung von 81,7% gegenüber dem vierten Quartal 2005 erheblich beschleunigt.

Umsatz und Beschäftigte im Handwerk 2005 und 2006



Die vierteljährliche Handwerksberichterstattung dient der laufenden Beobachtung der konjunkturellen Lage im Handwerk. Gleichzeitig sollen Strukturveränderungen im Handwerk frühzeitig aufgezeigt werden. Dazu werden 2 300 der insgesamt 21 500 Handwerksunternehmen befragt. Da es sich um eine Stichprobenerhebung handelt, liegen absolute Werte sowie Regionalangaben nicht vor.

Qualifikation der erwerbstätigen Frauen steigt

Immer mehr Frauen in Rheinland-Pfalz sind erwerbstätig, und die Qualifikation der Frauen im Beruf steigt. Die Zahl der berufstätigen Frauen ist von 685 000 im Jahr 1991 um mehr als 16% auf 796 000 im Jahr 2005 gestiegen. Damit waren zuletzt mehr als 59% der weiblichen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) in Rheinland-Pfalz erwerbs-

tätig (1991: 53%). Bei den Männern betrug der Anteil rund 74% (1991: 80%).

Schulabschlüsse

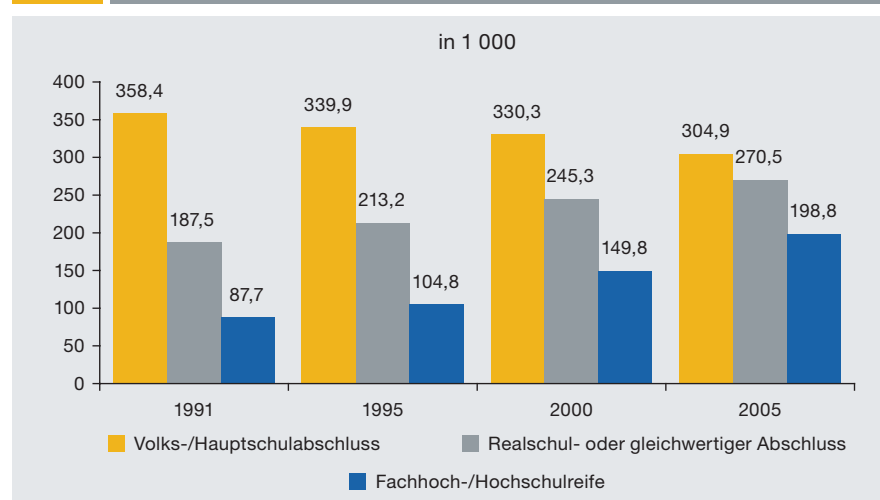
Mit dem Anstieg der Erwerbstätigkeit erhöhte sich auch die Qualifikation der weiblichen Beschäftigten. Seit 1991 hat sich der Anteil der Frauen mit Abitur bzw. Fachabitur von 12,8 auf

25% nahezu verdoppelt, der Anteil berufstätiger Frauen mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluss ist von 27,4 auf 34% gestiegen. Bei den Männern erhöhte sich der Anteil der Erwerbstätigen mit Abitur bzw. Fachabitur zwischen 1991 und 2005 von 15,2 auf 28,5%.

Berufsausbildung

Mit den höheren Schulabschlüssen gingen bei den Frauen auch höhere Berufsbildungsabschlüsse einher. So stieg der Anteil der Beschäftigten mit Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluss bei den Frauen von 6,4% im Jahr 1991 auf 12,5% im Jahr 2005 und bei den männlichen Kollegen von 10,8 auf 16,9%. Weitgehend stabil mit etwa 5% blieb der Anteil der erwerbstätigen Frauen mit Fachschulabschluss. Dies trifft auch auf die Frauen mit einer abgeschlossenen beruflichen Lehre zu, die im Jahr 2005 mit einem Anteil von gut 60% immer noch den über-

Erwerbstätige Frauen 1991–2005 nach Schulabschluss



wiegenden Teil der weiblichen Erwerbstätigen stellten. Zurückgegangen ist hingegen der Anteil der Frauen, die keinen Berufsabschluss vorweisen können. Gleichwohl umfasste diese Gruppe zuletzt immer noch etwas mehr als 20% aller berufstätigen Frauen.

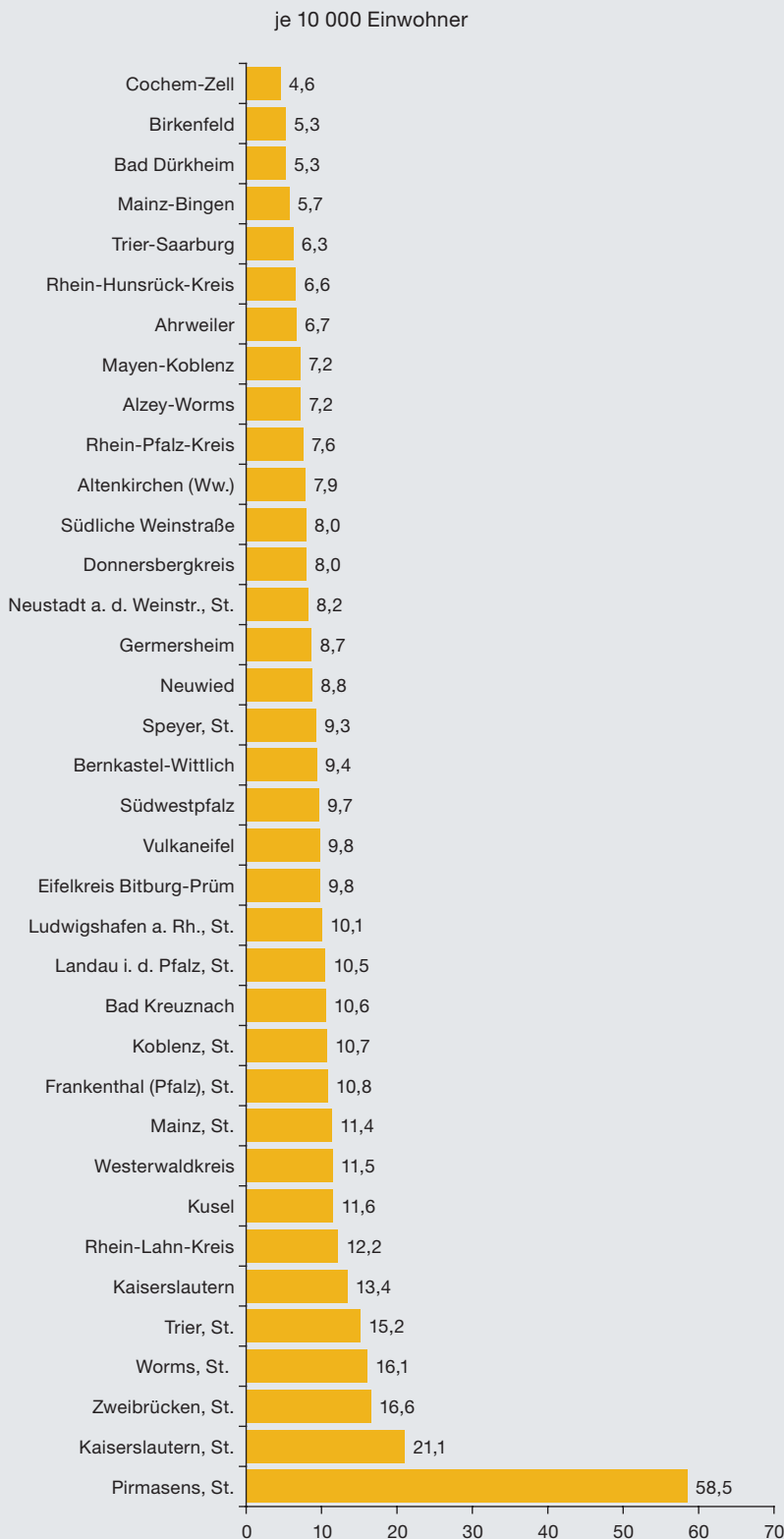
Es ist zu erwarten, dass sich die schulischen und beruflichen Qualifikationen der erwerbstätigen Frauen und Männer unseres Landes in absehbarer Zeit angleichen werden. So stellen Frauen mittlerweile die Hälfte aller Studierenden an den Fachhochschulen und Hochschulen von Rheinland-Pfalz; an den wissenschaftlichen Hochschulen sind sie seit einigen Jahren sogar in der Mehrheit.

Die Daten stammen aus den Mikrozensusbefragungen der Jahre 1991 bis 2005. Bei diesen jährlichen Erhebungen wird 1% aller Haushalte zu den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen befragt. Daten zu Schul- und Berufsabschluss der weiblichen Erwerbstätigen liegen seit 1991 vor.

Weniger Unternehmens-, mehr Verbraucherinsolvenzen

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr gesunken. Die Amtsgerichte meldeten 1 586 Fälle, das waren 4,4% weniger als im Jahr 2005. Bundesweit ging die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 17,3% auf knapp 30 500 zurück.

Verbraucherinsolvenzen 2006 nach Verwaltungsbezirken



Die meisten insolventen Unternehmen (333) wurden in Rheinland-Pfalz im Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern“ verzeichnet, gefolgt vom Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ (322) sowie dem Baugewerbe (296).

Mit 17,6 Insolvenzen je 1 000 aktive Unternehmen verzeichnete Zweibrücken die höchste Insolvenzhäufigkeit unter den kreisfreien Städten; bei den Landkreisen lag Kaiserslautern mit 13,7 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 aktive Einheiten an der Spitze. Die geringsten Insolvenzquoten wurden in der kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße (3,6) bzw. im Landkreis Cochem-Zell (6,2) ermittelt.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen ist im Jahr 2006 auf 4 032 Fälle gestiegen, das waren 866 oder 27,4% mehr als im Jahr 2005. Bundesweit stieg die Zahl der Verbraucherinsolvenzen um 34,8% auf rund 92 800.

Betrachtet man die Zahl der Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohner, so waren in der kreisfreien Stadt Pirmasens bzw. im Landkreis Kaiserslautern die höchsten Quoten zu verzeichnen (58,5 bzw. 21,1 je 10 000 Einwohner). Die jeweils niedrigsten Werte errechneten sich auch hier für die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße und den Landkreis Cochem-Zell (8,2 bzw. 4,6 je 10 000 Einwohner).

Die monatliche Insolvenzstatistik gibt Auskunft über das Insolvenzgeschehen und ist damit ein wichtiger konjunktureller Spätindikator. Erhebungsbasis sind die Meldungen der Amtsgerichte über die von ihnen bearbeiteten Verfahren.

Bauhauptgewerbe legte 2006 nach Jahren des Rückgangs wieder zu

Umsätze stiegen um mehr als 12%

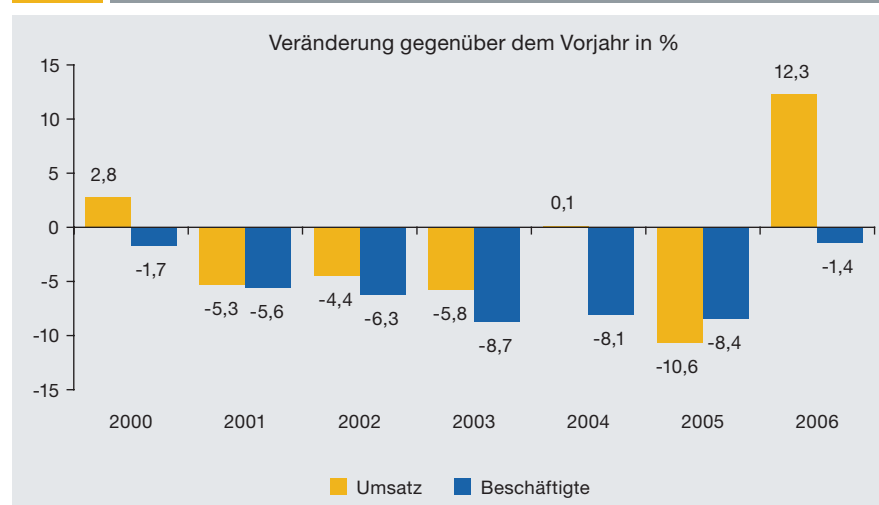
Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verbuchte 2006 nach Jahren des Rückgangs erstmals wieder ein Umsatzplus. Der baugewerbliche Umsatz der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten lag bei gut 2,5 Mrd. Euro und damit um 12,3% über dem des Jahres 2005. Bundesweit stieg der Umsatz um 7,2%. Mögliche Ursachen für die positive Entwicklung sind die gute gesamtwirtschaftliche Lage, aber auch der

milde Winter. Das wird beim Blick auf die Dezemberdaten deutlich: Im Dezember 2006 lag der baugewerbliche Umsatz in Rheinland-Pfalz um 27,3% über dem Wert des Vorjahresmonats, bundesweit wurden fast 25% mehr umgesetzt als im Dezember 2005.

Zu dem positiven Ergebnis im Jahr 2006 hat vor allem der Tiefbau mit einem Zuwachs von 16,4% beigetragen. Aber auch der Hochbau verbuchte eine Umsatzsteigerung und schloss das Jahr mit einem Plus von 8,1% ab. Der öffentliche Hochbau musste als einzige Bauart einen Rückgang hinnehmen (–8,6%). Am meisten profitiert haben der gewerbliche Tiefbau (+21,2%) und der Straßenbau (+19,7%).

Der in den vergangenen Jahren beobachtete starke Beschäftigungsrückgang wurde 2006 gebremst; die Zahl der Beschäftigten lag im Jahresdurchschnitt bei 17 293 und damit 1,4% niedriger als im Jahr

Umsatz und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe 2000–2006



2005. Im Dezember war der Beschäftigtenstand sogar um 2,5% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Bundesweit lag die Zahl der Beschäftigten mit 368 770 um 2,7% unter dem Jahresdurchschnitt von 2005. Im Dezember 2006 waren in ganz Deutschland 1,2% mehr Personen im Bauhauptgewerbe tätig als ein Jahr zuvor.

Die rheinland-pfälzischen Daten stammen aus der Befragung von 355 Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten aus dem Bauhauptgewerbe.

Umsätze im Ausbaugewerbe im Jahr 2006 deutlich gestiegen

Zuwächse vor allem im vierten Quartal

Die Umsätze im rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbe lagen im vergangenen Jahr um 9,5% über denen des Jahres 2005. Die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten verbuchten einen ausbaugewerblichen Umsatz von 1,1 Mrd. Euro. Bundesweit stieg der Umsatz um 7,4% auf über 25,7 Mrd. Euro. Maßgeblich beeinflusst wurde dieses Ergebnis durch die starken Zuwächse im vierten Quartal 2006. Die Auftraggeber nutzten vermutlich die letzten Monate des Jahres im Hinblick auf die anstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer. In Rheinland-Pfalz lag der ausbaugewerbliche Umsatz im vierten Quartal um 25,4% über dem Wert des Vorjahreszeitraums; der Zuwachs lag über dem Bundesdurchschnitt von 19,8%.

Der umsatzstärkste Wirtschaftszweig im Ausbaugewerbe war die Branche der Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation mit 384 Mill. Euro; gegenüber dem Jahr 2005 war das ein Zuwachs von 4,9%. An zweiter Stelle rangierte der Wirtschaftszweig Elektroinstallation, der um 18,5% auf 330 Mill. Euro zulegte. Beide zusammen vereinen etwa 65% des ausbaugewerblichen Umsatzes auf sich.

Trotz der Umsatzsteigerung ist die Zahl der Beschäftigten weiter gesunken. Im Jahr 2006 waren in Rheinland-Pfalz 11 059 Personen im Ausbaugewerbe tätig; das waren 2,6% weniger als im Jahr zuvor. Bundesweit lag die Zahl der Beschäftigten mit 251 686 um 1,6% unter dem Wert von 2005.

Die Daten stammen aus der Befragung der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten aus dem Ausbaugewerbe. In Rheinland-Pfalz sind das 304 Betriebe, die vierteljährlich Daten an das Statistische Landesamt liefern.

Zahl der Baugenehmigungen im Jahr 2006 über Vorjahresniveau

Streichung der Eigenheimzulage wirkte noch nach

Die Zahl der genehmigten neuen Wohngebäude lag in Rheinland-Pfalz im Jahr 2006 geringfügig (+1,4%) über dem Vorjahreswert. Der Anstieg ist vor allem auf den Wegfall der Eigenheimzulage zurückzuführen. Im ersten Quartal hatte es durch

einen Überhang von Anträgen aus dem Vorjahr eine starke Zunahme an genehmigten Wohngebäuden gegeben (+57%), während die Zahlen in den folgenden Monaten etwa auf Vorjahresniveau lagen. Insgesamt wurden 8 854 neue Wohngebäude mit 12 130 Wohnungen zum Bau freigegeben. Ein Zuwachs um 15% bei den Häusern mit drei und mehr Wohnungen hat die Zahl der genehmigten Wohnungen gegenüber 2005 um insgesamt 4,1% anwachsen lassen; die Wohnfläche stieg um 6,2%. Der größte Teil der Baufreigaben (83%) entfiel auf Einfamilienhäuser, gut 13% der genehmigten Gebäude sollten zwei Wohnungen haben.

Die veranschlagten Baukosten für Neubauten betrugen im Jahr 2006 fast 2 Mrd. Euro; das waren 8,1% mehr als im Jahr zuvor. Der Großteil der genehmigten Bauanträge war mit 7 804 von privaten Haushalten gestellt worden; das entspricht einem Plus von 6,5%. Die Genehmigungen für neue Wohngebäude, die von Unternehmen beantragt worden waren, gingen dagegen um über 25% zurück.

Neben den neuen Wohngebäuden wurden 3 708 Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden genehmigt, das entspricht einem Zuwachs von 5,6% gegenüber 2005. Durch Umbaumaßnahmen sollten 1 569 Wohnungen entstehen, 17,8% mehr als im Jahr zuvor.

In den Landkreisen stieg die Zahl der Baugenehmigungen für neue Wohnungen je 10 000 Einwohner von 31 im Jahr 2005 auf etwa 33,

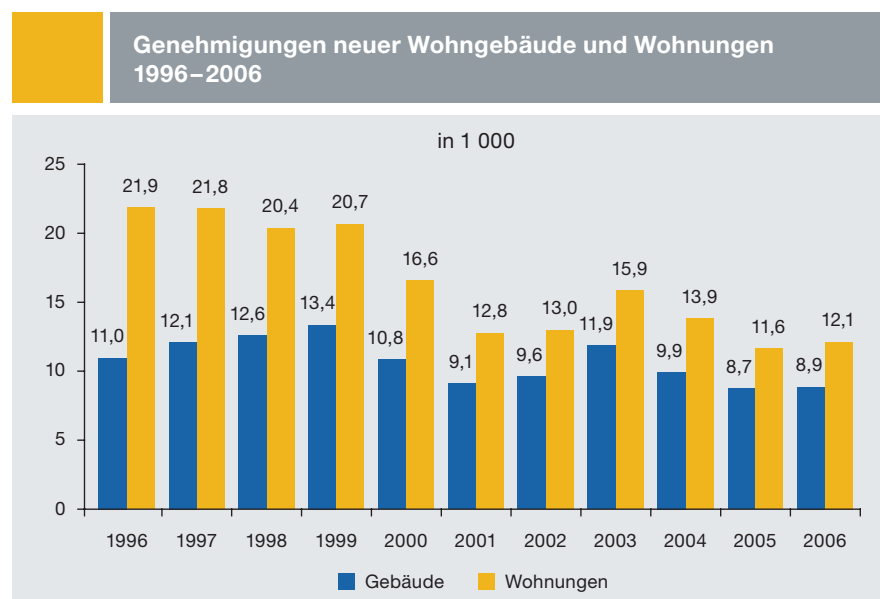
in den kreisfreien Städten wurden je 10 000 Einwohner 21 neue Wohnungen genehmigt (2005: 22). Die Landkreise Kaiserslautern (63,8), Bitburg-Prüm (53,2) und Trier-Saarlouis (52,6) registrierten die meisten Baugenehmigungen je 10 000 Einwohner, der Landkreis Birkenfeld (15,1) und der Rhein-Lahn-Kreis (15,8) bildeten die Schlusslichter. Bei den kreisfreien Städten führten Koblenz, Mainz und Landau mit jeweils fast 30 genehmigten Bauanträgen je 10 000 Einwohner. Die Städte Zweibrücken und Pirmasens registrierten die relativ wenigsten Genehmigungen (10 bzw. 5,4).

Nachfrage nach neuen Nichtwohngebäuden um 6,9% gestiegen

Investitionen in Höhe von 818 Mill. Euro geplant

In Rheinland-Pfalz wurden im vergangenen Jahr 1 507 neue Nichtwohngebäude genehmigt. Das entspricht einem Zuwachs von 6,9% gegenüber 2005. Die guten Ergebnisse um die Jahrhundertwende mit zum Teil weit über 2 000 Genehmigungen pro Jahr sind dennoch weit entfernt. Die veranschlagten Baukosten von 818 Mill. Euro lagen im Jahr 2006 um 6,6% über dem Vorjahreswert. Die Kosten je Bauvorhaben bewegten sich in etwa auf dem Niveau von 2005.

Die wichtigsten Bauherren sind die Unternehmen mit 1 288 Genehmigungen (+11,1%). Öffentliche Bauherren beantragten 89 neue Nichtwohngebäude; das waren 34,1%



weniger als 2005. Einen Zuwachs von 35,4% verzeichnen die privaten Haushalte mit 88 Baugenehmigungen; darunter fallen z. B. Garagen. Organisationen ohne Erwerbszweck, wie z. B. Vereine und Wohlfahrtsverbände, stellten 42 Bauanträge.

Die meisten Bauvorhaben wurden, wie schon im Jahr 2005, im Westerwaldkreis genehmigt (109), es folgten die Landkreise Mayen-Koblenz (97) und Mainz-Bingen (89). Die höchsten Investitionen in neue Nichtwohngebäude waren 2006 im Landkreis Neuwied mit fast 53 Mill. Euro vorgesehen. Unter den kreisfreien Städten nahmen Mainz und Trier mit 28 bzw. 22 neuen Nichtwohngebäuden die Spitzenpositionen ein. Die veranschlagten Baukosten sind in Worms mit fast 66 Mill. Euro am höchsten. Dort sind u. a. ein neues Theater und ein Handelsgebäude geplant.

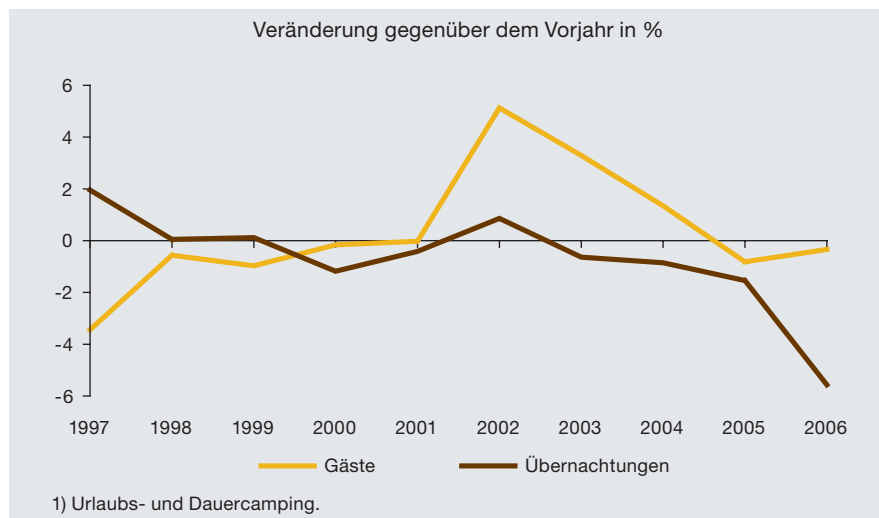
Die Daten zu den Baugenehmigungen melden die Bauämter monatlich an das Statistische Landesamt.

Rückläufige Zahlen im Campingtourismus 2006

Die 255 rheinland-pfälzischen Campingplätze waren im Jahr 2006 – anders als die übrigen Beherbergungsbetriebe – weniger frequentiert als im Jahr davor. Die Gästezahlen gingen um 0,3% auf 940 000 zurück, die Übernachtungszahlen sanken um 5,6% auf 4,1 Mill. Damit setzte sich der Rückgang im Campingtourismus im zweiten Jahr in Folge fort.

Während im Bereich des Urlaubscampings ein Gästeplus von 1,4% zu verzeichnen war, sank die Zahl der Dauercamper gegenüber dem Jahr 2005 um 2,8%. Bei den Übernachtungen mussten beide Teilbereiche eine negative Entwicklung hinnehmen. Dabei gingen die Übernachtungszahlen im Dauercamping überdurchschnittlich stark um 8,1% zurück, beim Urlaubscamping lag das Minus bei 2,3%.

Gäste und Übernachtungen auf Campingplätzen¹⁾ 1997–2006



Aus dem Ausland kamen im Jahr 2006 mehr als 214 000 Camper nach Rheinland-Pfalz (+1,3%). Sie blieben durchschnittlich 3,7 Tage, so dass die Zeltplatzbetreiber mehr als 798 000 Übernachtungen (-3,3%) verbuchen konnten. Fast drei Viertel der Auslandsgäste stammten aus den Niederlanden; ihr Übernachtungsanteil lag bei 81%. Mit vergleichsweise geringen Anteilen von 7,2 bzw. 4,2% an den Auslandsübernachtungen folgten die Belgier und die Briten auf den Plätzen zwei und drei.

Der Campingtourismus hat in der rheinland-pfälzischen Tourismusbranche einen hohen Stellenwert. Mit einem Anteil von über 16% an allen Übernachtungen liegt er hinter den Hotels (32%) und vor den Privatquartieren (12%) an zweiter Stelle. In den Zahlen sind neben den Urlaubscampers – auf sie entfielen 59% der Gäste und 45% der Übernachtungen im Jahr 2006 – auch die Dauercamper enthalten.

Die Ergebnisse basieren auf der monatlichen Befragung bei 255 genehmigungspflichtigen Campingplätzen in Rheinland-Pfalz.

„Seniorenanteil“ unter den Gaststudierenden deutlich gestiegen

Katholische Theologie beliebteste Fachrichtung

Im Wintersemester 2006/07 besuchten 736 Gasthörerinnen und Gasthörer Lehrveranstaltungen an den rheinland-pfälzischen Hochschulen. Dies waren 66 Gaststudierende bzw. 8,2% weniger als im Vorjahr. Damit waren die Gasthörerzahlen im dritten Jahr in Folge rückläufig. Der Hauptgrund hierfür dürfte in der Einführung von Gebühren für das Gaststudium liegen, die sich auf bis zu 250 Euro je Semester belaufen können.

Gut 500 Gaststudierende waren 60 Jahre oder älter. Der „Seniorenanteil“

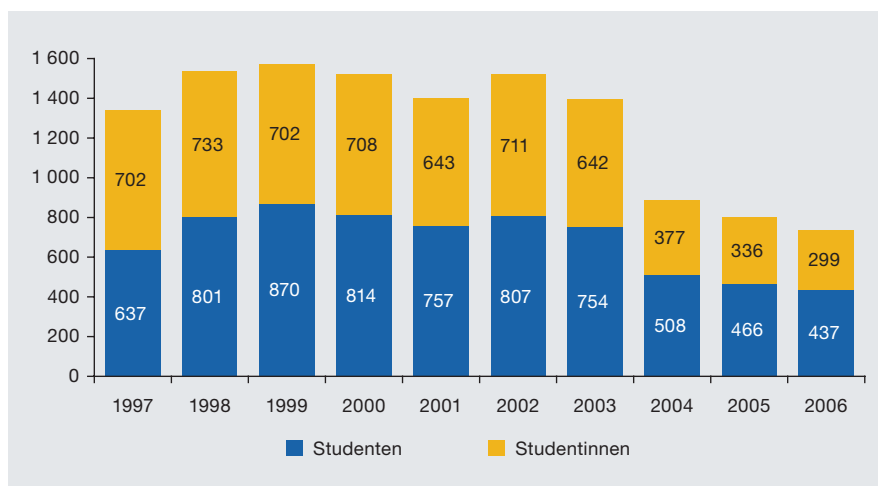
beträgt demnach 69%; er liegt um 4 Prozentpunkte höher als im Vorjahr und um 30 Prozentpunkte über dem Wert, der bei der erstmaligen Erhebung im Wintersemester 1992/93 ermittelt wurde. Der Wunsch, im Alter akademische Lehrveranstaltungen zu besuchen, ist bei Männern (300 Personen) stärker ausgeprägt als bei Frauen (206). Durch die Erhöhung des „Seniorenanteils“ ist das Durchschnittsalter der Gaststudierenden gegenüber dem vorangegangenen Wintersemester von 57,6 Jahren auf 59,6 Jahre gestiegen.

Als erste Fachrichtung wählten 73% der Gasthörerinnen und Gasthörer Lehrangebote aus den Sprach- und Kulturwissenschaften, knapp 15% bildeten sich primär in mathematisch-naturwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen, 4,5% in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie 4,1% in Kunst und Kunstwissenschaft fort.

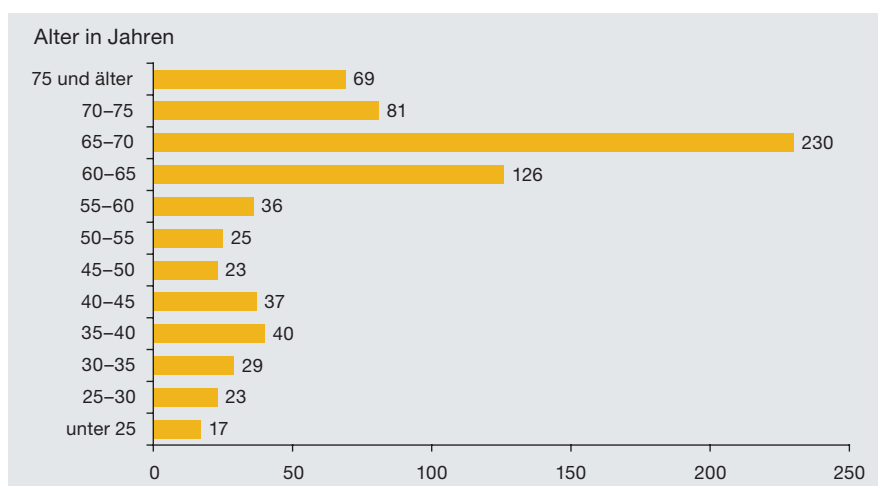
Zahlreiche Gaststudierende „immatrikulierten“ sich in mehreren Fachrichtungen, so dass sich eine Gesamtzahl von 907 Belegungen ergibt. Besonders stark nachgefragt waren Veranstaltungen in katholischer Theologie (196), Geschichte (193), Informatik (91) und Philosophie (72).

Die meisten Gaststudierenden wurden an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz gezählt (252). Es folgten die beiden wissenschaftlichen Hochschulen in Trier mit 138 Einschreibungen an der Universität und 136 an der Theologischen Fakultät.

Gaststudierende in den Wintersemestern 1997/98–2006/07 nach Geschlecht



Gaststudierende im Wintersemester 2006/07 nach Altersgruppen



se deutlich über den Werten der vergangenen vier Jahre, als jeweils weniger als 28 000 Neuverträge registriert wurden. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der neuen Verträge um 1 423 (+5,2%). Bei den jungen Männern fiel die prozentuale Zunahme mit +5,4% geringfügig höher aus als bei den jungen Frauen (+5,1%).

Damit wirken sich die positiven Impulse der konjunkturellen Belebung auch auf den Ausbildungsmarkt aus. Aber auch die vielfältigen Initiativen von Politik und Wirtschaft, wie etwa die „Woche der Ausbildung“, die Nachvermittlungsaktion oder die Förderprogramme der Landesregierung, haben sicherlich zu dieser hohen Ausbildungsleistung der Unternehmen beigetragen.

Insbesondere die großen Ausbildungsbereiche Industrie und Handel sowie Handwerk konnten – absolut gesehen – hohe Zuwächse verzeichnen. So begannen im größten Ausbildungssektor Industrie und Handel im vergangenen Jahr 15 149 Jugendliche eine „Lehre“; das waren 1 082 oder 7,7% mehr als im Jahr zuvor. Damit entfiel mehr als die Hälfte aller im Jahr 2006 neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse allein auf diesen Wirtschaftsbereich. Auffällig ist, dass hier der Zuwachs an Neuverträgen junger Frauen mit einem Plus von 629 deutlich über dem der jungen Männer lag (+453). Auch der zweitgrößte Ausbildungsbereich, das Handwerk, trug mit einer Zunahme um 405 auf 9 613 Neuverträge in hohem Maße zum positiven Gesamtergebnis bei.

Gaststudierende dürfen auch ohne allgemeine Hochschulreife Lehrveranstaltungen und Kurse an Hochschulen besuchen, können jedoch keine Prüfungen ablegen.

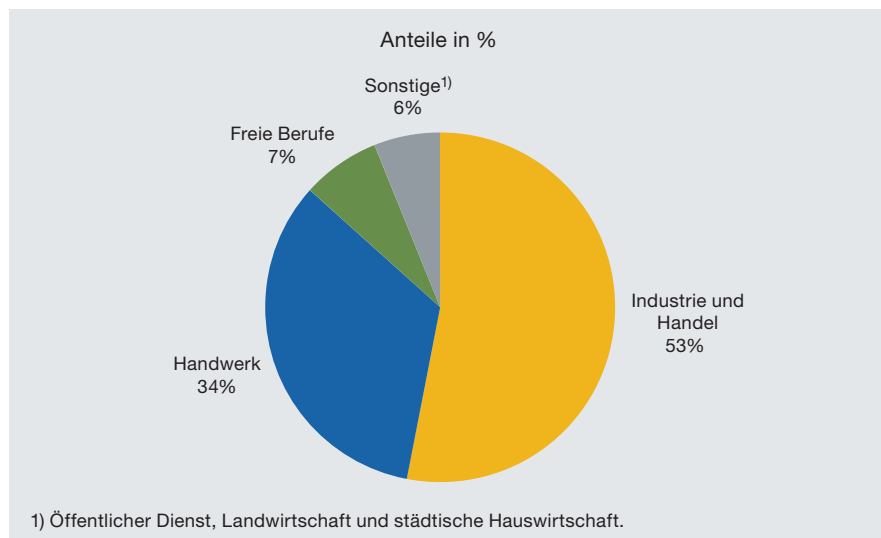
Die Zahlen stammen aus der Gasthörerstatistik 2006. Diese Daten werden von den Hochschulen jeweils zum Wintersemester eines jeden Jahres an das Statistische Landesamt gemeldet.

Über 28 600 neue Ausbildungsverträge im Jahr 2006

Zahl der Neuabschlüsse stieg um 5,2%

Im Jahr 2006 haben in Rheinland-Pfalz nach ersten Auswertungen der Berufsbildungsstatistik 28 606 Jugendliche einen neuen Ausbildungsvertrag im dualen System abgeschlossen. Damit liegt die Zahl der Neuabschlüs-

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2006 nach Ausbildungsbereichen



Auch die kleinen Ausbildungsbereiche hatten Steigerungen zu verzeichnen. Eine deutliche Zunahme um 81 Neuabschlüsse (+12%) auf 749 wurde in der Landwirtschaft registriert. In der städtischen Hauswirtschaft (Hauswirtschaftlerinnen und Hauswirtschaftler in Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern und Sanatorien) wurde ein Anstieg um 25 auf 280 und im öffentlichen Dienst um 5 auf 745 Neuverträge verzeichnet. Lediglich bei den freien Berufen verringerte sich die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse um 175 auf 2 070 (-7,8%). Die negative Entwicklung bei den freien Berufen ist insbesondere auf die gesunkene Zahl von Neuabschlüssen in Arztpraxen und Apotheken sowie bei Steuerberatern zurückzuführen.

Die Ausbildungssituation bleibt auch in den kommenden Jahren für die Jugendlichen noch schwierig. Die geburtenstarken Jahrgänge der

1990er-Jahre werden zu weiterhin hohen Absolventenzahlen an den allgemein bildenden Schulen führen. Dies bedeutet, dass auch künftig alle Potenziale ausgeschöpft werden müssen, um die Lehrstellenbewerberinnen und -bewerber adäquat versorgen zu können.

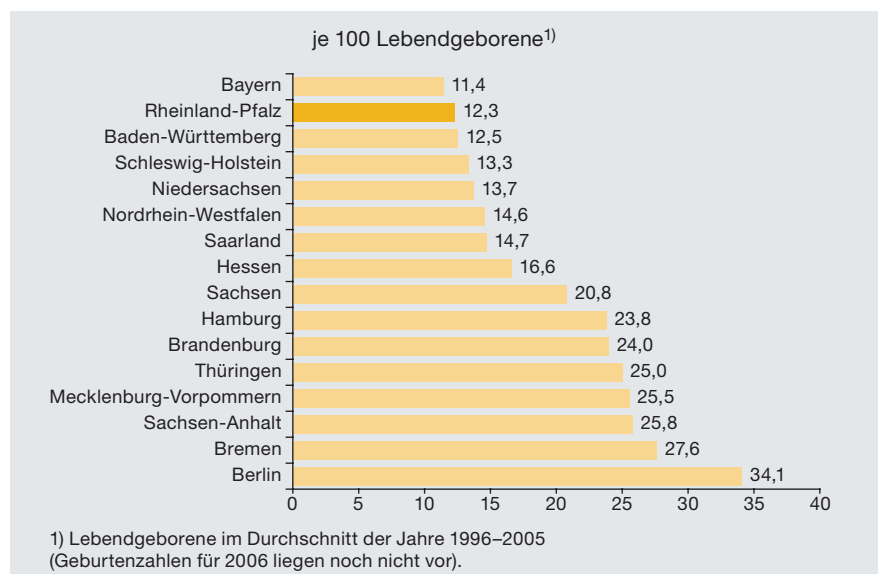
Die für die Berufsausbildung zuständigen Stellen, das sind insbesondere die Kammern, liefern Zahlen zu Ausbildungsverhältnissen einmal jährlich an das Statistische Bundesamt.

4 541 Schwangerschaftsabbrüche im vergangenen Jahr

Im Jahr 2006 entschieden sich 4 541 rheinland-pfälzische Frauen zum Schwangerschaftsabbruch. Das waren in etwa so viele wie im Jahr 2005; bundesweit ist die Zahl der Abbrüche um rund 3,5% zurückgegangen. Bezieht man die Zahl der Abbrüche auf die Zahl der Lebendgeborenen im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre, ergibt sich für Rheinland-Pfalz der zweitniedrigste Wert aller Bundesländer; nur in Bayern gab es relativ weniger Eingriffe.

In mehr als 97% der Fälle wurde die Schwangerschaft ohne Indikation auf der Grundlage der Beratungs-

Schwangerschaftsabbrüche 2006 nach Ländern



regelung beendet. In diesen Fällen konnte die Schwangere dem Arzt durch eine Bescheinigung nachweisen, dass sie sich mindestens drei Tage vor dem Eingriff in einer anerkannten Stelle hatte beraten lassen. Die medizinische Indikation war in knapp 3% der Fälle die Begründung für den Abbruch.

Die meisten Abbrüche erfolgten bei ledigen (2 138) und verheirateten Frauen (2 104), in 278 Fällen bei geschiedenen und in 21 Fällen bei verwitweten Frauen. Fast 47% der Frauen, die sich für einen Abbruch entschieden, waren zwischen 20 und 30 Jahre, weitere 33% zwischen 30 und 40 Jahre alt. Unter 20 Jahre alt waren 13% der Frauen, das 40. Lebensjahr hatten 7,5% überschritten.

Die Zahlen stammen aus der Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche. Hierbei handelt es sich um eine Totalerhebung, die einen Überblick über Größenordnung, Struktur und Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche geben soll. Informationen zu dieser Statistik liefern alle Inhaber von Arztpraxen sowie Leiter von Krankenhäusern, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen wurden.

Mehr Umsatz mit Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz

Die Umsätze rheinland-pfälzischer Betriebe mit Waren sowie Bau- und Dienstleistungen, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen, stiegen im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr



um 9,8% auf 1,4 Mrd. Euro. Damit erreichten sie einen neuen Höchststand. Bundesweit gab es eine Zunahme von 4,6% auf 12,3 Mrd. Euro. 74% der rheinland-pfälzischen Umsätze wurden im Inland erwirtschaftet.

Gut drei Viertel der Umsätze (1,1 Mrd. Euro) entfielen auf Umweltschutzwaren. Davon wurden gut 500 Mill. Euro mit dem Verkauf von Fahrzeugen, beispielsweise für die Abfallsorgung, und von Fahrzeugteilen, wie Auspufftöpfen und Katalysatoren, erzielt. Mit Maschinenbauerzeugnissen, z. B. Sicherheitsbehältern für wassergefährdende Stoffe, erwirtschafteten rheinland-pfälzische Betriebe 191 Mill. Euro.

Die Umsätze für Bauleistungen – hierzu gehört vor allem der Bau von Kanälen und Abwasserleitungen – summierten sich auf 255 Mill. Euro. Sie lagen um 9,6% unter dem Volumen von 2004. Mit Dienstleistungen für den Umweltschutz, wie z. B.

Planung, Projektbetreuung und Gutachtererstellung, wurden knapp 95 Mill. Euro umgesetzt (+4,8%).

Mit der Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz wurden rund 600 Betriebe befragt, von denen 404 Umsätze mit ausschließlich für den Umweltschutz hergestellten Waren sowie Bau- und Dienstleistungen meldeten.

Investitionen für den Umweltschutz 2005 niedriger als in den Vorjahren

Chemische Industrie leistete mehr als die Hälfte

Die rheinland-pfälzische Industrie hat im Jahr 2005 rund 86 Mill. Euro in den Umweltschutz investiert. Dies waren 8,7% weniger als im Jahr 2004 und 34% weniger als im Jahr 2003. Bundesweit lagen die Umweltschutzinvestitionen um 14,6% niedriger als 2004 und um 11,4% niedriger als 2003.

Von den Gesamtinvestitionen der Industrie, die sich in Rheinland-Pfalz im Jahr 2005 auf etwa 2 Mrd. Euro beliefen, wurden 4,2% für den Umweltschutz verwendet. Damit wurde anteilig mehr für Umweltschutzinvestitionen ausgegeben als in Deutschland insgesamt; bundesweit erreichte ihr Anteil nur 2,6% der Gesamtinvestitionen.

Den größten Teil der Umweltschutzinvestitionen (57%) tätigte 2005 die chemische Industrie (49,2 Mill. Euro). Mit deutlichem Abstand folgte das Ernährungsgewerbe einschließlich Tabakverarbeitung mit 7,3 Mill. Euro vor dem Metallgewerbe und dem Fahrzeugbau mit jeweils rund 6,7 Mill. Euro.

Die Investitionsschwerpunkte der 190 Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen waren 2005 der Gewässerschutz (35,5 Mill. Euro), die Luftreinhaltung (35 Mill. Euro) und die Abfallwirtschaft (11,8 Mill. Euro).

Außer nach Umweltbereichen werden die Investitionen auch nach additiven bzw. integrierten Umweltschutzinvestitionen unterschieden: So beseitigen additive Umweltschutzinvestitionen die im Produktionsprozess entstehenden Umweltbelastungen nachträglich, z. B. durch Kläranlagen oder Staubfilter. Integrierte Umweltschutzinvestitionen verhindern bereits während der Produktion mögliche Umweltbelastungen, z. B. durch den Einsatz von Katalysatoren oder den Austausch umweltbelastender

Materialien gegen Ersatzstoffe. Im Jahr 2005 wurden in Rheinland-Pfalz wie schon 2004 rund 55% der Umweltschutzinvestitionen für integrierte Maßnahmen aufgewendet. In Deutschland betrug der Vergleichswert nur 35%.

Die Daten stammen aus der Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, zu dem die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten jährlich melden. Befragt wurden gut 2 000 Betriebe.

Weniger Verkehrsunfälle, aber mehr Verletzte und Getötete in den ersten beiden Monaten des Jahres

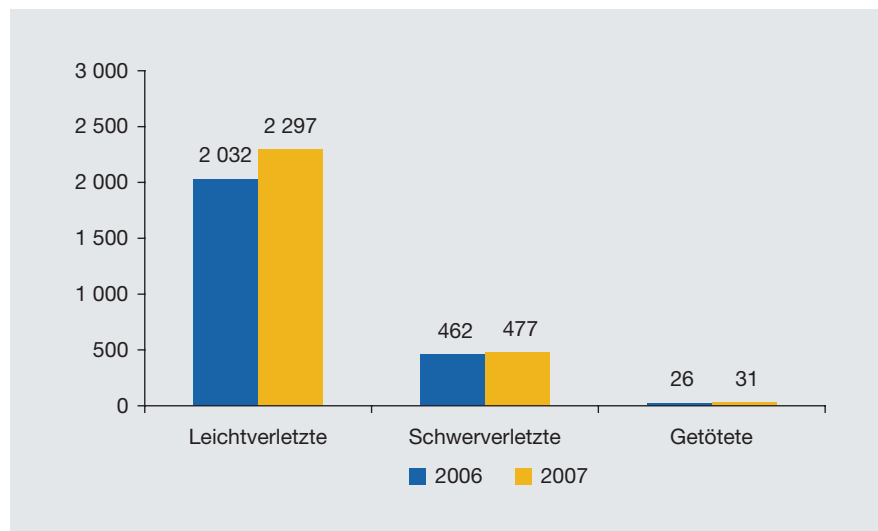
Im Januar und Februar 2007 verloren in Rheinland-Pfalz 31 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben, das

waren fünf mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Schwer verletzt wurden 477 Unfallbeteiligte, 15 mehr als in den ersten beiden Monaten des Jahres 2006. Die Zahl der Leichtverletzten lag trotz sinkender Unfallzahlen mit 2 297 um 13% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten beiden Monaten 18 326 Unfälle, 4,6% weniger als vor einem Jahr. Bei 89% der Unfälle entstand lediglich Sachschaden.

Die Ergebnisse basieren auf den monatlichen Meldungen der Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Februar 2006 und 2007



Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im März 2007

Im März 2007 erhöhte sich die Jahresteuersatzrate auf 1,9% und zeigte damit auch im dritten Monat des Jahres steigende Tendenz.

Maßgeblich für den Anstieg des Indexwertes in der Hauptgruppe „Verkehr“ waren neben den im Vorjahresvergleich deutlich gestiegenen Kraftstoffpreisen (+3,8%) höhere Preise beim Kauf von Fahrzeugen (+3,1%), für Ersatzteile und Zubehör (+3,8%) sowie für Reparatur und Wartung der Fahrzeuge.

Bei den Ausgaben rund ums Wohnen verteuerten sich Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten gegenüber März 2006 erheblich (+4,9%). Die höheren Ausgaben für Haushalts-

energie (+4,2%) sind vor allem auf die Preisentwicklung bei Strom (+7,5%) und Gas (+6,9%) zurückzuführen, die den Preisrückgang beim Heizöl (-7,9%) überdeckten. Stabilisierend wirkten hingegen die Wohnungsmieten einschließlich Nebenkosten, die lediglich um 0,9% über dem Vorjahresmonat lagen.

Im Vergleich zum Februar 2007 waren vor allem Preiserhöhungen bei den Kraftstoffen (+4,3%), sowie der Bekleidung (+1,3%) zu verzeichnen, während saisonüblich die Preise für Pauschalreisen (-3,6%) und Beherbergungsdienstleistungen (-4,1%) sanken. Insgesamt lag der Verbraucherpreisindex im März 2007 um 0,2% über dem Vormonat.

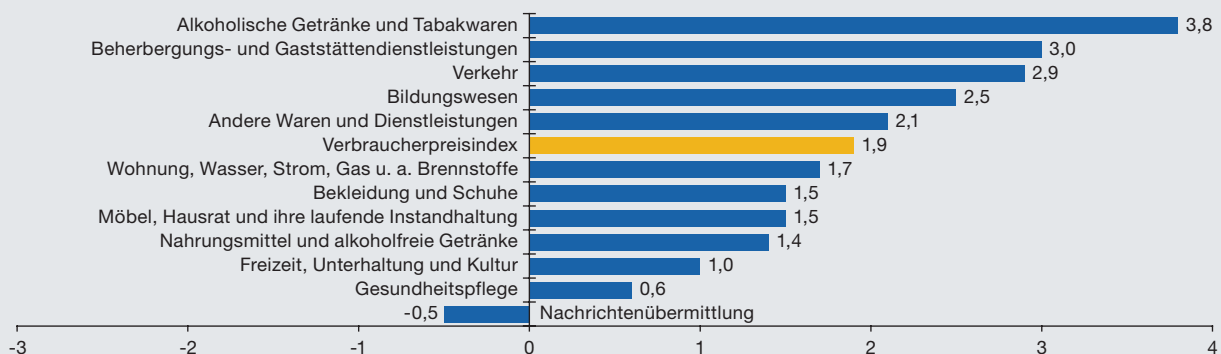
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

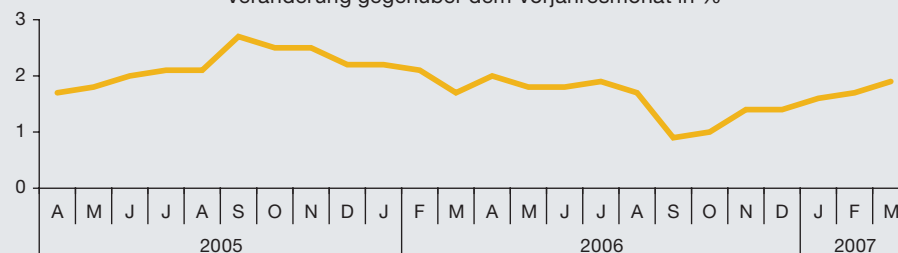
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 16 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2000 Berichtsstellen (z.B. Kaufhäuser) etwa 18000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im März 2007

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen gegenüber März 2006 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



März 2007

Verbraucherpreisindex: +1,9%

Ausgewählte Preisentwicklungen:

Strom: +7,5%

Heizöl: -7,9%

Bevölkerung im Wandel

Bevölkerungsentwicklung seit 1946



Von Günter Ickler

In Rheinland-Pfalz leben heute gut 4,05 Mill. Menschen. Seit der Gründung des Landes im Jahr 1947 hat sich die Bevölkerungszahl um weit mehr als 1 Mill. erhöht. Dabei verlief die Entwicklung keineswegs kontinuierlich: Es gab Phasen mit einem stark ausgeprägten Bevölkerungswachstum, aber auch Zeiträume, in denen die Einwohnerzahl rückläufig war. Zuletzt verursachte die Wende in Mittel- und Osteuropa seit Ende der 1980er-Jahre kräftige Wanderungsgewinne. Seit 2005 ist die Bevölkerungszahl rückläufig. Dieser neue Trend wird sich in Zukunft noch verstärkt fortsetzen. Die Entwicklung wird von ausgeprägten Verschiebungen in der Altersstruktur begleitet.

Langfristig wachsende Bevölkerung

Volkszählung
nach dem
Zweiten Weltkrieg
im Oktober 1946

Die Bevölkerungsentwicklung des Landes war über lange Zeiträume hinweg durch Zuwächse gekennzeichnet.¹⁾ Bei der ersten Volkszählung nach dem Zweiten Weltkrieg, die im Oktober 1946 stattfand, wurden für das Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz 2,8 Mill. Einwohner gezählt. Bedingt durch die Rückkehr von Kriegsgefangenen und den Zustrom von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus den früheren deutschen Ostgebieten und der damaligen sowjetischen Besatzungszone hatte die Bevölkerungszahl bereits bei der nächsten Großzählung im Jahr 1950 die Grenze von 3 Mill. Menschen überschritten. Auch in den folgenden Jahren wies die Bevölke-

rungsentwicklung beachtliche Wachstumsraten auf, die sich jedoch zu Beginn der 1970er-Jahre abschwächten. Mit 3,7 Mill. Einwohnern wurde im Jahr 1973 ein vorläufiger Höchststand erreicht. In einer dann folgenden Phase des Bevölkerungsrückgangs sank die Einwohnerzahl bis 1986 auf 3,6 Mill. (-2,4%). Die Entwicklung seit Ende der 1980er-Jahre war stark durch die Wende in Mittel- und Osteuropa beeinflusst. Von 1988 bis 2004 stieg die Bevölkerungszahl auf ihren bisher höchsten Stand von 4,06 Mill. (+11 %).

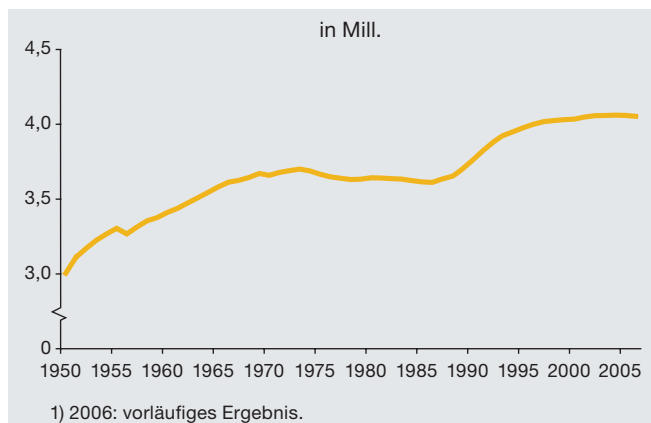
Erstmals nach 18 Jahren ist im Jahr 2005 die rheinland-pfälzische Bevölkerungszahl wieder rückläufig gewesen. Die Abnahme belief sich auf fast 2 300 Personen. Der für das Jahr 2006 zu erwartende Rückgang dürfte noch weit höher ausfallen. Allein in den ersten drei Quartalen liegt das Minus per Saldo bei rund 6 000 Menschen.

Im Jahr 2005
rückläufige
Bevölkerung

1) Bei einer langfristigen Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung muss in Kauf genommen werden, dass aus der Anfangszeit nach dem Krieg genaue statistische Angaben nicht immer oder nur mit eingeschränkter Aussagekraft vorliegen, da auch der Aufbau der amtlichen Statistik in dem neu gegründeten Land durch die vielfältigen Probleme der Nachkriegszeit geprägt war.

S 1

Bevölkerung 1950–2006¹⁾



Meist überwogen die Zuzüge die Fortzüge

Ob eine Bevölkerung wächst oder abnimmt, resultiert aus dem Zusammenspiel der Entwicklungskomponenten, den Zuzügen und den Geburten auf der einen Seite sowie den Fortzügen und den Sterbefällen auf der anderen Seite.

Im langfristigen Durchschnitt jährlicher Wanderungsgewinn von 17 000 Menschen

In der Geschichte des Landes sind in nahezu jedem Jahr mehr Menschen nach Rheinland-Pfalz zugezogen als über die Landesgrenze weggezogen. Damit konnten die Wanderungen fast immer zu einem Wachstum der Bevölkerung beitragen. Im langfristigen Durchschnitt gab es seit 1950 jährlich 109 000 Zuzüge und 92 000 Fortzüge. Daraus resultiert ein jährlicher Wanderungsüberschuss von 17 000, der sich im Lauf der Jahre auf insgesamt fast 1 Mill. Menschen summiert.

Hohe Wanderungsgewinne Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre

Besonders hoch waren die Wanderungsgewinne in den ersten Nachkriegsjahren sowie Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre infolge der Grenzöffnung zum Osten. Im Mittel der Jahre 1989 bis 1993 lag der Zuwanderungsüberschuss bei weit über 50 000 Menschen jährlich.

In den Folgejahren ist der Wanderungsgewinn aufgrund der stark rückläufigen Zuwanderung rapide gesunken. Gab es 1995 noch nahezu 30 000 mehr Zuzüge als Fortzüge, so fiel dieser Saldo bis zum Jahr 2000 auf 8 000 Personen, konnte aber im Jahr darauf noch einmal kräftig auf fast 21 000 Menschen zulegen.

Die Entwicklung in jüngster Vergangenheit ist durch weiter rückläufige Zuwanderungsüberschüsse gekennzeichnet, die nur noch bis zum Jahr 2004 groß genug waren, um das bestehende Geburtendefizit auszugleichen.

Sinkende Wanderungsgewinne können Geburtendefizit nicht mehr ausgleichen

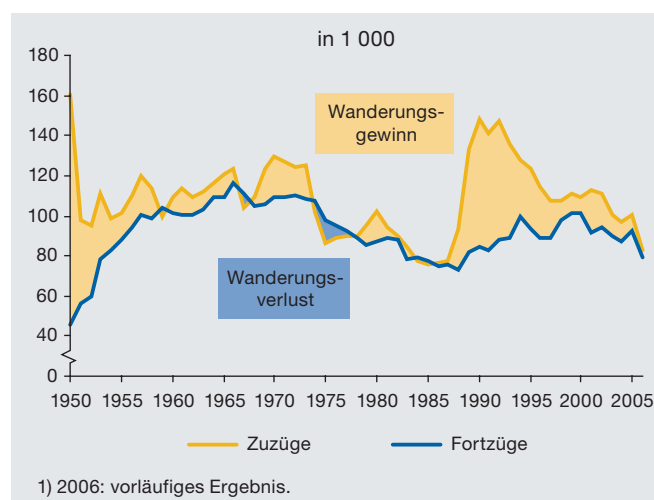
Eine Unterscheidung nach Herkunfts- bzw. Zielgebieten zeigt, dass die verschiedenen Regionen in sehr unterschiedlichem Ausmaß zu den Wanderungsgewinnen und damit zum Bevölkerungswachstum des Landes beigetragen haben. So fallen im gesamten Zeitraum die Wanderungsströme mit dem Ausland weit geringer aus als die mit den anderen Bundesländern.

Wanderungsverflechtungen mit anderen Bundesländern stärker als mit dem Ausland

Die stärksten Wanderungsverflechtungen gab es naturgemäß stets mit den größte-

S 2

Wanderungen über die Landesgrenze 1950–2006¹⁾



Besonders hoher Wanderungsaustausch mit den benachbarten Bundesländern

ren Nachbarländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg. Im gesamten Beobachtungszeitraum seit 1950 kamen mehr als 2,8 Mill. Menschen von dort nach Rheinland-Pfalz, und nahezu 2,8 Mill. zogen von hier in diese drei Länder. Über den langen Zeitraum betrachtet lag der Wanderungsgewinn bei insgesamt 37 000 Personen.

Im Austausch mit allen Bundesländern erreichte die Zahl der Zuzüge seit 1950 gut 4,3 Mill., die der Fortzüge fast 3,9 Mill. Personen.¹⁾ Damit ergibt sich ein Saldo von insgesamt 450 000 bzw. durchschnittlich 8 100 Personen jährlich. Demgegenüber fielen die Wanderungsströme zwischen Rheinland-Pfalz und dem Ausland mit 1,8 Mill. Zuzügen und 1,2 Mill. Fortzügen wesentlich kleiner aus. Daraus resultiert ein langfristiger Wanderungsgewinn im Austausch mit dem Ausland von insgesamt fast 580 000 bzw. jährlich 10 300 Personen.

Rapider Rückgang der Geburtenzahlen

Neben den Wanderungen prägen Geburten und Sterbefälle die Bevölkerungsentwicklung. Ist die Zahl der Gestorbenen größer als die der Geborenen, so geht – bei ausgeglichenem Wanderungssaldo – die Bevölkerung zurück.

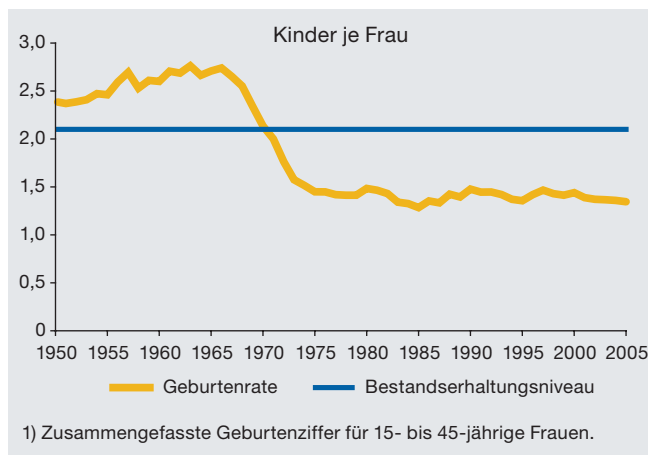
Halbierung der Geburtenzahlen seit Mitte der 1960er-Jahre

Bei der Geburtenentwicklung haben sich im Zeitablauf gravierende Änderungen vollzogen. Mit 67 800 Neugeborenen gab es 1963 die höchste Geburtenzahl in der Geschichte des Landes. Danach sank die Zahl der Lebendgeborenen nachhaltig. Der vorübergehende Anstieg Ende der 1980er-

1) In diesen Angaben sind auch die Wanderungen zwischen Rheinland-Pfalz und der damaligen DDR enthalten.

S 3

Geburtenrate¹⁾ 1950–2005



Jahre ist auf die stark besetzten Elternjahrgänge in dieser Zeit zurückzuführen. Heute kommen nur noch halb so viele Kinder zur Welt wie Mitte der 1960er-Jahre.

Neben dem Altersaufbau der Bevölkerung bestimmt das so genannte generative Verhalten, also der Wunsch nach Kindern, die Zahl der Geborenen. Die Geburtenrate gibt die Zahl der Kinder an, die Frauen durchschnittlich im Lauf ihres Lebens zur Welt bringen. Zur Bestandserhaltung der Bevölkerung müsste die Geburtenrate durchschnittlich 2,1 Kinder je Frau betragen. Im Jahr 1963 lag sie noch bei 2,8. Seit Mitte der 1970er-Jahre bewegt sich die Geburtenrate um einen Wert von nur 1,4 Kindern je Frau.

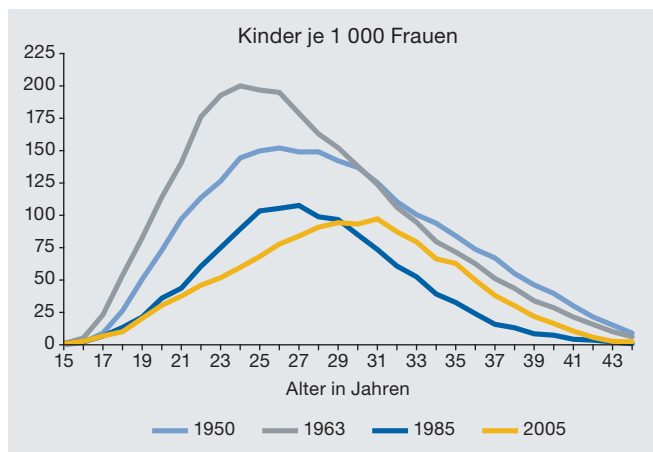
Geburtenrate seit Mitte der 1970er-Jahre bei 1,4 Kindern je Frau

Nach leichten Schwankungen in den 1990er-Jahren nahm die Zahl der Lebendgeborenen in den letzten Jahren ständig ab. Mit knapp 32 600 Kindern, die im Jahr 2005 das Licht der Welt erblickten, wurde ein neuer Tiefstand erreicht, der um nahezu 24% unter dem Wert des Jahres 1990 liegt. Auch für 2006 ist mit einer weiteren Verringerung um mindestens 1 000 zu rechnen.

Auch aktuell weniger Kinder

S 4

Geborene 1950–2005 nach dem Alter der Mutter



Steigendes Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder

Deutliche Veränderungen zeigen sich im Zeitablauf hinsichtlich des Alters der Mutter bei der Geburt. So wurden im Jahr 1950 die – relativ gesehen – meisten Kinder von 26-jährigen Frauen zur Welt gebracht; es gab 152 Geburten je 1 000 Frauen dieses Alters. Im Jahr 1963 waren es die 24-jährigen Frauen, die mit 200 Geburten je 1 000 den höchsten Wert erreichten. Seitdem ist das Alter der Mütter zum Zeitpunkt der Geburt ihrer Kinder deutlich angestiegen. Im Jahr 1995 wiesen 29-jährige Frauen die höchste Geburtenziffer auf, derzeit sind es die Frauen im Alter von 30 Jahren.

Zukünftig weiter sinkende Geborenenzahlen

Bei gleichbleibender Geburtenrate ist zukünftig mit weiter sinkenden Geborenenzahlen zu rechnen, da der Umfang der potenziellen Elternjahrgänge tendenziell kleiner wird. Die am stärksten besetzten Jahrgänge sind mittlerweile über 40 Jahre alt. Dies bedeutet, dass selbst bei einer Steigerung der Geburtenrate, die unter Umständen durch entsprechende familienpolitische Maßnahmen ausgelöst werden könnte, allenfalls eine Abschwächung des rückläufigen Trends der Geburtenzahlen zu erreichen wäre, da es immer weniger junge

Leute geben wird, die Kinder bekommen könnten. Die gegenwärtige Altersstruktur der Bevölkerung, die anschaulich in der grafischen Darstellung der Bevölkerungspyramide zum Ausdruck kommt, belegt diesen Sachverhalt deutlich.

Zunehmende Lebenserwartung – trotzdem mehr Sterbefälle

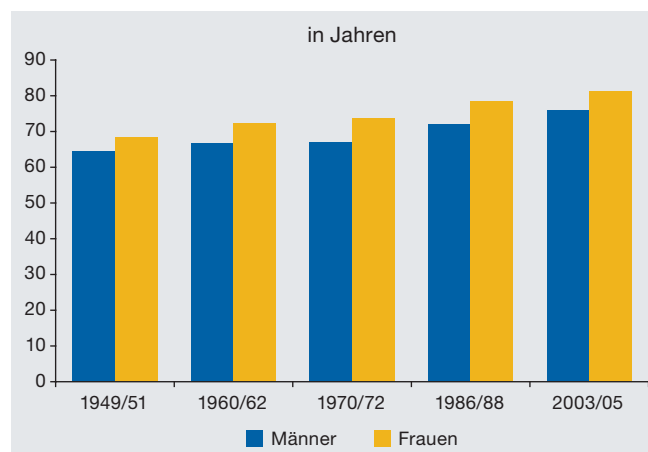
Die Entwicklung der Sterbefälle weist im langfristigen Verlauf eine weitaus geringere Dynamik auf als die der Geburten oder der Zu- und Fortzüge.

Die Zahl der Gestorbenen wird maßgeblich durch die Lebenserwartung beeinflusst, die sich auf lange Sicht kontinuierlich erhöht hat. Während Anfang der 1950er-Jahre ein neugeborenes Mädchen noch damit rechnen musste, vor seinem 69. Geburtstag zu sterben, lag die Lebenserwartung zu Beginn der 1970er-Jahre schon bei 74 Jahren; derzeit beträgt sie mehr als 81 Jahre. Die Lebenserwartung des männlichen Geschlechts ist stets wesentlich niedriger gewesen. So hatten zu Beginn der 1950er-Jahre neugeborene Knaben durchschnitt-

Steigende Lebenserwartung

S 5

Lebenserwartung bei der Geburt 1949/51–2003/05 nach Geschlecht



lich nur 65 Lebensjahre zu erwarten; in den frühen 1970er-Jahren lag ihre Lebenserwartung bei 67 Jahren und zurzeit erreicht sie 76 Jahre. Ausschlaggebend für die positive Entwicklung ist in erster Linie der Rückgang der früher großen Säuglings- und Kindersterblichkeit, aber auch im höheren Altersbereich hat sich die Sterblichkeit in den letzten Jahrzehnten deutlich reduziert.

Trotz steigender Lebenserwartung mehr Sterbefälle

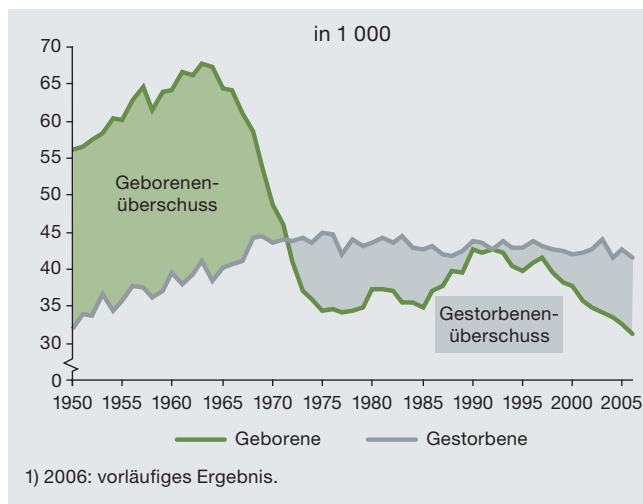
Der Anstieg der Lebenserwartung ließe für sich genommen eine Verringerung der Gestorbenenanzahlen erwarten. Es ist jedoch eine tendenziell zunehmende Zahl der Sterbefälle zu verzeichnen, die sich aus der wachsenden Gesamtbevölkerung und der zunehmenden Zahl älterer Menschen erklärt. Die schwankenden Gestorbenenanzahlen resultierten – auch in den letzten Jahren noch – aus dem sehr unregelmäßigen, insbesondere durch die Kriegsauswirkungen bedingten Altersaufbau bei den älteren Menschen. Dies kann an der aktuellen Bevölkerungspyramide anschaulich nachvollzogen werden.

Seit 1972 mehr Gestorbene als Geborene

Aus der Entwicklung der Geburten und der Sterbefälle ergibt sich ein Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung, der seit 1972 negativ ist, das heißt die Zahl der Gestorbenen ist seitdem größer als die der Lebendgeborenen. Lediglich 1992 gab es noch einmal einen – jedoch sehr geringen – positiven Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung. In den letzten Jahren nahm das Geburtendefizit tendenziell zu. Im Jahr 1997 lag es noch bei rund 1 500 Personen, 2005 bereits deutlich über 10 000, und im Jahr 2006 wird es noch höher ausfallen.

S 6

Geborene und Gestorbene 1950–2006¹⁾

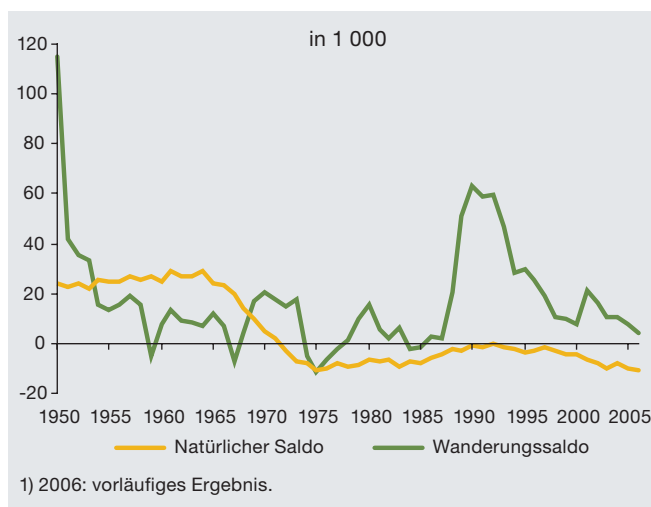


Die für die Geburten und die Sterbefälle vorgezeichneten Entwicklungstendenzen lassen in den kommenden Jahren einen weiterhin steigenden negativen Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung erwarten.

Die zukünftigen Entwicklungstendenzen der Wanderungen sind weitaus schwieriger abzuschätzen als die der Geborenen bzw. der Gestorbenen. Bei voraussichtlich weiter steigendem Geburtendefizit wären für

S 7

Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung und Wanderungssaldo 1950–2006¹⁾



Auch in Zukunft
rückläufige
Bevölkerungs-
zahl

eine konstante oder gar wachsende Bevölkerung wieder zunehmende Wanderungsüberschüsse erforderlich. Dies muss gegenwärtig als eher unwahrscheinlich angesehen werden. Damit ist für die kommenden Jahre eine weiter sinkende Bevölkerungszahl zu erwarten.

Gegenwärtige Bevölkerungsstruktur beeinflusst zukünftige Entwicklung

Bevölkerungs-
pyramide
zeigt historische
Ereignisse ...

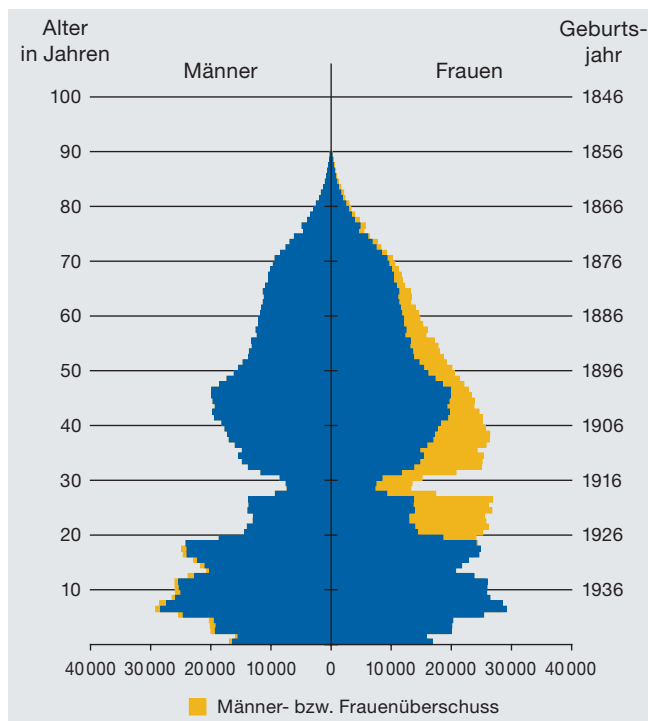
Eine differenziertere Analyse der Bevölkerungsentwicklung ermöglicht die grafische Darstellung der Alters- und Geschlechtsstruktur in Form einer Bevölkerungspyramide. Die Ereignisse in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts, wie z. B. die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise, haben hier deutliche Spuren hinterlassen: Die Geburtenausfälle und die in erster Linie die Männer betreffenden Kriegsverluste zeichnen sich klar ab. Aber auch die danach eingetretenen Entwicklungen, wie der Geburtenboom Ende der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre sowie der darauf folgende, häufig als „Pillenknick“ bezeichnete erhebliche Einbruch in der Geburtenentwicklung, sind deutlich zu erkennen. So ist der damalige Babyboom für die derzeit große Zahl der etwa 40- bis 45-Jährigen verantwortlich.

... und ist
zugleich Aus-
gangspunkt
für den Blick in
die Zukunft

Die Bevölkerungspyramide veranschaulicht damit nicht nur die gegenwärtige Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung, sondern spiegelt zugleich die historischen Ereignisse in der Population wider. Darüber hinaus ist sie auch Ausgangspunkt für die Betrachtung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung. Die den gegenwärtigen Bevölkerungsaufbau prägenden geschichtlichen Ereignisse werden auch die Bevölkerungsstruktur in den kommenden

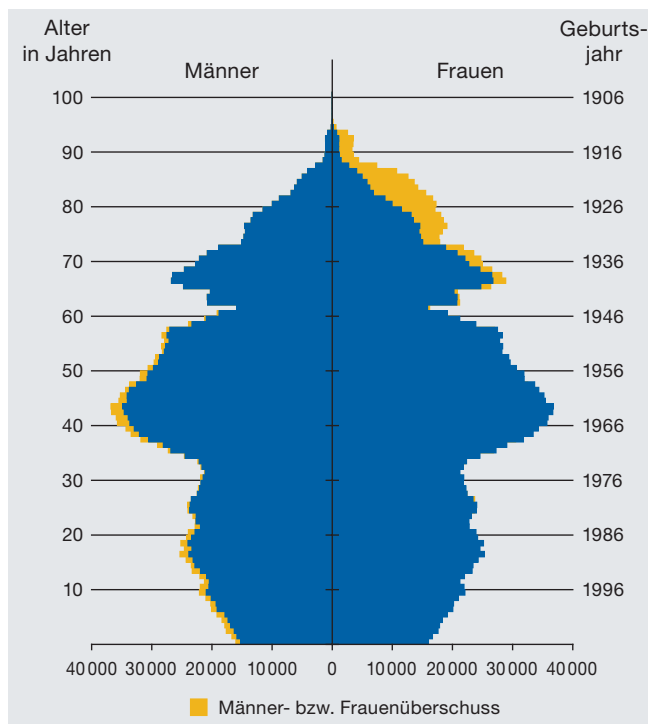
S 8

Aufbau der Bevölkerung 1946 nach Alter und Geschlecht



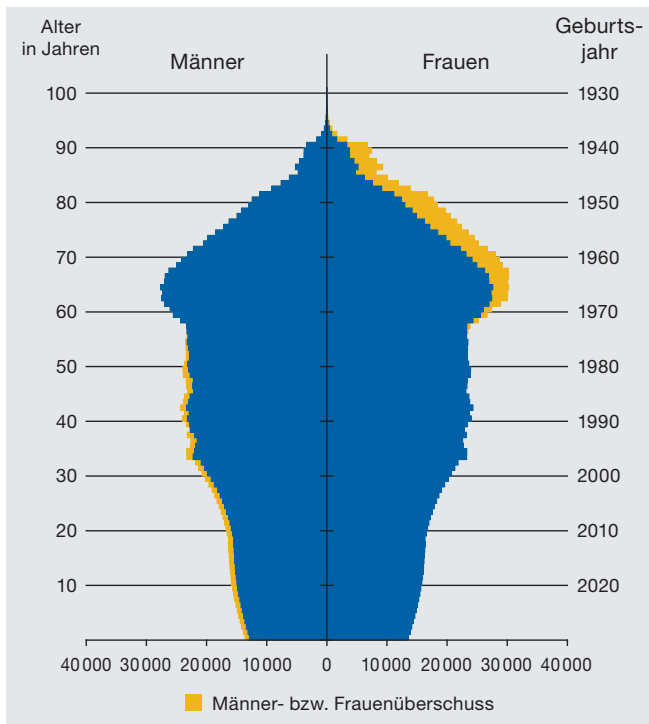
S 9

Aufbau der Bevölkerung 2006 nach Alter und Geschlecht



S 10

Aufbau der Bevölkerung 2030 nach Alter und Geschlecht



Jahren noch entscheidend bestimmen. So ist selbst bei einer langfristigen Projektion der Geburtenboom der frühen 1960er-Jahre an der Bevölkerungspyramide des Jahres 2030 noch an der großen Zahl der Mittsechziger zu erkennen. Aber auch die rückläufigen Kinderzahlen und die zunehmende Lebenserwartung verursachen als ständige Einflüsse eine Verschiebung in den Anteilen der Altersklassen hin zu höherem Lebensalter, was zu der fortschreitenden so genannten demographischen Alterung der Bevölkerung führt.

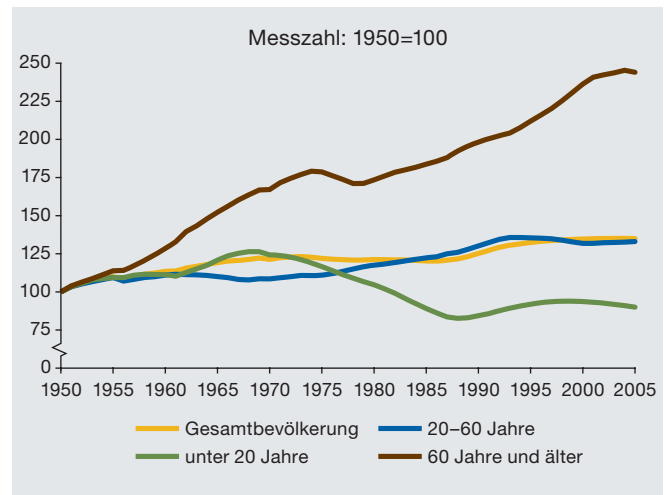
Die Bevölkerung altert

Durchschnitts-
alter nimmt zu

Diese Entwicklung, die auch als demographischer Wandel bezeichnet wird, findet ihren Niederschlag in einem stetig wachsenden Durchschnittsalter der Bevölkerung. Das Medianalter teilt die Bevöl-

S 11

Bevölkerungsentwicklung 1950–2005 nach Altersgruppen



kerung in zwei Hälften. Die eine Hälfte ist jünger, die andere Hälfte älter als das Medianalter. War die rheinland-pfälzische Bevölkerung 1950 durchschnittlich 32 Jahre alt, so liegt das Medianalter heute bei 41 Jahren.

Eine Untergliederung nach drei großen Altersgruppen zeigt den markantesten Verlauf bei den Älteren. Die Zahl der Menschen, die 60 Jahre oder älter sind, hat sich seit 1950 von gut 400 000 auf über 1 Mill. weit mehr als verdoppelt. Besonders spektakulär ist die Entwicklung bei den Hochbetagten: Gab es 1950 noch weniger als 1 000 Menschen in Rheinland-Pfalz, die auf mindestens 90 Lebensjahre zurückblicken, so stehen heute rund 32 000 Seniorinnen und Senioren in diesem Alter.

Immer mehr
Menschen
werden älter
als 90 Jahre

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege.

Haushalte und Erwerbstätigkeit im Wandel

50 Jahre Daten aus dem Mikrozensus



Von Hans-Peter Fein

Die Lebens- und Erwerbsverhältnisse der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz befinden sich seit der Gründung des Landes im ständigen Wandel. Dies lässt sich anhand einiger ausgesuchter Daten aus dem Mikrozensus verdeutlichen. So stieg die Zahl der Privathaushalte kontinuierlich, während gleichzeitig die durchschnittliche Größe der Haushalte zurückging. Auch die Zahl der Kinder unter 18 Jahren sank von ihrem Höchststand in den 1960er-Jahren bis heute um gut ein Viertel. Der Strukturwandel in der Erwerbstätigkeit unterstreicht den Trend zur Dienstleistungsgesellschaft. War 1950 noch gut ein Drittel der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, so liegt deren Anteil im Jahr 2005 nur noch bei etwa 2%. Demgegenüber arbeiten mittlerweile zwei Drittel der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich.

Privathaushalte werden immer kleiner

Immer weniger
Großfamilien

Das Leben in einer Großfamilie, sei es nun in einem Haushalt mit drei Generationen oder in einem Zweigenerationenhaushalt mit mehreren Kindern, war Mitte des letzten Jahrhunderts noch eine verbreitete Form des Zusammenlebens. Im Jahr 1950¹⁾ lebten knapp 20% aller Einwohner von Rheinland-Pfalz in einem Haushalt mit fünf oder mehr Personen. Deren Anteil an den Privathaushalten insgesamt sank bis zum Jahr 1980 auf 10,6%; im Jahr 2005 betrug er nur noch gut 4%.

Zahl der
Ein- und
Zweipersonen-
haushalte stark
gestiegen

Parallel hierzu wuchs die Zahl der Privathaushalte erheblich. Gab es im Jahr 1950 erst 921 000 Haushalte, so waren es im Jahr 2005 mit über 1 872 000 mehr als doppelt so viele. Maßgeblich hierzu beigetragen

hat die enorme Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte. So erhöhte sich die Zahl der Einpersonenhaushalte von 130 000 im Jahr 1950 auf über 664 000 im

Info

Mikrozensus

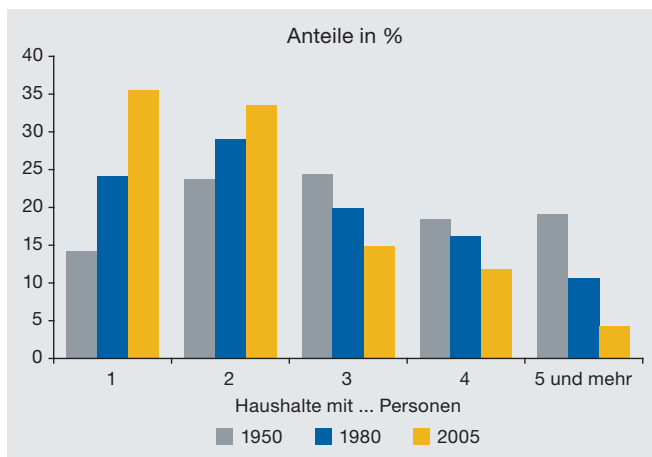
Der Mikrozensus als Repräsentativstatistik liefert seit 1957 Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien, Lebensgemeinschaften und Haushalte, über die Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche, Aus- und Weiterbildung, Wohnverhältnisse sowie die Gesundheit. Die Ergebnisse des Mikrozensus sind in Deutschland im Lauf der Jahrzehnte zu einer unverzichtbaren Datenquelle für Parlament, Regierung und Verwaltung, für die Sozialpartner, die Wissenschaft und die gesamte Öffentlichkeit geworden.

Allein in Rheinland-Pfalz werden pro Jahr von knapp 180 geschulten Interviewern mehr als 18 000 auf Basis eines mathematisch-statistischen Zufallsverfahrens ausgewählte Haushalte mit über 40 000 Personen befragt.

1) Ergebnisse der Volkszählung.

S 1

Privathaushalte 1950–2005 nach der Haushaltsgröße



Jahr 2005. Hierbei handelt es sich weniger um den jungen Single, sondern mehrheitlich um ältere Menschen, die z. B. nach dem Tod des Partners allein in einem Haushalt leben und nicht – wie dies in früheren Zeiten noch durchaus üblich war – mit Kindern oder Enkeln unter einem Dach wohnen.

Bei den Haushalten mit zwei Personen zeigt sich eine ähnliche Entwicklung. Nachdem ihre Zahl im Jahr 1950 noch bei 220 000 gelegen hatte, stieg sie bis 2005 auf 627 000.

Durchschnittliche Haushaltsgröße rückläufig

Trotz des Anwachsens der Bevölkerung um gut ein Drittel seit 1950 resultiert aus diesen Zahlen ein markanter Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße. Lebten Mitte des vorigen Jahrhunderts im Schnitt noch mehr als drei Personen in einem Haushalt, so waren es im Jahr 2005 nur noch zwei.

In den Haushalten leben immer weniger Kinder unter 18 Jahre

Nachdem die Zahl der in den Familien lebenden Kinder unter 18 Jahre Mitte der

1960er-Jahre mit über 1 Mill. einen Höchststand erreicht hatte, ging sie stetig zurück und belief sich im Jahr 2005 nur noch auf 741 000. Parallel hierzu sank auch die Zahl der Familien mit Kindern von gut 500 000 in den 1960er- und 1970er-Jahren auf etwa 452 000 im Jahr 2005.

Unterschiedlich entwickelte sich hingegen die Zahl der Kinder innerhalb der Familien. Während die Zahl der Familien mit einem Kind seit 1961¹⁾ absolut gesunken ist, erhöhte sich ihr Anteil an den Familien insgesamt leicht bis 2005 auf 50,6%. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Familien mit zwei Kindern recht deutlich von 159 000 auf nahezu 172 000. Demgegenüber sind Familien mit vier und mehr Kindern mittlerweile eher die Ausnahme. Zählten im Jahr 1961 noch knapp 35 000 Familien zu dieser Gruppe, so waren es im Jahr 2005 weniger als 10 000.

Kinderreiche Familien sind mittlerweile die Ausnahme

T 1

Familien mit Kindern 1961–2005

Jahr ¹⁾	Familien mit ... Kindern			
	1	2	3	4 und mehr
	Anteile in %			
1961	49,1	31,6	12,4	6,9
1980	48,9	36,3	10,5	4,4
1995	48,9	38,1	10,3	2,6
2005	50,6	38,0	9,3	2,1

1) Ergebnisse des Mikrozensus; 1961: Ergebnisse der Volkszählung.

Wandel in der Erwerbstätigkeit

Auch bei der Erwerbstätigkeit hat seit der Gründung des Landes ein tief greifender Wandel stattgefunden. Dies betraf sowohl die Zahl der Erwerbstätigen als auch ihre Verteilung auf die Wirtschaftsbereiche sowie ihre Stellung im Beruf.

1) Daten hierzu liegen erst seit 1961 vor.

Gegenüber 1950 wuchs die Gesamtzahl der Erwerbstätigen von knapp 1,5 Mill. auf etwa 1,8 Mill. im Jahr 2005. Von den gut 4 Mill. Einwohnern des Landes waren damit rund 44% erwerbstätig. Signifikant ist der erhebliche Rückgang der Erwerbstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft. So sank der Anteil der Erwerbstätigen in diesem Teil des primären Sektors an allen Erwerbstätigen insgesamt von 36,1% im Jahr 1950 auf 6,3% im Jahr 1980 und schließlich 2,7% im Jahr 2005.

Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft stark zurückgegangen

Beschäftigung im produzierenden Gewerbe erreichte in den 1970er-Jahren ihren Höhepunkt

Stetiger Anstieg der Erwerbstätigkeit im Dienstleistungsbereich

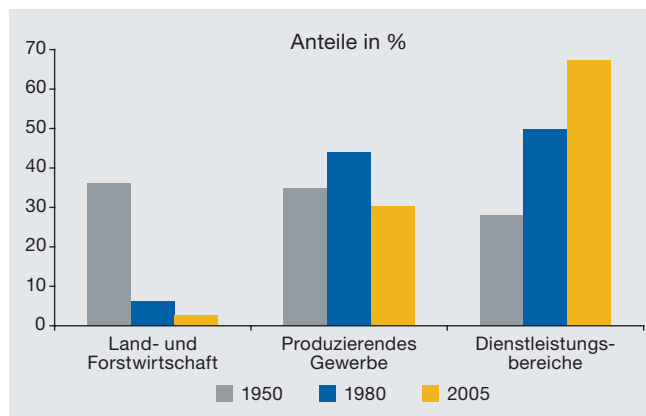
Zunächst kam diese Entwicklung insbesondere dem Ausbau des industriellen Sektors zugute. So nahm nach 1950 die Erwerbstätigkeit im produzierenden Gewerbe zunächst zu und erreichte zu Beginn der 1970er-Jahre Höchststände, sowohl absolut als auch relativ gesehen. Danach baute jedoch auch das produzierende Gewerbe infolge des technischen Fortschritts und steigender Produktivität vermehrt Arbeitskräfte ab. Im Jahr 2005 lag die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Bereich nur um 5% über dem Niveau des Jahres 1950.

Kontinuierlich erhöht hat sich hingegen die Erwerbstätigkeit im Dienstleistungsbereich. Belief sich dessen Anteil an allen Erwerbstätigen im Jahr 1950 noch auf 27,9%, so setzte in der Folgezeit ein steter Anstieg ein, dessen Ende noch nicht absehbar ist. Nach 49,7% im Jahr 1980 arbeiteten im Jahr 2005 gut 67% der Erwerbstätigen im tertiären Sektor.

Diese Entwicklung hin zur Dienstleistungsgesellschaft, wie sie in hochentwickelten Volkswirtschaften zu beobachten ist, spiegelt sich auch bei der Stellung der Erwerbstätigen im Beruf wider. So wies die Selbständigenquote im Jahr 1950 mit 17,8%

S 2

Erwerbstätige 1950–2005 nach Wirtschaftsbereichen



einen relativ hohen Wert auf. Ausschlaggebend hierfür war zweifellos die damals noch hohe Zahl der eigenständigen Landwirte. Dies erklärt auch die Existenz von fast 400 000 mithelfenden Familienangehörigen im Jahr 1950, deren Zahl sich mittlerweile auf rund 25 000 reduziert hat. Der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen ging bis zum Jahr 1982 auf 8,2% zurück, was in erster Linie durch die Schließung bäuerlicher Kleinbetriebe zu begründen ist. Die Selbständigenquote erholte sich zu Beginn des neuen Jahrtausends und lag im Jahr 2005 bei 11%. Der Anstieg in den letzten Jahren dürfte jedoch zum Teil auch darauf zurückzuführen sein, dass bisher abhängig Beschäftigte die Selbständigkeit als Alternative angesichts drohender oder bestehender Arbeitslosigkeit wählen.

Selbständigenquote schwankt im Zeitverlauf

Korrespondierend zu dieser Entwicklung stieg der Anteil der abhängig Beschäftigten an den Erwerbstätigen seit 1950 deutlich an und erreichte im Jahr 2005 einen Wert von 87,6%. Innerhalb der Gruppe der abhängig Beschäftigten sind allerdings unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. Der Anteil der Arbeiter – die überwiegend im produzierenden Gewerbe tätig sind – verringerte

T 2

Erwerbstätige 1950–2005 nach Stellung im Beruf

Jahr ¹⁾	Selbst- ständige	Mithelfende Familien- angehörige	Beamte	Angestellte	Arbeiter
	Anteile in %				
1950	17,8	26,4	3,7	12,1	40,1
1970	11,3	8,3	8,0	27,2	45,1
1990	9,0	2,2	9,1	39,7	39,9
2005	11,0	1,4	7,2	51,0	29,4

1) Ergebnisse des Mikrozensus; 1950 und 1970: Ergebnisse der Volkszählung; 1950: Erwerbspersonen.

Der über-
wiegende Teil
der abhängig
Beschäftigten
sind Angestellte

sich von 40,1 % aller Erwerbstätigen im Jahr 1950 auf 29,4 % im Jahr 2005. Demgegenüber machten die Angestellten, die im Jahr 1950 lediglich 12 % aller berufstätigen Personen stellten, im Jahr 2005 mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung aus. Da im stark gewachsenen Dienstleistungsbereich überwiegend Angestellte beschäftigt werden, ist diese Entwicklung leicht nachvollziehbar. Der Anteil der Beamten als dritter Gruppe der abhängig Beschäftigten näherte sich zeitweise der 10 %-Marke, wobei in den letzten Jahren ist jedoch ein Rückgang auf gut 7 % festzustellen.

Besonderheiten bei der Frauen- erwerbstätigkeit

Auch die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen stieg zwischen 1950 und 2005 von 587 000 auf 796 000 deutlich an. Sie stellten damit im Jahr 2005 gut 44 % aller Erwerbstätigen. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Situation in der Mitte des letzten Jahrhunderts mag es auf den ersten Blick verwundern, dass mehr als eine halbe Million Frauen im Jahr 1950 erwerbstätig waren. Verständlicher werden die Zahlen, wenn man die Verteilung der Erwerbstätigkeit auf die Wirtschaftsbereiche sowie die Stellung der Frauen im

T 3

Erwerbstätige Frauen 1950–2005 nach Wirtschaftsbereichen

Jahr ¹⁾	Land- und Forst- wirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Dienst- leistungs- bereiche
	Anteile in %		
1950	54,1	15,8	28,6
1970	15,1	31,2	53,7
1990	4,3	23,0	72,7
2005	2,0	16,1	81,9

1) Ergebnisse des Mikrozensus; 1950 und 1970: Ergebnisse der Volkszählung; 1950: Erwerbspersonen.

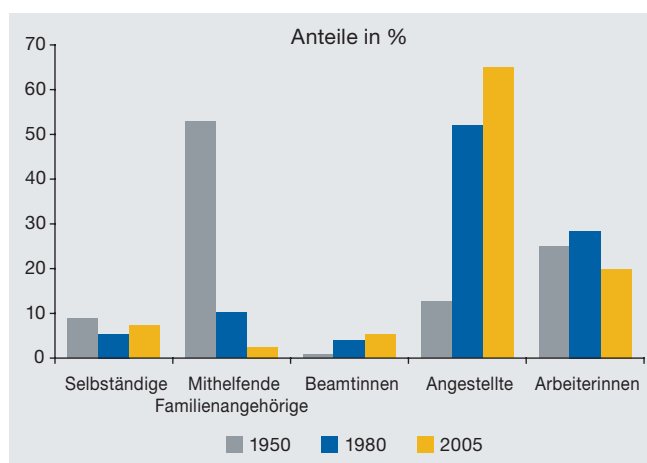
Beruf betrachtet. So waren von den 587 000 weiblichen Erwerbstätigen des Jahres 1950 mehr als 317 000 oder gut 54 % in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Auch die Tatsache, dass im Jahr 1950 fast 53 % der weiblichen Erwerbstätigen zu den mithelfenden Familienangehörigen zählten – die überwiegend in der Landwirtschaft tätig waren – verdeutlicht die zu diesem Zeitpunkt noch herausragende Stellung dieses Sektors.

In der Folgezeit verringerte sich der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Frauenerwerbstätigkeit deutlich. Im Jahr 2005 lag er noch bei 2 %. Gleiches gilt auch für die Gruppe der mithelfenden Familien-

Land- und
Forstwirtschaft
verliert ihre
dominierende
Stellung

S 3

Erwerbstätige Frauen 1950–2005 nach Stellung im Beruf



angehörigen, in der im Jahr 2005 noch 2,5% der weiblichen Erwerbstätigen beschäftigt waren. Geblieben ist hingegen der hohe Anteil der Frauen an der Gesamtheit der mithelfenden Familienangehörigen; er bewegte sich meist zwischen 75 und 90%.

Der Großteil der weiblichen Erwerbstätigen ist im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Bereits seit 1961 ist der tertiäre Sektor der wichtigste Wirtschaftsbereich für erwerbstätige Frauen; mittlerweile arbeiten über 80% von ihnen in den verschiedenen Dienstleistungsbranchen. Dagegen spielt das produzierende Gewerbe mit etwa 16% im Jahr 2005 nur eine nachgeordnete Rolle.

Die Dominanz des Dienstleistungsbereichs spiegelt sich auch bei der Stellung der erwerbstätigen Frauen im Beruf wider. Der Anteil der weiblichen Angestellten unter allen erwerbstätigen Frauen stieg seit 1950

stetig an und lag im Jahr 2005 bei 65%. Bei den Männern betrug der Anteil der Angestellten an den Erwerbstätigen im Jahr 2005 lediglich knapp 40%. Andererseits werden vergleichsweise wenige Frauen als Beamtinnen oder Arbeiterinnen beschäftigt.

Trotz des sich wandelnden Rollenverständnisses der Frauen in unserer Gesellschaft sind sie unter den Selbständigen noch immer unterrepräsentiert. Betrachtet man den Anteil der Frauen an allen Selbständigen, so ist zwischen 1950 und 2005 ein Anstieg von 19,7 auf 29,5% festzustellen.

Frauen sind bei den Selbständigen unterrepräsentiert

Hans-Peter Fein, Diplom-Volkswirt, leitet das Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise und Haushaltserhebungen.

Erwerbsbeteiligung im Wandel

Entwicklung des Arbeitskräfteangebots seit 1950

Von Günter Ickler

Von den gegenwärtig 4,05 Mill. Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern steht gut jede(r) Zweite im erwerbsfähigen Alter. Diese Relation schwankte zwar im Zeitablauf, hat sich in der Geschichte des Landes aber letztlich nur wenig verändert. Die alters- und geschlechtsspezifische Analyse der Erwerbsbeteiligung zeigt jedoch teilweise gravierende strukturelle Bewegungen. Bei konstant sehr hohen Erwerbsquoten der Männer mittleren Alters hat die Erwerbsbeteiligung der Frauen in diesem Alter erheblich zugenommen.

Bevölkerungsstruktur und Arbeitskräfteangebot

Die Zahl der Arbeitskräfte auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes sowie deren Zusammensetzung nach Alter und Geschlecht werden wesentlich durch die Bevölkerungsstruktur bestimmt. Je höher die Zahl der Menschen ist, die sich nicht (mehr) in Ausbildung und noch nicht im Ruhestand befinden, umso mehr Personen stehen als Arbeitskräfte zur Verfügung. Das Arbeitskräfteangebot einer Bevölkerung mit einem hohen Anteil an älteren Menschen und/oder einem hohen Anteil an jüngeren Menschen ist demnach tendenziell kleiner als das einer Bevölkerung mit einem hohen Anteil an Personen im mittleren Alter.

Bevölkerung im
erwerbsfähigen
Alter: 20- bis
60-Jährige

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird in diesem Beitrag mit der Altersgruppe der 20- bis 60-Jährigen gleichgesetzt; dies ist eine vereinfachende, für langfristige Vergleichszwecke gewählte pauschale Abgren-

zung. Während der Umfang der gesamten Bevölkerung Anhaltspunkte für den Bedarf an Gütern und Dienstleistungen liefert, kann die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter als Potenzial zur Deckung dieses Bedarfs angesehen werden.

Über den gesamten Zeitraum von 1950 bis heute ist die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um ein Drittel und die Gesamtbevölkerung um etwas mehr als ein Drittel gewachsen. Dabei weichen die Entwicklungsverläufe wegen der unregelmäßigen Bevölkerungsstruktur zum Teil beträchtlich voneinander ab. Seit 1950 lassen sich folgende Phasen unterscheiden:

- Bis Mitte der 1950er-Jahre lagen die Wachstumsraten für die Gesamtbevölkerung und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit 9 bzw. 8% in etwa gleichauf. Infolge der schwierigen Nachkriegssituation bestand eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit; die Arbeitslosenquote¹⁾ betrug im Durchschnitt über 6%.

Ein Drittel
mehr Erwerbs-
personen seit
1950

Nach dem
Zweiten Welt-
krieg zunächst
hohe Arbeits-
losigkeit

1) Registrierte Arbeitslose bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

- Von 1955 bis 1970 wuchs die Gesamtbevölkerung um fast 12%, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter per Saldo aber weniger als 1%. Aufgrund des Arbeitskräftemangels kamen in diesem Zeitraum etwa 70 000 so genannte Gastarbeiter ins Land. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt unter 2%.
- Mit dem Jahr 1971 schlug die Entwicklung um. Bis Anfang der 1990er-Jahre lag die jährliche Veränderungsrate der Gesamtbevölkerung stets unter der für die 20- bis 60-Jährigen. Über den ganzen Zeitraum gesehen nahm die Gesamtbevölkerung nur um 4%, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aber um fast 22% zu. Diese Strukturverschiebung hat mit dazu beigetragen, dass die Arbeitslosenquote seit 1970 kontinuierlich angestiegen ist, und zwar von weniger als 1% im Jahr 1970 auf über 5% im Jahr 1975. Aufgrund der günstigen konjunkturellen Entwicklung ging sie danach zwar wieder bis auf 3,7% im Jahr 1979 zurück, nahm in den folgenden Jahren aber erneut zu und erreichte 1985 einen vorläufigen Höchstwert von 8,6%.
- Die Phase einer unter Schwankungen stagnierenden Bevölkerungsentwicklung ging in den späten 1980er-Jahren in der Folge des Umbruchs in Osteuropa, der Maueröffnung und der Veränderungen in verschiedenen Teilen der Welt zu Ende. Von 1990 bis 2005 hat die Bevölkerung insgesamt um nahezu 10%, die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter allerdings nur um 4,3% zugenommen. Insofern brachte die demographische Entwicklung in diesem Zeitraum eine gewisse Entlastung für den Arbeitsmarkt. Gleichwohl verharrte die Arbeitslosenquote aufgrund der ungünstigen konjunkturellen Voraussetzungen auf hohem Niveau.

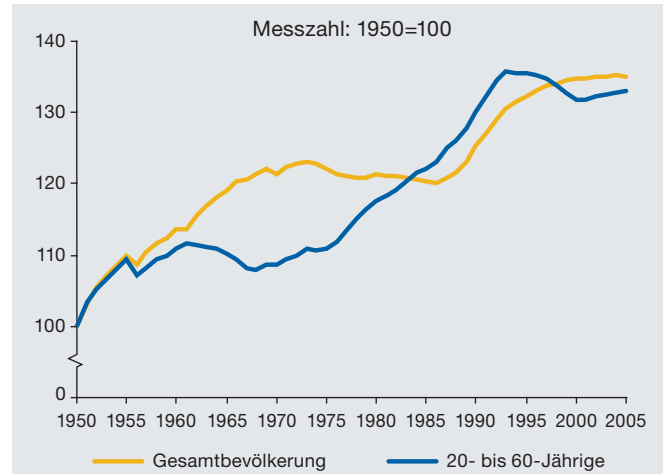
Anwerbung von Gastarbeitern wegen Arbeitskräftemangel

Anstieg der Arbeitslosigkeit seit den 1970er-Jahren

Bevölkerungszuwachs durch den Umbruch im Osten, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit

S 1

Gesamtbevölkerung und Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 1950–2005



Die vorstehende Betrachtung vermittelt nur erste Anhaltspunkte über die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots. So ist zu berücksichtigen, dass nur ein Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auch tatsächlich einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Außerdem unterliegt die Erwerbsbeteiligung bestimmter Altersgruppen und insbesondere der Frauen im Zeitablauf starken Veränderungen. Eine in dieser Hinsicht differenziertere Analyse ermöglicht die alters- und geschlechtsspezifische Betrachtung des Erwerbspersonenpotenzials.

Differenziertere Betrachtung ist erforderlich

Demographische Komponente und Verhaltenskomponente

Das Arbeitskräfteangebot, das mit der Zahl der Erwerbspersonen gleichzusetzen ist (siehe Infokasten), wird zum einen durch die Größe einer Bevölkerung sowie deren Alters- und Geschlechtsstruktur beeinflusst. Zum anderen bestimmt der Wunsch, am Erwerbsleben teilzunehmen, den Umfang des Erwerbspersonenpotenzials. Die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl hängt damit von einer demographischen Komponente und einer Verhaltenskomponente ab.

Erwerbspersonenzahl wird auch durch die Erwerbsbeteiligung bestimmt

Info

Begriff der Erwerbspersonen

Die Gesamtbevölkerung untergliedert sich nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen. Erwerbspersonen können erwerbstätig oder erwerbslos sein.

Als **Erwerbstätige** bezeichnet man Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Alle Erwerbstätigkeiten dieser Personen sind für die begriffliche Zuordnung gleichwertig, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um eine hauptberufliche Tätigkeit oder eine Nebentätigkeit, z. B. eines Rentners oder Studenten, handelt. Der zeitliche Umfang oder die Bedeutung der Tätigkeit als Quelle für den Lebensunterhalt ist dabei unerheblich. Insbesondere gelten daher auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ oder einem „Mini-Job“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen als erwerbstätig. Auch Soldaten und mithelfende Familienangehörige zählen zu den Erwerbstätigen.

Personen, die kein Arbeitsverhältnis haben, sich aber um eine Arbeitsstelle bemühen, sind **Erwerbslose**; dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei der Arbeitsagentur als Arbeitslose gemeldet sind oder nicht.

Erwerbstätige und Erwerbslose fasst man begrifflich zu den **Erwerbspersonen** zusammen. Dieser Personenkreis umfasst also den Teil der Bevölkerung, der dem Arbeitsmarkt auf der Angebotsseite potenziell zur Verfügung steht. Man spricht hier auch vom Erwerbspersonenpotenzial, das Gegenstand der Ausführungen dieses Beitrags ist. Dabei wird das Angebot der Erwerbspersonen an deren Wohnort und nicht am Arbeitsort betrachtet, was bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten ist. Demgegenüber gelten als **Nichterwerbspersonen** solche Personen, die keinem Erwerb nachgehen und sich auch nicht um eine Arbeitsstelle bemühen.

Analyse der Verhaltenskomponente ist sehr komplex

Während die demographische Komponente, die durch die Bevölkerungsentwicklung determiniert wird, einen vergleichsweise gut erklärbaren Verlauf hat, ist die Charakterisierung der Verhaltenskomponente weitaus schwieriger. Das Ausmaß der Erwerbsbeteiligung wird einerseits durch zahlreiche ins-

titutionelle Rahmenbedingungen geprägt, wie z. B. die Dauer der Schulpflicht oder das gesetzliche Renteneintrittsalter. Andererseits spielen aber auch gewisse gesellschaftlich geprägte Verhaltensweisen eine Rolle, so etwa grundsätzliche Einstellungen zu Arbeit und Freizeit, Vorstellungen über Ehe und Familie sowie zur Erwerbstätigkeit der Frau oder angestrebte Ausbildungsqualifikationen. Aktuelle Entwicklungen sind in der kürzlich vom Deutschen Bundestag beschlossenen schrittweisen Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre sowie in der grundsätzlich steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen zu sehen.

Veränderte Erwerbsbeteiligung – insbesondere bei den Frauen

Das Erwerbsverhalten wird statistisch durch alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten beschrieben. Diese geben das Ausmaß an, in dem sich die Bevölkerung am Erwerbsleben beteiligt. Dazu wird die Zahl der Erwerbspersonen – nach Alter und Geschlecht differenziert – auf die entsprechende Bevölkerungsgruppe bezogen.

Die Erwerbsquote der Gesamtbevölkerung erreichte den historisch höchsten Wert mit 49,4% im Jahr 1950. Damit stand in der Geschichte des Landes stets nur weniger als jeder Zweite auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes zur Verfügung. Nach vorübergehend rückläufiger Entwicklung bis Anfang der 1970er-Jahre stieg die Erwerbsquote danach nahezu kontinuierlich bis auf einen Wert von 48,5% im Jahr 1990. Im Durchschnitt des Jahres 2005 wurden 1 979 600 Erwerbspersonen festgestellt, was einer Erwerbsbeteiligung von 48,7% entspricht.

Alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten beschreiben das Erwerbsverhalten

Nicht einmal jeder Zweite zählt zu den Erwerbspersonen

Erwerbsbeteiligung der Männer doppelt so hoch wie die der Frauen

Eine Differenzierung nach dem Geschlecht offenbart zunächst, dass in der Vergangenheit die Erwerbsbeteiligung der Männer häufig doppelt so hoch war wie die der Frauen. Seit 1950 (64,1%) war die Erwerbsquote der männlichen Bevölkerung zunächst rückläufig, eine Entwicklung, die in erster Linie auf die erheblichen Rückgänge bei den über 60-Jährigen zurückzuführen war. Gegen Ende der 1980er-Jahre nahm die Quote mit nahezu 62% wieder relativ hohe Werte an; aktuell liegt sie bei 55,5%.

Konstant sehr hohe Erwerbsbeteiligung der 30- bis 50-jährigen Männer

Die Erwerbsbeteiligung der 30- bis 50-jährigen Männer hat sich dabei auf sehr hohem Niveau kaum verändert. Die Erwerbsquoten der jungen Männer unter 30 Jahren sind hingegen deutlich zurückgegangen; dies ist die Folge der längeren Ausbildungszeiten und des späteren Eintritts in das Erwerbsleben, was mitunter auch als eine Alternative zur Arbeitslosigkeit gesehen wird. Besonders augenfällig ist diese Entwicklung bei den unter 20-jährigen, deren Erwerbsquote sich im Vergleichszeitraum weit mehr als halbiert hat. Von den 15- bis 20-Jährigen beteiligt sich jetzt nur noch gut jeder Dritte am Erwerbsleben.

Erwerbsbeteiligung der 60- bis 65-Jährigen halbiert ...

... aktuell aber Zunahme bei den Älteren

Aber auch für die über 50-jährigen Männer ist über den langen Zeitraum gesehen eine rückläufige Erwerbsbeteiligung festzustellen. Insbesondere die Erwerbsquote der 60- bis 65-Jährigen hat sich halbiert. Darin spiegelt sich die lange Zeit vorherrschende Tendenz wider, aus unterschiedlichen Gründen bereits vor dem Erreichen der Ruhestandsgrenze aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Dieser Trend ist allerdings zwischenzeitlich gebrochen; seit 2002 ist in diesen Altersgruppen wieder ein Anstieg der Erwerbsquote zu verzeichnen.

Noch gravierender sind die Veränderungen im Erwerbsverhalten der Frauen. Beteiligte sich zunächst noch mehr als jede dritte Frau am Erwerbsleben (1950: 36,6%) so war diese Quote in der Folgezeit rückläufig (1970: 27,5%), hat dann aber nahezu kontinuierlich zugenommen und liegt derzeit bei 42,3%.

Gravierende Veränderungen bei der Erwerbsbeteiligung der Frauen

Stark rückläufig war zwar die Erwerbsquote der 15- bis 20-jährigen Frauen, da diese für eine höhere berufliche Qualifikation längere Ausbildungszeiten absolvierten. In den anderen Altersgruppen waren aber – zum Teil sehr deutliche – Steigerungen zu verzeichnen; bei den Frauen im Alter zwischen 25 und 60 Jahren hat die Erwerbsbeteiligung um rund ein Drittel zugenommen. Dies dürfte nicht zuletzt Ausdruck veränderter gesellschaftlicher Vorstellungen von Ehe und Familie, vielfach aber auch Folge wirtschaftlicher Zwänge sein. Diese Entwicklung wurde von einer erheblichen Zunahme der Teilzeitarbeitsverhältnisse getragen, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Dabei ist zu beachten, dass das gesamte Arbeitsvolumen nicht oder zumindest nicht in dem Maße gestiegen ist, wie es im Anstieg der Erwerbspersonenzahlen zum Ausdruck kommt, wo jede Person unabhängig vom Ausmaß ihrer Erwerbsbeteiligung oder deren Bedeutung für den Lebensunterhalt berücksichtigt wird.

Erwerbsbeteiligung der 15- bis 20-jährigen Frauen stark rückläufig ...

... aber erhebliche Steigerung bei Frauen mittleren Alters ...

... häufig in Form von Teilzeitarbeitsverhältnissen

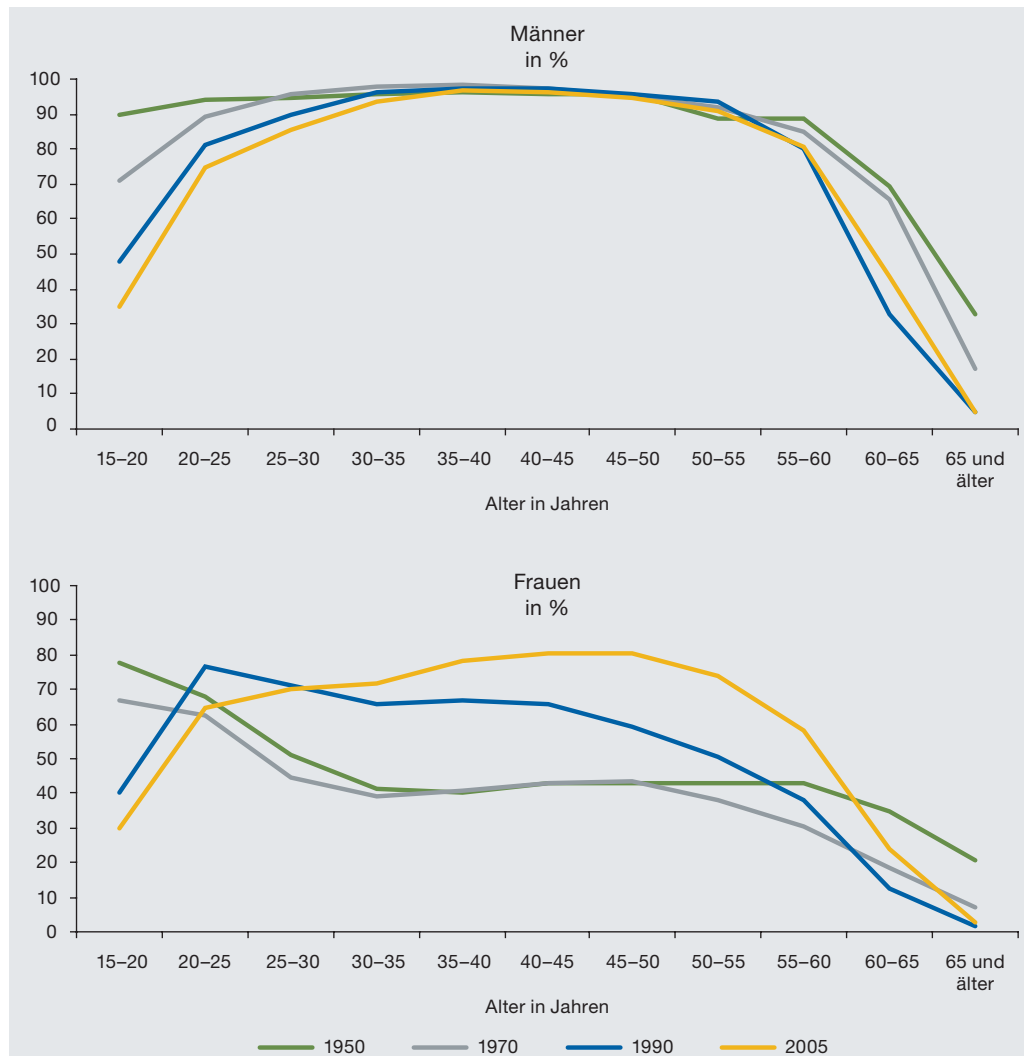
Heute fast 2 Mill. Erwerbspersonen

In dem Zeitraum von 1950 bis 1970 hat sich die Zahl der Erwerbspersonen von 1,49 Mill. auf 1,53 Mill. erhöht. Dies entspricht einer Zunahme von nur knapp 3%. Dagegen ist die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter um 8,5% angestiegen. Von 1970 bis 1986 ist die Zahl der Erwerbspersonen um 11% auf 1,69 Mill. gewachsen. Dem steht ein Anstieg der 20- bis 60-Jährigen um 13% gegenüber.

Erwerbspersonen und Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weisen zum Teil unterschiedliche Entwicklungen auf

S 2

Erwerbsquoten 1950–2005 nach Altersgruppen und Geschlecht



Der Zeitraum nach 1986 zeigt schließlich für die Erwerbspersonen mit +16,9% einen doppelt so hohen Zuwachs wie die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (8,5%).

Ein Drittel mehr Erwerbspersonen

Insgesamt gesehen hat die Zahl der Erwerbspersonen seit 1950 um ein Drittel zugenommen; derzeit gibt es rund 1,98 Mill. Erwerbspersonen. Diese Entwicklung wurde insbesondere von der stark zunehmenden Erwerbsbeteiligung der Frauen getragen.

Eine nach dem Alter differenzierte Betrachtung zeigt die markantesten Veränderungen

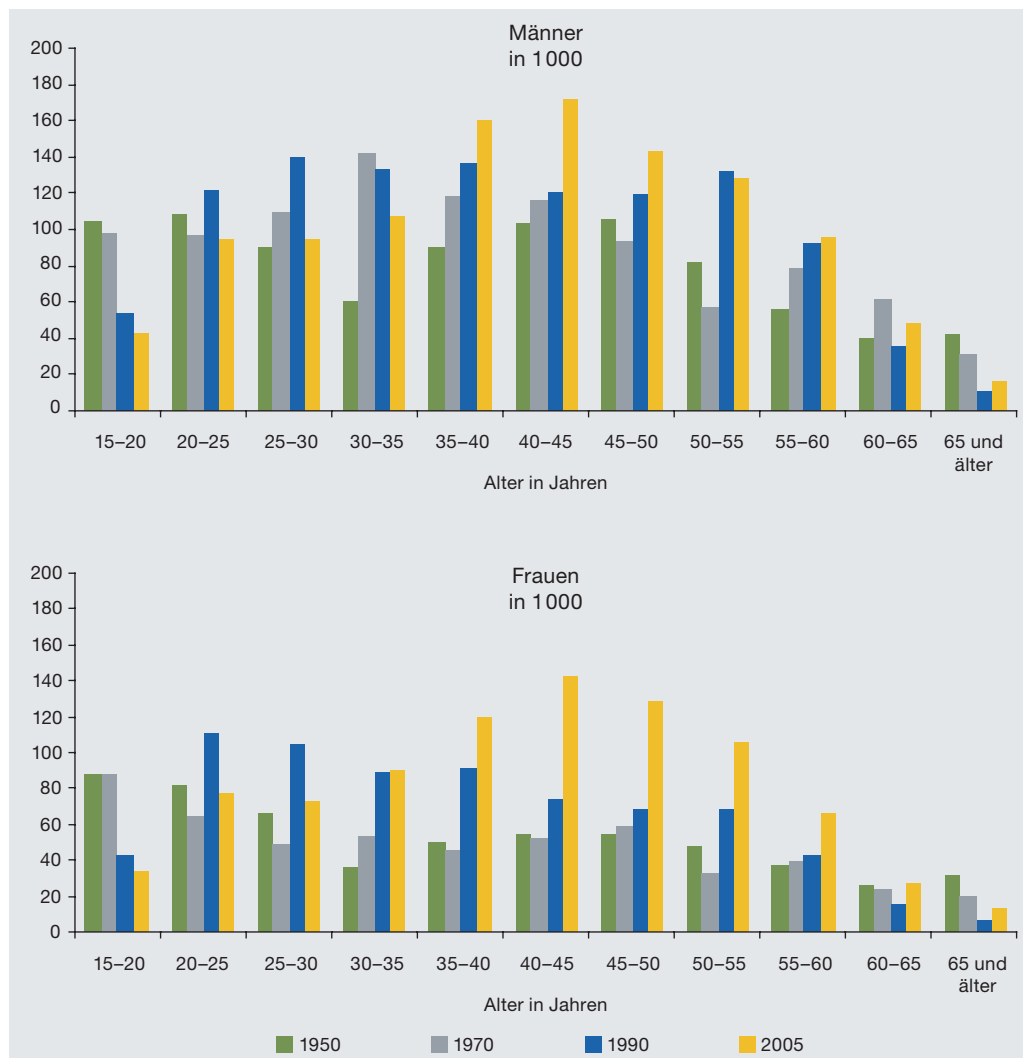
in der jüngsten und in der ältesten Bevölkerungsgruppe. Die Zahl der unter 20-jährigen Erwerbspersonen hat sich auf rund ein Drittel des Standes von 1950 verringert und liegt derzeit bei knapp 77 000. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Erwerbspersonen, die 65 Jahre und älter sind, um rund 60% gesunken; zurzeit gibt es nur 29 000 Erwerbspersonen in diesem Alter. Mit weniger als 17 000 Personen lag der Wert aber 1990 schon einmal deutlich niedriger.

Weniger jüngere ...

... und ältere Erwerbspersonen

S 3

Erwerbspersonen 1950–2005 nach Altersgruppen und Geschlecht



Hohe Zuwachsraten im mittleren Alter

Demgegenüber hat sich die Zahl der 30- bis 35-jährigen Erwerbspersonen verdoppelt. Hohe Zuwachsraten waren auch bei den 35- bis 60-Jährigen zu verzeichnen. Verursacht wurde diese Entwicklung zum einen durch die stark gestiegene Erwerbs-

beteiligung der Frauen. Die Zuwächse seit Ende der 1980er-Jahre sind zum anderen aber auch darauf zurückzuführen, dass die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre allmählich ins erwerbsfähige Alter vorrückten.

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege.

Hochschulen im Wandel

Entwicklung der Studierendenzahlen seit 1950



Von Hans-Jürgen Weber

In Rheinland-Pfalz finden Studieninteressierte heute ein vielfältiges akademisches Ausbildungsangebot. Die wissenschaftlichen Hochschulen und die Fachhochschulen im Land bieten ein breites Spektrum an Ausbildungsgängen. Im Wintersemester 2005/06 waren erstmals in der Landesgeschichte mehr als 100 000 Studierende an den inzwischen vier Universitäten, zwei theologischen Hochschulen, zwei sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen, neun Fachhochschulen und drei Verwaltungshochschulen eingeschrieben. Ihren Ausgangspunkt nahm die rheinland-pfälzische Hochschulgeschichte mit der Wiedereröffnung der Universität Mainz im Jahr 1946.

Erste wissenschaftliche Hochschule eröffnete bereits vor Gründung des Landes den Studienbetrieb

Das heutige Hochschulprofil von Rheinland-Pfalz hat sich erst im Laufe der letzten Jahrzehnte herausgebildet. Bereits vor der Gründung des Landes im Jahr 1947 wurden wichtige Grundsteine für Lehre und Forschung gelegt. Als erste universitäre Neugründung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wurde am 15. Mai 1946 auf Grundlage eines Dekrets der französischen Militärregierung die 1476 gegründete Universität Mainz unter dem Namen Johannes Gutenberg-Universität wiedereröffnet. Ein prägendes Merkmal jeder Alma Mater ist ihr historisch gewachsenes Fächerspektrum. So begann die Johannes Gutenberg-Universität mit sechs Fakultäten: einer katholisch-theologischen, einer evangelisch-theologischen, einer rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen, einer me-

dizinischen, einer philosophischen sowie einer mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät.

Die staatliche Dolmetscherhochschule Gernersheim wurde am 11. Januar 1947 gegründet. Sie nahm zunächst als selbstständige Einrichtung den Studienbetrieb auf, wurde jedoch zu Beginn des Wintersemesters 1949/50 in die Universität Mainz eingegliedert.

Die Theologische Fakultät Trier wurde am 30. September 1950 eröffnet, nachdem sie durch Urkunde vom 5. Juni 1950 von Papst Pius XII. als kirchliche Hochschule päpstlichen Rechts errichtet und durch Erlass der Landesregierung vom 22. August 1950 staatlich anerkannt worden war. Am Bischöflichen Priesterseminar als Vorgängereinrichtung war allerdings bereits unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Vorlesungsbetrieb wieder aufgenommen worden.

Theologische Fakultät Trier 1950 eröffnet

Universität Mainz erste universitäre Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg

Im Wintersemester 1950/51 waren an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz insgesamt 4 931 Studierende, darunter 1 288 Frauen, eingeschrieben. An der Theologischen Fakultät Trier studierten zu dieser Zeit insgesamt 243 ausschließlich männliche Kommilitonen.

Neben diesen beiden wissenschaftlichen Hochschulen bestanden im Wintersemester 1950/51 bereits fünf pädagogische Akademien, und zwar in Kaiserslautern, Koblenz, Landau, Trier und Worms. An diesen Einrichtungen für künftige Volksschullehrer wurden insgesamt 614 Personen, darunter 264 Frauen, für das Lehramt ausgebildet. Die Erfassung des Lehrernachwuchses erfolgte zunächst in einer gesonderten Statistik. Im Jahr 1960 wurden die pädagogischen Akademien in pädagogische Hochschulen umgewandelt und diese schließlich 1969 institutionell in die Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz überführt. Durch die damit vollzogene Umwandlung in eine wissenschaftliche Hochschule konnten von dieser Einrichtung nun auch Studiengänge angeboten werden, die zum Diplom-Abschluss (z. B. in Erziehungswissenschaften) führten.

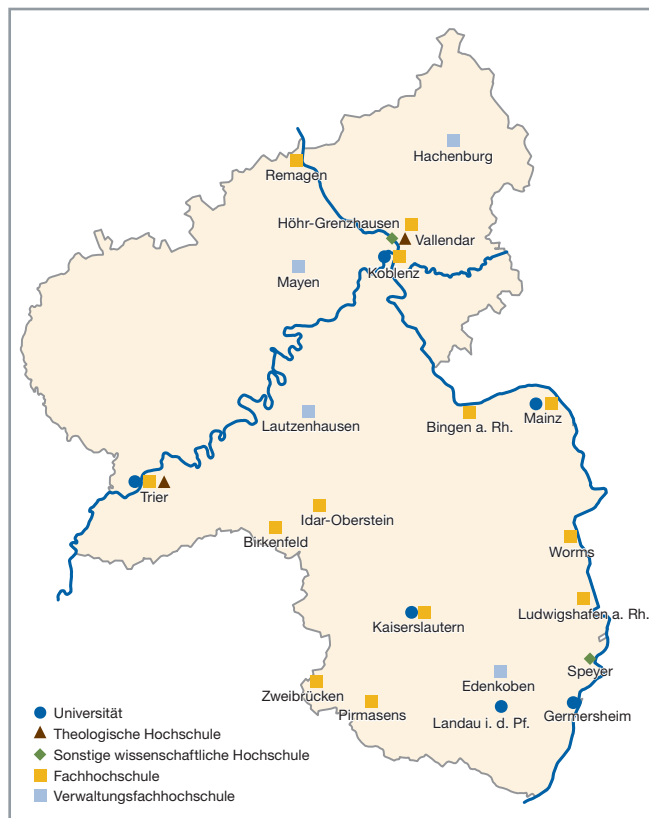
Erziehungs-
wissenschaft-
liche Hoch-
schule 1969
gegründet

Errichtung einer
zweiten Landes-
universität im
Jahr 1970

In der Spätphase der universitären Neugründungswelle nach dem Zweiten Weltkrieg nahm eine zweite Landesuniversität ihren Studienbetrieb auf. Mit der Errichtung der Doppeluniversität Trier-Kaiserslautern wurde im Jahr 1970 das Studienangebot im Lande deutlich erweitert. Im Wintersemester 1970/71 waren hier an dem schwerpunktmäßig natur- und ingenieurwissenschaftlich ausgerichteten Standort Kaiserslautern insgesamt 173 Studierende, darunter zwölf Studentinnen, und am Standort Trier, der primär geistes- und sprachwissenschaft-

S 1

Hochschulstandorte in Rheinland-Pfalz



liche Ausbildungsgänge anbot, insgesamt 329 Nachwuchswissenschaftler, darunter 146 Studentinnen, immatrikuliert. Die Universität Trier-Kaiserslautern bestand in der Organisationsform als Doppeluniversität nur wenige Jahre. Bereits 1975 wurden die beiden Abteilungen in selbstständige Universitäten umgewandelt.

Gründung der Fachhochschulen zu Beginn der 1970er-Jahre

Zu Beginn der 1970er-Jahre etablierte sich bundesweit die „Fachhochschule“ als neue Hochschulart. In Rheinland-Pfalz wurden erste Fachhochschulen zum Wintersemester 1971/72 errichtet. Sie gründeten sich aus Vorgängerinstitutionen, wie den Ingenieurschulen, den höheren Wirtschafts-

fachschulen, den höheren Fachschulen für Sozialwesen, den Werkkunstschulen und dem Pädagogischen Fachinstitut in Rengsdorf. Das Ausbildungskonzept der Fachhochschulen zielt schwerpunktmäßig auf eine anwendungsbezogene Lehre und Forschung; die Lehrinhalte orientieren sich primär an praxisnahen Fragestellungen.

Fachhochschul-
standorte in
allen Landes-
teilen

Die räumliche Verteilung der Fachhochschulen im Land wurde zunächst durch eine „zentral-dezentrale“ Standortkonzeption geprägt. So umfasste die zentrale staatliche Fachhochschule des Landes Rheinland-Pfalz bei ihrer Gründung im Jahr 1971 insgesamt sieben Abteilungen an zehn verschiedenen Standorten. Durch die Verteilung in der Fläche konnten über die Jahre zwischen den einzelnen Fachhochschulabteilungen und den in der jeweiligen Region traditionell dominierenden Branchen der gewerblichen Wirtschaft enge Bindungen aufgebaut werden. Die regionale Verankerung begünstigte die Herausbildung regionalspezifischer Studiengänge, wie z. B. Werkstofftechnik Glas und Keramik in der „Keramikstadt“ Höhr-Grenzhausen, Edelstein- und Schmuckdesign in der „Edelsteinstadt“ Idar-Oberstein oder Lederverarbeitung und Schuhtechnik in der „Schuhstadt“ Pirmasens. Insgesamt startete die Fachhochschule Rheinland-Pfalz im Wintersemester 1971/72 mit 4 965 Studierenden, unter ihnen 477 Frauen.

Einrichtung
regional-
spezifischer
Studiengänge

Neben der Fachhochschule des Landes wurden ebenfalls 1971 zwei Fachhochschulen in freier Trägerschaft errichtet, die Evangelische Fachhochschule für Sozialwesen in Ludwigshafen sowie die Fachhochschule für Sozialarbeit in Koblenz. Letztere stellte allerdings schon zum Sommersemester 1973 den Lehrbetrieb wieder ein. Zum Wintersemester 1972/73

war aber mit der Katholischen Fachhochschule Mainz eine neue Hochschule in freier Trägerschaft entstanden, die sich ebenfalls den Ausbildungsschwerpunkten Sozialarbeit und Sozialpädagogik widmete. Angesichts der sozialthematischen Ausrichtung der Studieninhalte studierten an den beiden Fachhochschulen in freier Trägerschaft überproportional viele Frauen. Unter den 191 Studierenden des Wintersemesters 1971/72 lag der Frauenanteil bei 64 %.

Einbeziehung weiterer Hochschulen in die Hochschulstatistik Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre

Im Jahr 1978 wurde die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer erstmals in die hochschulstatistischen Erhebungen einbezogen. Sie war im Jahr 1947 als „Staatliche Akademie für Verwaltungswissenschaften“ gegründet worden und erhielt im Jahr 1950 durch Gesetz des Landes Rheinland-Pfalz die Bezeichnung „Hochschule für Verwaltungswissenschaften“. Auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens aus dem Jahr 1952, dem nach der Wiedervereinigung auch die neuen Länder beigetreten sind, wird die Hochschule vom Bund und allen deutschen Ländern gemeinsam getragen. Seit 1997 trägt sie den Namen „Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften“. Als nachuniversitärer Hochschule kommt dieser wissenschaftlichen Einrichtung die spezielle Aufgabe zu, die Verwaltungswissenschaften in Ausbildung, Fortbildung und Forschung zu pflegen. Im Wintersemester 1978/79 besuchten insgesamt 294 Angehörige des höheren Dienstes, darunter 51 Frauen, spezifische Fort- und Weiterbildungsangebote mit verwaltungswissenschaftlichen Themenschwerpunkten.

Postuniversitäre
Hochschule
für Verwaltungs-
wissenschaften
in Speyer

Zweite
theologische
Hochschule in
Vallendar

Mit der staatlichen Anerkennung als wissenschaftliche Hochschule wurde die philosophisch-theologische Hochschule in Vallendar im Jahr 1980 als zweite theologische Hochschule in die Hochschulstatistik einbezogen. Im Wintersemester 1980/81 waren an dieser Einrichtung insgesamt 40 angehende Theologen und neun angehende Theologinnen immatrikuliert.

Errichtung der Verwaltungsfachhochschulen Anfang der 1980er-Jahre

Verwaltungs-
fachhochschulen
nehmen Sonder-
stellung ein

Als jüngster Spross im rheinland-pfälzischen Hochschulwesen etablierten sich schließlich Anfang der 1980er-Jahre die Verwaltungsfachhochschulen. Sie unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht von den übrigen Hochschulen und nehmen daher eine Sonderstellung ein. An diesen verwaltungsin-
ternen Einrichtungen für den öffentlichen Dienst erhalten insbesondere Bundes- bzw. Landes- und Kommunalbeamte eine Ausbildung, die sie für eine Laufbahn im gehobenen Verwaltungsdienst qualifiziert. Das Studium ist dabei integraler Bestandteil des abzuleistenden Vorbereitungsdienstes. Damit stehen Verwaltungsfachhochschulen im Wesentlichen nur bereits im öffentlichen Dienst beschäftigten Auszubildenden offen. Das Land Rheinland-Pfalz eröffnete 1981 die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung mit dem Fachbereich „Innere Verwaltung“ in Mayen und dem Fachbereich „Polizei“ in Koblenz. Zudem wurde in Edenkoben die Fachhochschule für Finanzen gegründet, wo die spezifische Ausbildung für den Bereich der Steuerverwaltung betrieben wird.

Die Fachhochschule der Deutschen Bundesbank in Hachenburg erhielt am 19. März 1980 durch das Land Rheinland-Pfalz die hochschulrechtliche Anerkennung als Aus-

T 1

Studierende im Wintersemester 2005/06 nach Hochschulen

Hochschule	Insgesamt	Darunter Studentinnen	
	Anzahl		%
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	34 515	19 486	56,5
Technische Universität Kaiserslautern	9 394	3 251	34,6
Universität Trier	13 249	7 675	57,9
Universität Koblenz-Landau	11 068	7 132	64,4
Theologische Fakultät Trier	311	169	54,3
Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar	116	26	22,4
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	441	209	47,4
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung Vallendar	437	70	16,0
Fachhochschule Bingen	2 246	546	24,3
Fachhochschule Kaiserslautern	5 167	1 311	25,4
Fachhochschule Koblenz	5 836	2 195	37,6
Fachhochschule Ludwigshafen	2 742	1 280	46,7
Fachhochschule Mainz	4 453	2 133	47,9
Fachhochschule Trier	5 955	1 983	33,3
Fachhochschule Worms	2 587	1 320	51,0
Evangelische Fachhochschule Ludwigshafen	789	598	75,8
Katholische Fachhochschule Mainz	727	566	77,9
Fachhochschule der Deutschen Bundesbank Hachenburg	147	87	59,2
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz	1 275	517	40,5
Fachhochschule für Finanzen Edenkoben	390	216	55,4
Insgesamt	101 845	50 770	49,9

bildungsstätte für beamtete Nachwuchskräfte im gehobenen öffentlichen Bankdienst. Die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl bei Köln wurde am 1. Oktober 1979 eröffnet; in dem in Mainz angesiedelten Fachbereich „Eisenbahnwesen“ wurden die Beamtinnen und Beamten für den gehobenen Dienst bei der Deutschen Bundesbahn ausgebildet. Mit der Privatisierung der Bahn wurde diese Ausbildungsstätte zum 31. Dezember 1999 wieder aufgelöst.

Im Wintersemester 1982/83 wurden an den vier Verwaltungsfachhochschulen insgesamt 2 605 Studierende gezählt, unter ihnen 731 Studentinnen.

T 2

Studierende¹⁾ in den Wintersemestern 1950/51 – 2005/06 nach Hochschularten

Wintersemester	Insgesamt	Darunter Studentinnen	Wissenschaftliche Hochschulen				Fachhochschulen	
			Universitäten	theologische Hochschulen	Erziehungswissenschaftliche Hochschule ²⁾	sonstige wissenschaftliche Hochschulen	Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	Verwaltungsfachhochschulen
1950/51	5 788	1 552	4 931	243	614	-	-	-
1955/56	4 163	1 329	3 324	195	644	-	-	-
1960/61	7 397	2 673	5 618	219	1 560	-	-	-
1965/66	9 526	3 121	7 440	169	1 917	-	-	-
1970/71	16 319	6 453	11 943	193	4 183	-	-	-
1975/76	36 143	13 765	22 705	216	4 863	-	8 359	-
1980/81	42 220	16 678	29 916	429	2 686	307	8 882	-
1985/86	59 933	23 716	38 920	369	2 474	580	15 390	2 200
1990/91	72 545	29 202	49 493	273	-	703	19 327	2 749
1995/96	80 691	35 190	55 816	267	-	677	21 946	1 985
2000/01	82 008	39 595	55 581	404	-	909	23 328	1 786
2001/02	85 881	42 284	58 019	389	-	956	24 625	1 892
2002/03	91 123	45 522	61 364	395	-	989	26 227	2 148
2003/04	96 139	47 821	64 255	412	-	1 027	28 380	2 065
2004/05	99 138	49 431	66 090	409	-	959	29 712	1 968
2005/06	101 845	50 770	68 226	427	-	878	30 502	1 812

1) Bis Sommersemester 1992 ohne Beurlaubte, Studienkollegiatinnen/Studienkollegiaten, Gast- und Nebenhörerinnen sowie Gast- und Nebenhörer; ab Wintersemester 1992/93 ohne Beurlaubte, Studienkollegiatinnen/Studienkollegiaten, Teilnehmerinnen/Teilnehmer am Deutschkurs und Gasthörerinnen/Gasthörer. – 2) Von Wintersemester 1950/51 bis Sommersemester 1969 pädagogische Akademien bzw. Hochschulen; ab Wintersemester 1990/91 Universität Koblenz-Landau.

Gründung der ersten privat finanzierten Hochschule in Rheinland-Pfalz 1984

WHU in Koblenz eröffnet

Zum Wintersemester 1984/85 öffnete die erste privat finanzierte Hochschule in Rheinland-Pfalz, die Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung (WHU), mit 38 Studenten und zehn Studentinnen in Koblenz ihre Pforten. Wegen der steigenden Studierendenzahlen bei beengten räumlichen Verhältnissen im Gründungsdomizil zog diese 1988 nach Vallendar um.

Schließlich entstand 1990 als bislang jüngste Neugründung in der Landesgeschichte die vierte rheinland-pfälzische Landesuniversität, die Universität Koblenz-Landau. Diese Hochschule ging aus der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz hervor und unterhält Abteilungen in Koblenz und Landau.

Nach verhaltenem Beginn explosionsartiger Anstieg der Studierendenzahlen

Im Wintersemester 1950/51 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 5 788 Studierende. Der Anteil der Studentinnen lag bei 27 %. In den folgenden Jahren nahm die Zahl der Immatrikulierten zunächst ab. Im Wintersemester 1955/56 waren knapp 4 200 Personen eingeschrieben, davon rund 32 % Frauen. In der nächsten Dekade haben sich die Studierendenzahlen mehr als verdoppelt. Im Wintersemester 1965/66 wurden rund 9 500 Studierende gezählt.

Zwischen 1965 und 1995 strömte – nicht zuletzt auch demographisch bedingt, vor allem aber als Resultat der Bildungsexpansion und der zahlreichen Hochschulneugründungen – eine wachsende Flut von Studentinnen und Studenten an die Hoch-

Im Wintersemester 1966/67 erstmals mehr als 10 000 Studierende

schulen. Bereits 1966/67 wurde mit 12 065 Immatrikulationen erstmals die 10 000er-Marke überschritten. Im Wintersemester 1995/96 wurden dann – nach einem 30 Jahre währenden Ansturm auf die Hochschulen – knapp 81 000 Studierende gezählt.

Im Wintersemester 2005/06 die 100 000er-Marke überschritten

Auf diesem Stand verharrte die Studierendenzahl zunächst bis zum Wintersemester 2000/01, um dann, in den ersten fünf Jahren des neuen Jahrhunderts erneut stark anzusteigen. Im Wintersemester 2005/06 wurde mit 101 845 Studierenden die bislang höchste Zahl an Studentinnen und Studenten in der Landesgeschichte erreicht.

An dieser Entwicklung haben – neben strukturellen und demographischen Einflüssen – auch die Studentinnen einen maßgeblichen Anteil. Die Quote der Studentinnen, gemessen an der Gesamtzahl aller Studierenden, lag im Wintersemester 1985/86 noch bei knapp 40%. Danach stieg sie kontinuierlich an. Mittlerweile stellen Frauen die Hälfte der Studentenschaft.

Da die grundlegenden Strukturen des heutigen Hochschulsystems erst seit etwa Mitte der 1980er-Jahre bestehen, wird auch in den folgenden Ausführungen auf das

Wintersemester 1985/86 als Vergleichszeitraum abgestellt.

Mehrzahl der Studierenden an Universitäten immatrikuliert

Der zahlenmäßig größte Teil der angehenden Akademikerinnen und Akademiker ist an Universitäten eingeschrieben. Im Wintersemester 2005/06 wurden gut 68 000 Studierende an den Universitäten gezählt; 20 Jahre zuvor waren es erst halb so viele gewesen. Von diesen 68 000 Studierenden entfiel mehr als die Hälfte auf die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (34 515). Als zweitgrößte Hochschule im Lande rangierte 2005 die Universität Trier mit 13 249 Studierenden vor der Universität Koblenz-Landau (11 068) und der Technischen Universität Kaiserslautern (9 394). In Kaiserslautern sind inzwischen mehr als ein Viertel der Studierenden (2 494) in Fernstudiengängen immatrikuliert, die zunehmend an Bedeutung in der akademischen Ausbildung gewinnen. Insgesamt waren im Wintersemester 2005/06 an rheinland-pfälzischen Hochschulen über 4 400 angehende Akademikerinnen und Akademiker (4,4%) in Fernstudiengängen eingeschrieben.

Universität Mainz mit Abstand die größte Hochschule im Land

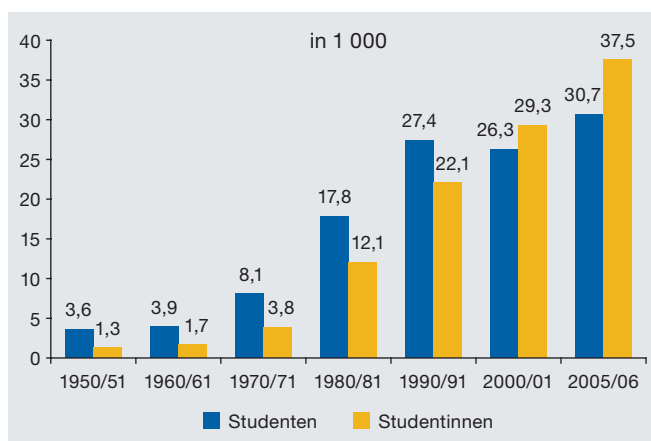
Mit einem Anteil von 55% im Wintersemester 2005/06 sind Frauen an den Universitäten inzwischen deutlich in der Mehrzahl. Im Wintersemester 1985/86 hatte der Frauenanteil noch bei 44% gelegen.

Kleine Studierendenzahlen an theologischen und an sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen

Sowohl an den theologischen Hochschulen als auch an den sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen studieren vergleichsweise wenige Studentinnen und Studenten.

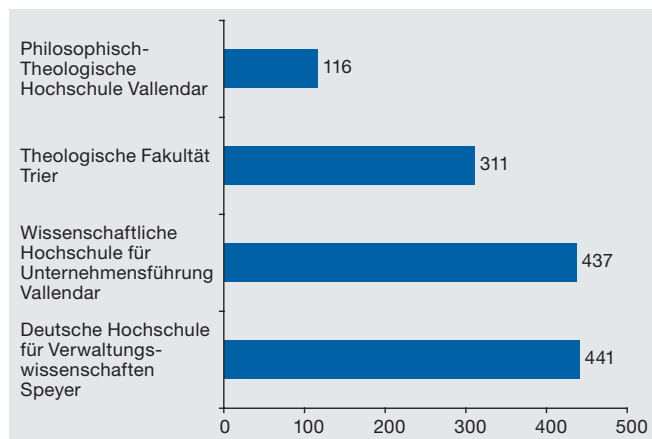
S 2

Studierende an Universitäten in den Wintersemestern 1950/51 – 2005/06 nach Geschlecht



S 3

Studierende an theologischen sowie sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen im Wintersemester 2005/06 nach Hochschulen



Im Wintersemester 2005/06 waren an den theologischen Hochschulen rund 0,4% und an den sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen rund 0,9% des akademischen Nachwuchses immatrikuliert.

Insgesamt studierten im Wintersemester 2005/06 an der Theologischen Fakultät Trier 311, an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar 116, an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer 441 und an der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung in Vallendar 437 Studentinnen und Studenten. Die Studierendenzahl hat sich damit in den vergangenen 20 Jahren an diesen vier Einrichtungen um insgesamt 38% erhöht.

Trotz in der Vergangenheit gestiegener Anteilswerte sind die Studentinnen an den theologischen Hochschulen und an den sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen nach wie vor in der Minderheit. Im Jahr 1964 schrieb sich erstmals eine Frau an einer theologischen Hochschule in Rheinland-Pfalz ein. Im Wintersemester 1985/86 lag der Frauenanteil bei 26% und stieg in den Folgejahren bis zum Wintersemester 2005/06 kontinuierlich auf knapp 46%.

An den beiden sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen lag der Frauenanteil im Wintersemester 1985/86 bei 27%. Auch 20 Jahre später sind an der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung in Vallendar und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer nur rund 32% Frauen eingeschrieben.

Stetig steigende Studierendenzahlen auch an Fachhochschulen

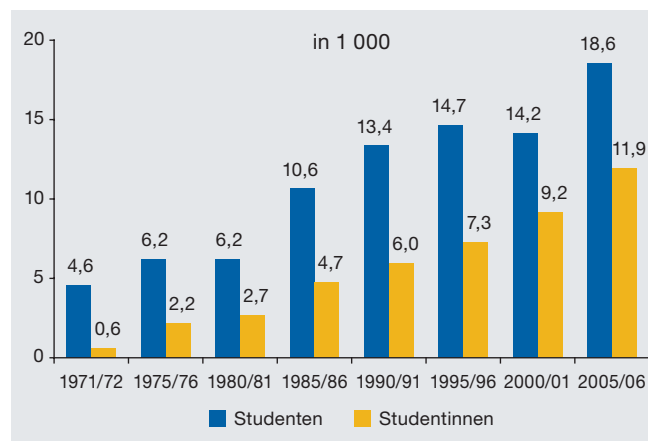
Seit ihrer Errichtung Anfang der 1970er-Jahre haben auch die Fachhochschulen stetig steigende Studierendenzahlen zu verzeichnen. Hier hat sich die Zahl der Immatrikulierten von 5 156 im Wintersemester 1971/72 auf 30 502 im Wintersemester 2005/06 nahezu versechsfacht. Der Anteil der Studierenden an Fachhochschulen an der Gesamtzahl aller Studierenden erhöhte sich zwischen 1985 und 2005 von 26 auf 30%.

Drei von zehn Studierenden sind an Fachhochschulen eingeschrieben

Auch an den Fachhochschulen absolvieren zunehmend mehr Frauen eine akademische Ausbildung. Der Frauenanteil stieg in den vergangenen 20 Jahren von 31% im Wintersemester 1985/86 auf 39% im Wintersemester 2005/06.

S 4

Studierende an Fachhochschulen in den Wintersemestern 1971/72–2005/06 nach Geschlecht



Fachhochschulen in Trier, Koblenz und Kaiserslautern sind die größten Einrichtungen

Inzwischen gibt es in Rheinland-Pfalz sieben staatliche Fachhochschulen an 13 verschiedenen Standorten, die aus der ehemals zentral errichteten Fachhochschule Rheinland-Pfalz hervorgegangen sind. Gemessen an der Studierendenzahl des Wintersemesters 2005/06 sind die Fachhochschulen in Trier (5 955), Koblenz (5 836) und Kaiserslautern (5 167) die größten Einrichtungen. Es folgen die Fachhochschulen in Mainz (4 453), Ludwigshafen (2 742), Worms (2 587) und Bingen (2 246). Die beiden Fachhochschulen in freier Trägerschaft, die Evangelische Fachhochschule in Ludwigshafen und die Katholische Fachhochschule in Mainz, zählten im Wintersemester 2005/06 außerdem 789 bzw. 727 Studierende.

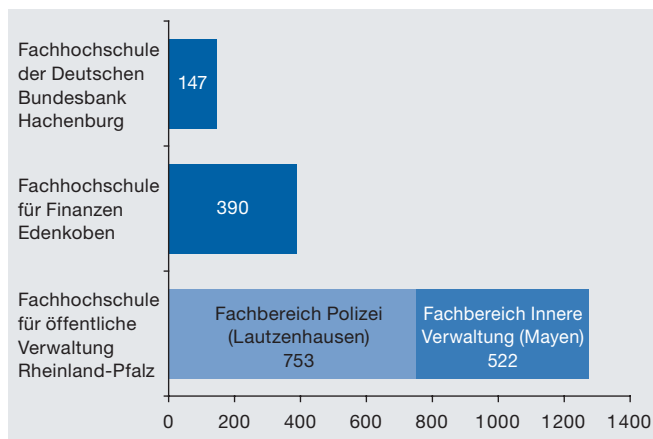
Wechselvolle Entwicklung der Studierendenzahlen an Verwaltungsfachhochschulen

Die Studierendenzahl an den Verwaltungsfachhochschulen wird maßgeblich durch das Einstellungsverhalten der öffentlichen Dienstherren bestimmt. Die Zahl der Auszubildenden bemisst sich hier in erster Linie nach dem jeweiligen Nachwuchsbedarf der öffentlichen Verwaltungen. Im Wintersemester 1985/86 wurden insgesamt 2 200 Anwärterinnen und Anwärter an Verwaltungsfachhochschulen ausgebildet. Nachdem im Wintersemester 1992/93 ein Höchststand von 3 341 Studierenden zu verzeichnen war, wurden im Wintersemester 2005/06 nur noch 1 812 Auszubildende

Studierendenzahl an Verwaltungsfachhochschulen stark rückläufig

S 5

Studierende an Verwaltungsfachhochschulen im Wintersemester 2005/06 nach Hochschulen



registriert. Diese verteilen sich auf die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und ihre Fachbereiche „Polizei“ (inzwischen auf dem Flughafen Hahn in Lautzenhausen) und „Innere Verwaltung“ mit 753 bzw. 522 Studentinnen und Studenten, die Fachhochschule für Finanzen mit 390 und die Fachhochschule der Deutschen Bundesbank mit 147 Nachwuchskräften.

Auch an den Verwaltungsfachhochschulen ist in den vergangenen Jahrzehnten der Frauenanteil stetig gestiegen. Er lag im Wintersemester 2005/06 mit insgesamt 45% um 16 Prozentpunkte über der Quote des Wintersemesters 1985/86.

Hans-Jürgen Weber, Diplom-Betriebswirt (FH), ist als Sachgebietsleiter für die Hochschul- und Berufsbildungsstatistiken zuständig.

Öffentliche Finanzen im Wandel

Einnahmen und Ausgaben des Landes sowie der Kommunen im Zeitablauf



Von Rudolf Lamping

Seit Anfang der 1950er-Jahre sind die Ausgaben des Landes von 0,3 Mrd. auf 11,4 Mrd. Euro im Jahr 2005 gewachsen. Der Anstieg verlief dabei nicht kontinuierlich. Während die Ausgaben besonders in den ersten Nachkriegsjahren deutlich stiegen, nahmen sie in jüngerer Zeit, bedingt durch Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sowie die Ausgliederung von Aufgaben, nur noch geringfügig zu.

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände lagen zuletzt bei 6,9 Mrd. Euro. Die Schwerpunkte der Aufwendungen differieren zwischen dem Land und den Kommunen. Während das Land mit 39% den größten Anteil für das Bildungswesen aufwendet, nimmt die soziale Sicherung mit 28% die Spitzenstellung bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden ein.

Ausgaben und Einnahmen des Landes

Gesamtausgaben stärker gewachsen als das Bruttoinlandsprodukt

Die Gesamtausgaben des Landes stiegen zwischen 1950 und 2005 von 0,3 Mrd. auf 11,4 Mrd. Euro und damit schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Bis zum Beginn der 1980er-Jahre wuchsen die Ausgaben sehr stark: Lag dies zunächst an den notwendigen Maßnahmen für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, trieben besonders in den 1970er-Jahren inflationistische Preissteigerungen die Aufwendungen in die Höhe. Anfang der 1980er-Jahre war ein erster Konsolidierungsprozess zu beobachten, der das Wachstum der Staatsausgaben begrenzte. Ende der 1980er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre kam es im Zuge der Wiedervereinigung wieder zu einer größeren Expansion der Aufwendungen. Seither stiegen die Ausgaben des Landes aufgrund von Maßnahmen zur Haushalts-

konsolidierung sowie der Auslagerung von Aufgaben aus dem Landeshaushalt nur noch geringfügig.

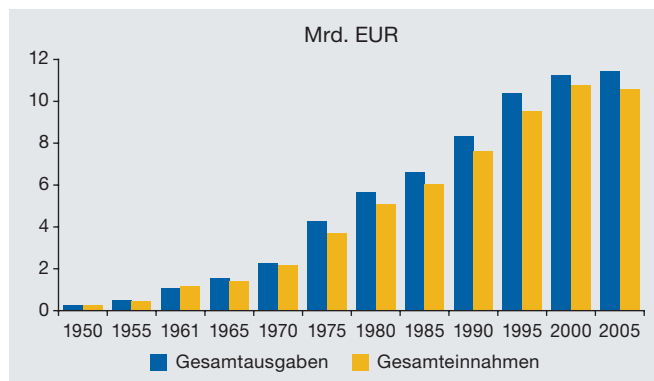
Den größten Ausgabenposten bilden mit knapp 41 % (4,7 Mrd. Euro) die Personalausgaben. Dieser Anteil ist seit 1970 (die Zeit davor ist wegen der Haushaltsreform nur eingeschränkt vergleichbar) nahezu konstant. Damit haben sich die personalintensiven Aufgabenbereiche (Polizei, Gerichte, Schulen und Hochschulen sowie Finanzverwaltung) im Gleichschritt mit den übrigen gesamtstaatlichen Aufgaben entwickelt.

Personalausgabenquote seit Jahren nahezu konstant bei 41 %

Der zweitgrößte Ausgabenbetrag wurde 2005 aufgewendet für den laufenden Sachaufwand, die Zahlungen von Renten, Unterstützungen und Subventionen sowie für Zinsen. Mit 3,7 Mrd. Euro liegt der Anteil bei 32% der Gesamtausgaben; er hat sich damit seit 1970 kaum verändert.

S 1

Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen des Landes 1950–2005



Gewicht der Sachinvestitionen insbesondere durch Ausgliederungen reduziert

Rückläufig sind die Ausgaben für Sachinvestitionen. Waren sie durch den Ausbau des Straßen- und Verkehrsnetzes sowie den Bau von Hochschulen bis 1990 auf 431 Mill. Euro (5,2% der Gesamtausgaben) gestiegen, so lagen sie im Jahr 2005 bei nur noch 131 Mill. Euro (1,1%). Ursächlich hierfür ist die Ausgliederung von Aufgaben. Mit der Übertragung des Straßenbaus und der Straßenunterhaltung auf den Landesbetrieb Mobilität werden die Investitionsausgaben für diesen Bereich nicht mehr im Landeshaushalt dargestellt. Das gleiche gilt für den vom Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung bewirtschafteten landeseigenen Grundbesitz wie auch für die Ausgliederung des Mainzer Universitätsklinikums und des Forstbereichs.

Hohe Zuweisungen an Gemeinden

Ein weiterer bedeutender Ausgabenposten sind die Zahlungen an den öffentlichen Bereich und hier vor allem die Zuweisungen in Höhe von zuletzt 2,6 Mrd. Euro an die Gemeinden und Gemeindeverbände, die einen immer größeren Teil des Landesetats beanspruchen. Dabei hat das Land diese Zuweisungen im Laufe der Jahre stärker erhöht, als es der Zunahme der eigenen Einnahmen entsprach.

Von den staatlichen Aufgabengebieten beanspruchte der Bildungsbereich mit fast 39% den größten Teil aller Landesmittel. Für das Schulwesen gab das Land im Jahr 2005 insgesamt 2,4 Mrd. Euro aus, weitere 841 Mill. Euro für die Hochschulen. Damit ist der Anteil seit der Gründung des Landes deutlich gestiegen; 1950 lag er erst bei 18%. Überproportional expandierten auch die Ausgaben für Polizei und Gerichte, für die 2005 insgesamt 1,3 Mrd. Euro aufgewendet wurden. Dies entsprach einem Anteil von 15% an den unmittelbaren Ausgaben (1950: 26 Mill. Euro bzw. 12,4%).

Bildungsbereich beansprucht größten Teil des Landesetats

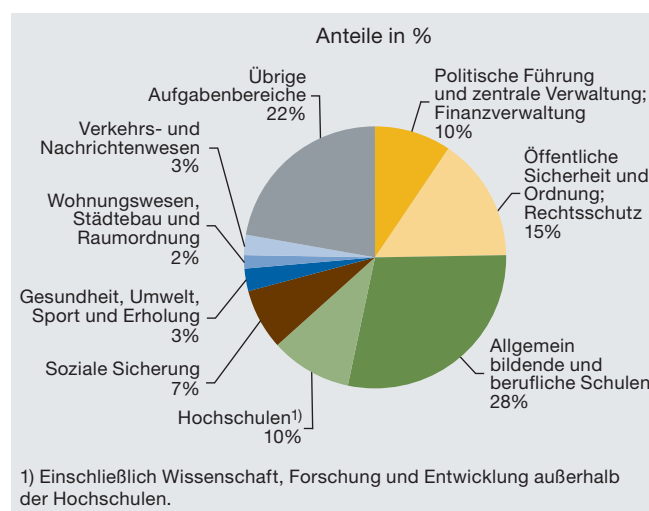
Die Aufwendungen für die soziale Sicherung stiegen zwischen 1970 und 2001 von 363 Mill. auf 891 Mill. Euro, sind seither jedoch rückläufig und beliefen sich zuletzt 2005 auf 626 Mill. Euro. Die Abnahme dürfte maßgeblich auf die Reform der Sozialhilfe zurückzuführen sein.

Der beschriebenen Entwicklung der Ausgaben steht eine ständige Erhöhung der Einnahmen gegenüber. Diese wurde wesentlich durch eine verbesserte Steuer-

Kräftiges Wachstum der Steuereinnahmen

S 2

Unmittelbare Ausgaben des Landes 2005 nach Aufgabenbereichen



basis erreicht: Der Anteil der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben an den Gesamteinnahmen stieg von 54% im Jahr 1965 auf 69% im Jahr 2005. Infolgedessen war das Land in einem immer geringeren Maße auf Zuweisungen des Bundes angewiesen. Der Anteil dieser Zuweisungen an den Gesamteinnahmen ging im gleichen Zeitraum von 20 auf 10% zurück.

Die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Gebühren und sonstigen Entgelten erreichten im Jahr 2005 ein Volumen von 405 Mill. Euro. Sie trugen damit 4% zu den Gesamteinnahmen bei; 1950 lagen sie mit 26 Mill. Euro noch bei einem Anteil von 10,3%.

Aufgrund der Entwicklung in den vergangenen Jahren kann das Land heute 83% seiner Gesamteinnahmen aus unmittelbaren Einnahmen erzielen, während die Zahlungen vom öffentlichen Bereich 17% ausmachen; 1965 trugen die Zahlungen vom öffentlichen Bereich noch 35% zu den Gesamteinnahmen bei.

Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände

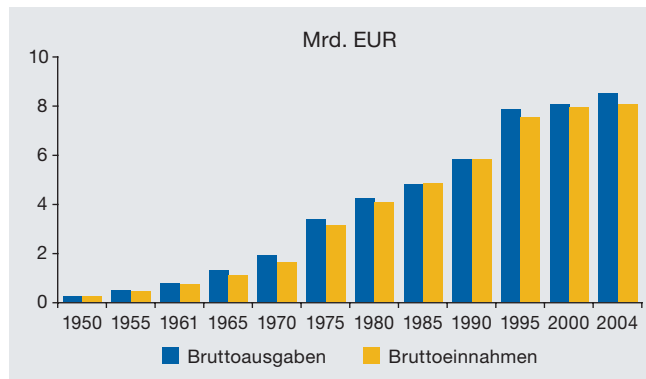
Die Gesamtausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich im Jahr 2004 auf 6,9 Mrd. Euro.

Personalausgabenquote
nahezu konstant

Aufgrund der anders gearteten Aufgabenstellung der Gemeinden und Gemeindeverbände haben die Personalausgaben ein sehr viel geringeres Gewicht als beim Land. Während die Personalausgabenquote zu Beginn der 1950er-Jahre mit 26,3% ihren höchsten Stand hatte, betrug sie zuletzt noch 23%.

S 3

Bruttoausgaben und Bruttoeinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1950–2004



Die Bedeutung der Sachinvestitionen ist seit Jahren tendenziell rückläufig. Im Jahr 2004 wurde für Sachinvestitionen 1 Mrd. Euro ausgegeben, das entsprach einem Anteil von 12% der Bruttoausgaben. In den 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre wurden mit bis zu 40% noch wesentlich größere Teile der kommunalen Budgets in Sachanlagen investiert. Diese Entwicklung ist insbesondere auf drei Faktoren zurückzuführen:

Gewicht der Sachinvestitionen
rückläufig

- (1) Infolge der umfangreichen Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Krieg hatte die lokale Infrastruktur einen hohen Ausbaustand erreicht.
- (2) Die angespannte Haushaltslage zwang zu Kürzungen der investiven Mittel.
- (3) In zunehmendem Maße wurden Aufgaben, wie z. B. Versorgung, Entsorgung oder Verkehr, für die in der Regel sehr hohe Beträge investiert werden, aus den Haushalten ausgegliedert und in Eigenbetriebe überführt.

Überdurchschnittlich zugenommen haben hingegen der laufende Sachaufwand und die Zahlungen an den nichtöffentlichen Bereich – wozu neben den Zinsausgaben für Kreditmarktmittel auch die Zahlungen

Wachsende laufende Sachaufwendungen und soziale Leistungen

von sozialen Leistungen und Subventionen gehören – die sich im Jahr 2004 auf 3,5 Mrd. Euro beliefen. Der Anteil dieses Ausgabenblocks hat sich damit von 31% auf nunmehr 41% erhöht.

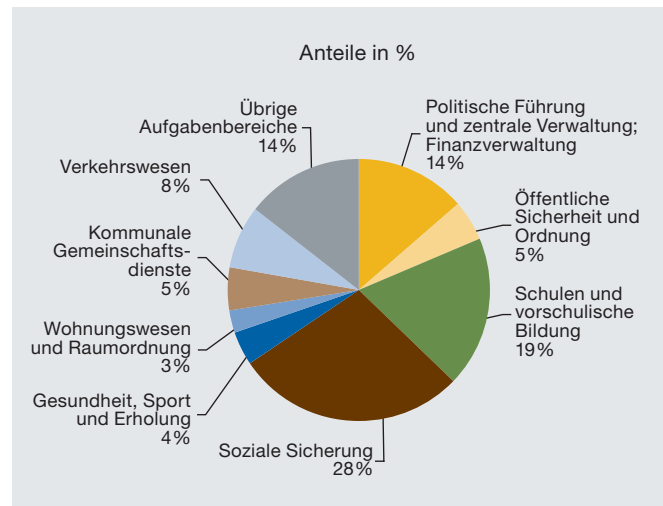
Die Verwaltungsreform im kommunalen Sektor, durch die zwischen 1968 und 1972 u. a. die Verbandsgemeinde landesweit als eine neue Verwaltungsebene eingeführt wurde, führte zu einem sprunghaften Anstieg des Anteils der Zahlungen an den öffentlichen Bereich. Da sich die Verbandsgemeinden überwiegend mit Hilfe von Umlagen bei ihren Ortsgemeinden finanzieren, hatte die Gründung der Verbandsgemeinden zwangsläufig eine erhebliche Erhöhung des Zahlungsverkehrs zwischen den kommunalen Körperschaften zur Folge. Damit stiegen diese Zahlungen von 10% der Bruttoausgaben im Jahr 1970 auf 20% im Jahr 1975. Heute werden 2 Mrd. Euro innerhalb des öffentlichen Bereichs umgeschichtet, was einem Anteil von 24% an den Kommunaletats entspricht.

Soziale Sicherung ist der bedeutendste kommunale Aufgabenbereich

Das meiste Geld gaben die Gemeinden und Gemeindeverbände für die soziale Sicherung aus. Hierfür wurden im Jahr 2004 insgesamt 1,8 Mrd. Euro gezahlt, das entsprach einem Anteil von 28% an den unmittelbaren Ausgaben. Mitte der 1970er-Jahre nahmen Gesundheit, Sport und Erholung unter den kommunalen Aufgabengebieten noch den ersten Platz ein. Mit der Ausgliederung der kommunalen Krankenanstalten aus den Haushalten ist die Bedeutung dieses Bereichs jedoch gesunken. Ähnliches gilt für die kommunalen Gemeinschaftsdienste, die bis Mitte der 1980er-Jahre erhebliche Teile der unmittelbaren Ausgaben banden, aber danach durch Ausgliederungen aus den Haushalten deutlich an Gewicht verloren.

S 4

Unmittelbare Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände 2004 nach Aufgabenbereichen



Das Bildungswesen ist heute – gemessen an den unmittelbaren Ausgaben – das zweitgrößte kommunale Aufgabengebiet. Im Jahr 2004 wurden hierfür 1,2 Mrd. Euro ausgegeben (19%). Die Aufwendungen sind damit im Zeitablauf überproportional gewachsen (1950: 19 Mill. Euro bzw. 8,7%).

Bildungswesen ist zweit-wichtigstes kommunales Betätigungsfeld

Der Anteil der unmittelbaren Ausgaben für das Verkehrswesen, die in erster Linie durch den Straßenbau bestimmt werden, lag in den 1950er- und 1960er-Jahren noch bei etwa 14%. Das Verkehrswesen stellte damit zeitweise den ausgabenstärksten Aufgabenbereich dar. In der Folgezeit ging dieser Anteil jedoch aufgrund des abnehmenden Bedarfs an neuen Straßen auf heute 8% zurück.

Die unmittelbaren Ausgaben für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sind stärker gestiegen als die in allen anderen Aufgabengebieten. Mit einem Anteil von 5% im Jahr 2004 hat dieser Bereich jedoch im gesamten Spektrum der kommunalen Aufgaben nur eine relativ geringe Bedeutung.

Starkes
Wachstum der
Einnahmen

Die Bruttoeinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich im Jahr 2004 auf 8 Mrd. Euro. Obwohl sie seit 1970 stärker wuchsen als die Ausgaben, reichten sie nicht zur Finanzierung der Aufgaben aus, so dass die Aufnahme von Krediten erforderlich war.

Die Steuereinnahmen tragen heute 30% zu den Bruttoeinnahmen bei, wobei die Quote im Zeitablauf vielfältigen Schwankungen unterlag. Diese wurden sowohl durch die wirtschaftliche Entwicklung beeinflusst als auch von Änderungen in der Steuerverteilung und von Steuerrechtsänderungen verursacht. Anfang der 1960er-, in den 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre lag der Wert bei 35%.

Die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit sowie die Gebühren und sonstigen Entgelte spielen eine geringere Rolle. Sie trugen 2004 lediglich 5 bzw. 4% zu den Bruttoeinnahmen bei.

Wachsende
Bedeutung der
Umlagen von
Gemeinden und
der Zuweisungen
des Landes

Wegen der vergleichsweise schmalen Steuerbasis der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der geringen eigenen Einkünfte erreichten die unmittelbaren Einnahmen im Jahr 2004 einen Anteil an den Bruttoeinnahmen von 51%. Da die Quote bis Mitte der 1980er-Jahre zum Teil deutlich über 60% lag, sind die Kommunen in immer stärkerem Umfang auf die Zahlungen vom öffentlichen Bereich angewiesen. Dabei handelt es sich derzeit zu 20% um Zahlungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden, durch die überwiegend der Finanzbedarf der übergeordneten Gemeindeverbände abgedeckt wird, und zu 29% um Zahlungen, die hauptsächlich vom Land stammen.

Personal des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände

Sicherheit, Bildung, Rechtsschutz, Verwaltung: Dafür waren im Jahr 2005 knapp 105 000 Vollzeit- und fast 52 000 Teilzeitbeschäftigte beim Land, den Gemeinden und den Gemeindeverbänden tätig. Im Jahr 1950 waren es rund 75 000 Vollzeitkräfte. Insbesondere der Bildungsbereich hat in den 1960er- und 1970er-Jahren für eine starke Zunahme des Personals gesorgt; steigende Schülerzahlen sowie der Ausbau der Hochschulen und der vorschulischen Betreuung schlugen sich hier nieder.

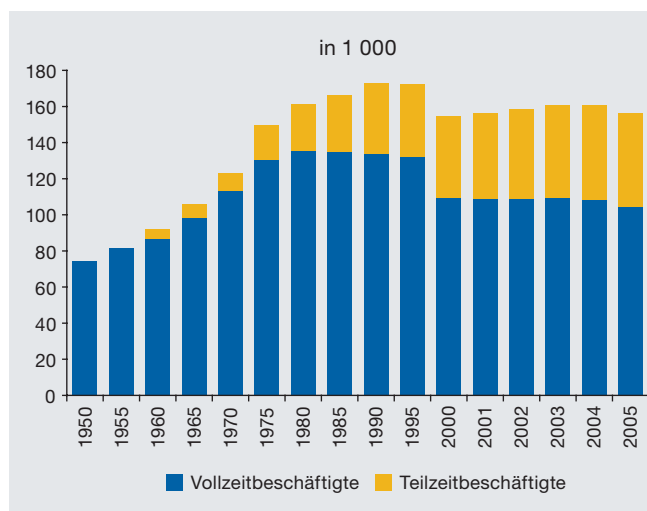
Bildungssektor
sorgte für
Anwachsen
des Landes-
personals

Beim Land sind rund zwei Drittel und bei den Kommunen rund ein Drittel der Beschäftigten angestellt. Im Landesdienst sind die Bereiche Bildung und Öffentliche Sicherheit von besonderer Bedeutung. Bei den Kommunen konzentrieren sich die Beschäftigten vor allem auf die Bereiche Soziale Sicherung, Allgemeine Verwaltung und Öffentliche Einrichtungen (z. B. Bauhof, Abwasser- und Abfallbeseitigung).

Soziale
Sicherung bei
Kommunen
dominierend

S 5

Personal des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände 1950–2005 nach Beschäftigungsumfang



Viele Teilzeit-
beschäftigte

Der öffentliche Dienst leistet über die Teilzeitbeschäftigung seit Langem einen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Anteil der Teilzeitkräfte lag im Jahr 2005 bei rund einem Drittel. Seit den 1980er-Jahren geht die Zahl der Vollzeitbeschäftigten zurück, während es bei den Teilzeitbeschäftigten (einschließlich Alters-
teilzeitbeschäftigte) nach wie vor Zuwächse gibt.

Schulden des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände

Land und Kommunen waren Ende 2005 mit 29,9 Mrd. Euro verschuldet. Hinzu kamen die Verbindlichkeiten der ausgegliederten rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe in Höhe von 3,9 Mrd. Euro. Jeder rheinland-pfälzische Einwohner war somit rechnerisch mit nahezu 6 200 Euro Landesschulden und weiteren 1 200 Euro Gemeindeschulden belastet.

Kreditfinan-
zierter Aufbau
der örtlichen
Infrastruktur

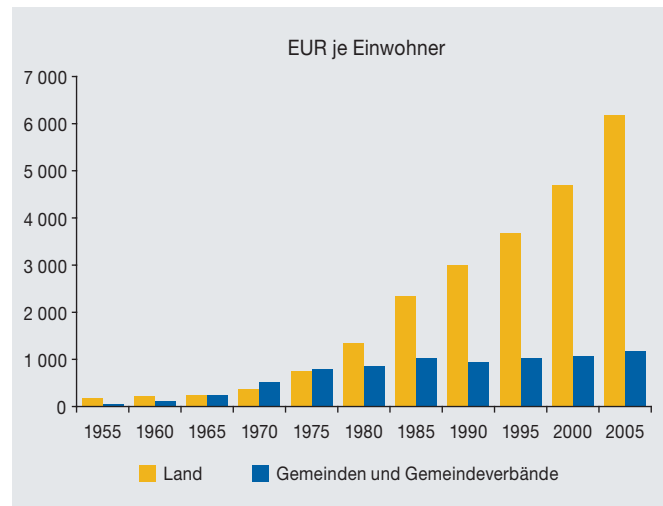
In den Anfangsjahren seines Bestehens bis 1965 erhöhte das Land seinen Schuldenstand mäßig. In dieser Zeit waren die Gemeinden und Gemeindeverbände in großem Umfang auf Fremdmittel angewiesen. Dies ist vor allem auf den Wiederaufbau der lokalen Infrastruktur nach dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen, der umfangreiche kreditfinanzierte Sachinvestitionen der Kommunen notwendig machte.

Zunahme der
Landesschulden
aufgrund
staatlicher
Konjunktur-
programme

Infolge der in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre immer schwieriger werdenden gesamtwirtschaftlichen Situation, der durch staatliche Konjunkturprogramme begegnet wurde, verzeichnete das Land von 1975

S 6

Schulden des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände 1955–2005



bis 1985 eine erhebliche Zunahme des Schuldenstandes. Mitte der 1980er-Jahre war ein deutlicher Rückgang der jährlichen Zuwachsraten zu beobachten. Seit 1990 hat sich allerdings der Schuldenstand des Landes mehr als verdoppelt (+124%).

Seit Mitte der 1970er-Jahre hielten sich die Kommunen bei der Kreditaufnahme deutlich zurück; der Schuldenstand erhöhte sich seither um 62%. Dies ist neben dem geringeren Bedarf an Fremdmitteln zur Finanzierung der Ausgaben auch darauf zurückzuführen, dass Aufgaben aus den Haushalten ausgegliedert wurden. Als Folge davon wuchsen die Schulden der Eigenbetriebe beträchtlich.

Ausgliederungen bremsen
Verschuldung
der Gemeinden
und Gemeinde-
verbände

Rudolf Lamping, Diplom-Volkswirt,
leitet das Referat Finanzen, Steuern.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Stimmung in der deutschen Wirtschaft verbessert

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Geschäftsklima
im März
verbessert

Nach Rückgängen in den ersten beiden Monaten des Jahres ist der ifo Geschäftsklimaindex im März wieder gestiegen. Er legte von 107 auf 107,7 Punkte zu. Die Mehrwertsteuererhöhung, die noch im Januar und Februar die Stimmung in den befragten Unternehmen getrübt hat, scheint weniger zu belasten als allgemein befürchtet wurde. Sie wird letztlich wohl nur eine kleine Konjunkturdelle hinterlassen. Der Aufschwung ist weiterhin „stark und robust“, wie das ifo Institut feststellt.

Bessere
Lagebeurteilung
und günstigere
Geschäftsaussichten

Die Verbesserung des Geschäftsklimas ist darauf zurückzuführen, dass sowohl die Lageeinschätzung als auch die Erwartungen für die kommenden sechs Monate günstiger ausfielen. Der Lageindex stieg von 111,6 auf 112,4 Punkte. Der Index für die Geschäftsaussichten erhöhte sich von 102,6 auf 103,2 Punkte.

Klimaverbesserung im
verarbeitenden
Gewerbe und
im Einzelhandel

Vor allem im verarbeitenden Gewerbe hat sich nach zwei schwächeren Monaten die Stimmung deutlich aufgehellt. Sowohl bei der Beurteilung der Geschäftslage als auch bei den Geschäftsaussichten für die kommenden Monate ging es aufwärts. Die Industrie profitiert weiterhin von der starken Auslandsnachfrage. Die jüngste Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar

scheint die befragten Unternehmen nicht zu beunruhigen.

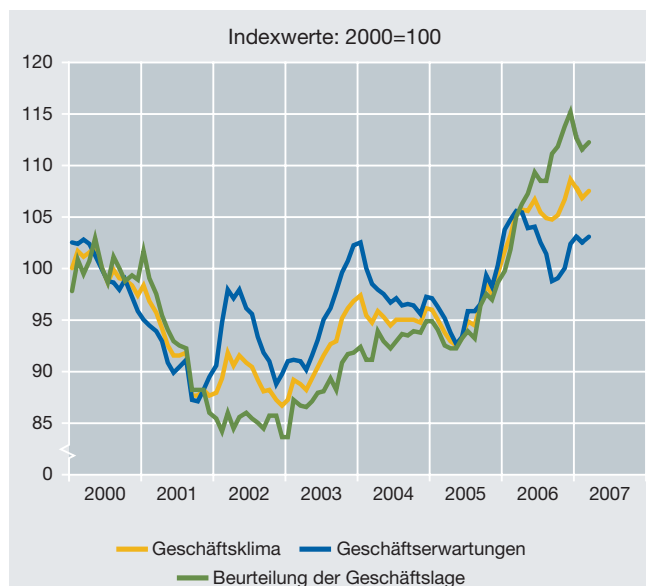
Im Einzelhandel ist die Stimmung im März etwas freundlicher geworden. Während sich die Geschäftserwartungen der Einzelhändler kaum veränderten, fiel die Beurteilung der Geschäftslage günstiger aus.

Im Großhandel und im Bauhauptgewerbe hat sich das Klima dagegen verschlechtert. Im Großhandel liegt die Ursache hierfür in einer ungünstigeren Einschätzung der aktuellen Geschäftslage, im Bauhauptgewerbe haben sich die Erwartungen eingetrübt.

Insgesamt ergibt sich im März 2006 ein günstiges Bild für die konjunkturelle Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den kommenden Monaten.

Stand:
März
2007

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



¹⁾ Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).

Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe stiegen etwas stärker als im Vormonat – deutlicher Zuwachs im Bauhauptgewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Dezember 2006 gegenüber dem Vorjahr um 10,6% gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe werden seit November 2003 steigende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,1% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. In den zurückliegenden vier Monaten schwankte das Auftragsplus um die 10%-Marke. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat lag im Dezember 2006 mit +10,6% knapp darüber; im November hatte die Veränderungsrate mit +9,3% etwas darunter gelegen.

Zuwächse der Auftrags-eingänge aus dem Inland und vor allem aus dem Ausland

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im Dezember 2006 erneut von Zuwächsen sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten getragen. Seit März 2006 ist allerdings – mit Ausnahme des Septembers – die Auslandsnachfrage stärker gestiegen als die heimische Nachfrage. Auch im Dezember wurde mit +12,6% wieder ein höheres Auftragsplus aus dem Ausland registriert. Der Anstieg der Bestellungen aus dem Inland lag mit +8,6% deutlich niedriger. Im November 2006 lagen

die entsprechenden Zuwachsraten der Auftragseingänge bei 7,6% aus dem Inland bzw. 10,9% aus dem Ausland.

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 31%) erhöhten sich im Dezember 2006 die Auftragseingänge um 9,1% gegenüber dem Dezember des vorangegangenen Jahres. Der Anstieg war damit etwas stärker als zuletzt im November (+8%). Mit Ausnahme des Spitzenwertes im Juni (+14,4%) liegen die Auftragszuwächse der chemischen Industrie seit April 2006 auf einem stabilen Niveau zwischen 7,1 und 10,3%.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie 9,1% über Vorjahresniveau

Die aktuelle Entwicklung wurde durch Zuwächse auf den Märkten im In- und Ausland getragen. Der Anstieg bei den Bestellungen aus dem Inland war etwa so hoch wie in den vier vorausgegangenen Monaten. Damit war die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr zum fünften Mal in Folge größer als bei den Auslandsaufträgen, obwohl hier wieder ein stärkerer Zuwachs als im Vormonat zu verzeichnen war. Die Inlandsnachfrage erhöhte sich im Dezember um 10,8%, nach 10,6% im November. Die Zuwachsrate bei den Aufträgen aus dem Ausland erreichte im Dezember 8,2%, nach lediglich 6,7% im Vormonat.

Im Fahrzeugbau, der etwa 15% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, kam es im Dezember 2006 mit +23,3% wieder zu einem deutlichen Anstieg der Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Oktober und November hatte die Zuwachsrate mit +11,1 bzw. +14,8% ebenfalls im zweistelligen Bereich gelegen.

Starker Auftragszuwachs im Fahrzeugbau im Wesentlichen durch gestiegene Auslandsnachfrage

Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen

Produktion stieg im Dezember 2006 um 6,5%, nachdem sie im Drei-Monats-Durchschnitt in den vorausgegangenen Monaten viermal in Folge hinter dem Vorjahresergebnis zurückgeblieben war. Zuletzt sanken die Auftragseingänge im November um 1,9%. Die Nachfrage aus dem Ausland stieg dagegen auch im Dezember wieder um kräftige 41%, nachdem sie sich bereits im Vormonat deutlich um 34,4% erhöht hatte. Diese besonders starken Zuwächse werden weiterhin durch Großaufträge im Berichtsmonat November 2006 bestimmt.

Nachfrage-
rückgang in
der Metall-
erzeugung und
-verarbeitung

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) sanken die Auftragseingänge im Dezember 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 5,6%. Damit war zum dritten Mal hintereinander ein Rückgang zu verzeichnen. Im Oktober und im November waren die Auftragseingänge um 0,8 bzw. 3,4% niedriger als im jeweiligen Vorjahresmonat.

Auch bei den Inlandsbestellungen kam es im Dezember zu einem Auftragsrückgang um 1%, nachdem es im Vormonat noch einen leichten Anstieg von 1% gegeben hatte. Die Auslandsaufträge waren im Vorjahresvergleich mit –11,3% stark rückläufig. Zuvor waren sie schon im November (–8,8%) deutlich zurückgegangen.

Auftrags-
einträge im
Maschinenbau
steigen weiter
kräftig

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im Dezember 2006 im Vorjahresvergleich um 12,3% und damit wieder etwas stärker als im November (+11,4%). Die Zuwachsrate liegt damit seit mehr als einem Jahr im zweistelligen Bereich. Allerdings waren die Ergebnisse im Jahresverlauf meist noch höher – im Frühjahr 2006 gab es sogar dreimal in Folge ein Auftragsplus von über 20%.

Die Inlandsaufträge zogen im Dezember gegenüber dem Vorjahresmonat stärker an als im November und erreichten fast wieder die Zuwachsraten vom September bzw. Oktober 2006. Der Anstieg lag im Dezember bei 16,6%, nach 14,1% im Vormonat. Die Auftragszahlen aus dem Ausland erhöhten sich im Vorjahresvergleich mit +9,9% genauso stark wie im November.

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Dezember 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat um 14% gestiegen. Nachdem es in der ersten Jahreshälfte 2006 noch deutliche Zuwächse im zweistelligen Bereich – teilweise sogar über der 20%-Marke – gegeben hatte, war von September bis November nur wenig Bewegung zu beobachten. Im November 2006 war es mit –0,3% sogar zu einem Nachfragerückgang in der Baubranche gekommen.

Auftragsein-
gänge im Bau-
hauptgewerbe
nehmen
deutlich zu

Allerdings werden im Bauhauptgewerbe die gleitenden Durchschnittswerte häufiger durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt. Die aktuelle positive Entwicklung wird insbesondere durch das starke Auftragsplus im Berichtsmonat Januar 2007 bestimmt.

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau wurde zum Jahreswechsel 2005/2006 durch die Abschaffung der Eigenheimzulage stark beeinflusst. Der dadurch ausgelöste Genehmigungsschub wirkte im Drei-Monats-Durchschnitt vor allem von November 2005 bis April 2006, da viele der noch im vorangegangenen Jahr gestellten Bauanträge erst Anfang 2006 bearbeitet wurden. Diese aus steuerlichen Gründen „vorgezogenen“ Baugenehmigungen führen nun als Basis-effekt zu besonders starken prozentualen

Zahl der Bau-
genehmigungen
im Vorjahresver-
gleich deutlich
eingebrochen

Rückgängen bei der Zahl der Baugenehmigungen. Bereits im Oktober brach der Drei-Monats-Durchschnitt um 22 % ein. Diese Entwicklung verstärkte sich zunächst im November mit einem Minus von 35 % und nun nochmals mit einem Rückgang um 58 % im Dezember 2006.

Sinkende Umsätze im Einzel- und Großhandel sowie im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten. Aufgrund methodischer Änderungen kann an dieser Stelle allerdings lediglich die Umsatzentwicklung im Berichtsmonat Januar 2007 beschrieben werden.

„Neuzugangsstichprobe“ bei den Handelsstatistiken erhöht die Repräsentativität der aktuellen Ergebnisse, schränkt aber den Vergleich mit den Vorjahren ein

Mit dem Ziel, die Repräsentativität der Einzelhandels- und Großhandelsstatistiken am aktuellen Rand zu verbessern, wurden die Stichproben der berichtspflichtigen Betriebe durch eine „Neuzugangsstichprobe“ ergänzt. Ab dem Berichtsmonat Januar 2007 werden die Daten für den neuen Berichtskreis ausgewiesen. Durch die rückwirkende Einbeziehung neu gegründeter Unternehmen können zwar – auf der Grundlage der überarbeiteten Stichproben – Umsatzmesszahlen ab Januar 2006 ermittelt werden, diese sind aber mit den bis Ende 2005 berechneten Werten nicht kompatibel. Daher können die gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte im Vorjahresvergleich erst wieder mit Vorliegen der Ergebnisse für den Berichtsmonat März 2007 gebildet werden.

Die Einzelhandelsumsätze wiesen nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im Berichtsmonat Januar 2007 einen realen Rückgang um 3,5 % gegenüber Januar 2006 auf. Im Jahr 2006 wurden – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – noch jahresdurchschnittliche Zuwächse von 2,2 % errechnet. In den Berichtsmonaten November und Dezember 2006 lagen die Umsätze um 2,7 bzw. 2,8 % über den Vorjahreswerten. Eine Ursache der aktuell rückläufigen Entwicklung dürfte die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 sein.

Umsatzrückgang im Einzelhandel

Die Umsätze im Großhandel gingen nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im Berichtsmonat Januar 2007 real um 1,7 % gegenüber Januar 2006 zurück. Im Jahr 2006 wurde – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – ein jahresdurchschnittlicher Umsatzrückgang von 0,8 % errechnet.

Sinkende Umsätze im Großhandel

Im Gastgewerbe zeigte sich bei der Entwicklung der Umsätze seit Juni 2005 wenig Bewegung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat; die Veränderungsraten variierten nur geringfügig. Die Umsatzmesszahlen ließen lediglich den üblichen saisonalen Verlauf mit hohen Umsätzen von Mai bis Oktober und einem deutlichen Rückgang nach dem Weihnachtsgeschäft erkennen. Im Berichtsmonat Januar 2007 lagen die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. real um 1 % niedriger als im Januar 2006.

Im Jahresvergleich kaum Umsatzveränderung im Gastgewerbe

Verbraucherpreisindex im März um 1,9 % höher als im Vorjahr

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Verbraucher-
preisanstieg im
März bei 1,9%

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex (Basis 2000 = 100) erreichte im März 2007 einen Wert von 111,5. Im Vergleich zum Vormonat erhöhte er sich um 0,2%. Gegenüber dem März des Vorjahres ist der Verbraucherpreisindex um 1,9% gestiegen. Damit war die Teuerungsrate höher als zum Jahreswechsel. Im Januar und Februar hatte der Anstieg 1,6 bzw. 1,7% betragen, nach jeweils 1,4% im November und Dezember 2006.

Preise für
Kraftstoffe und
Haushalts-
energie zogen
deutlich an

Im März 2007 wirkten sich die um 3,8% gestiegenen Kraftstoffpreise wieder deutlich auf die Jahresteuerrate aus, nachdem es hier im Januar (-2,2%) und Februar (-0,3%) noch zu Rückgängen gekommen war. Auch die Preise für Haushaltsenergie erhöhten sich binnen Jahresfrist kräftig um 4,2%. Diese Entwicklung wurde durch die starken Preissteigerungen für Strom (+7,5%) und Gas (+6,9%) bestimmt, während die Heizölpreise (-7,9%) weiterhin rückläufig waren.

Preisentwicklung
in den Güter-
und Dienst-
leistungsgruppen
uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im März 2007 unter anderem in den Bereichen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,8%), „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+3%) sowie „Verkehr“ (+2,9%). Rückläufige Preise waren lediglich im Bereich „Nachrichtenübermittlung“ (-0,5%) zu verzeichnen.

Arbeitslosigkeit im März weiter rückläufig

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Neben dem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung beeinflusst auch der ungewöhnlich milde Winter den rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt weiterhin positiv. Mitte März 2007 waren in Rheinland-Pfalz 145 520 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, also fast 6 000 oder 3,9% weniger als im Februar 2007. Gegenüber März 2006 verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 35 300 Personen oder 19,5%. Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, sank auf 7,1% (Februar 2007: 7,4%). Vor einem Jahr hatte die Quote noch bei 8,9% gelegen.

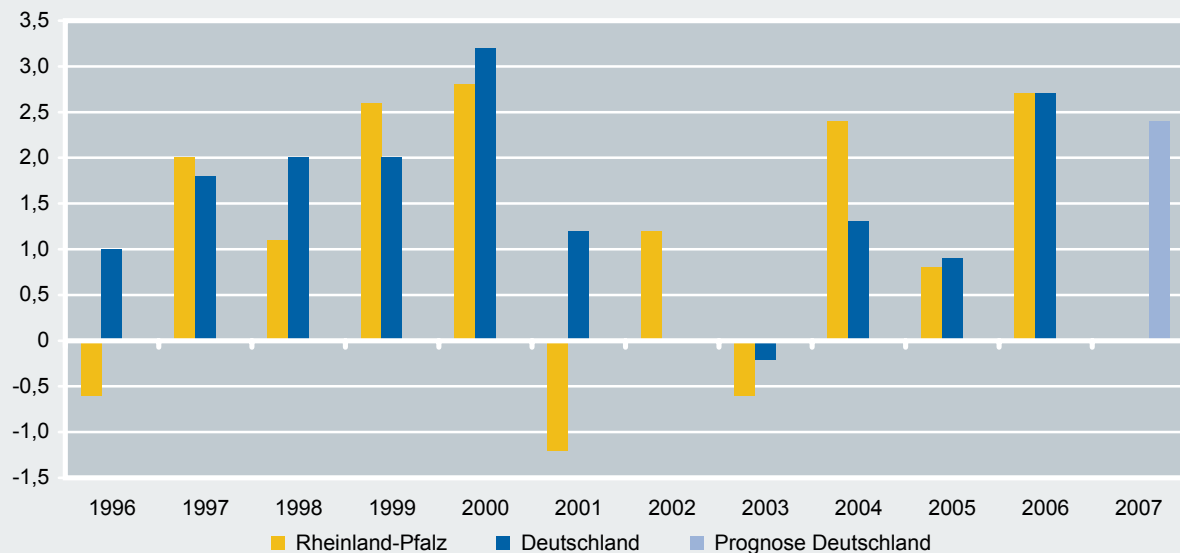
Arbeitslosen-
quote geht auf
7,1% zurück

Für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung liegen aktuelle Daten bis Januar 2007 vor. Im Januar gab es in Rheinland-Pfalz 1,162 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; das waren 27 000 oder 2,4% mehr als im Januar 2006. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit haben zu dieser Entwicklung vor allem die Zeitarbeitsfirmen (+9 100 Beschäftigte) beigetragen. Zuwächse gab es aber auch in der Bauwirtschaft (+4 000), bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+2 700) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (+1 700).

Mehr sozial-
versicherungs-
pflichtig
Beschäftigte

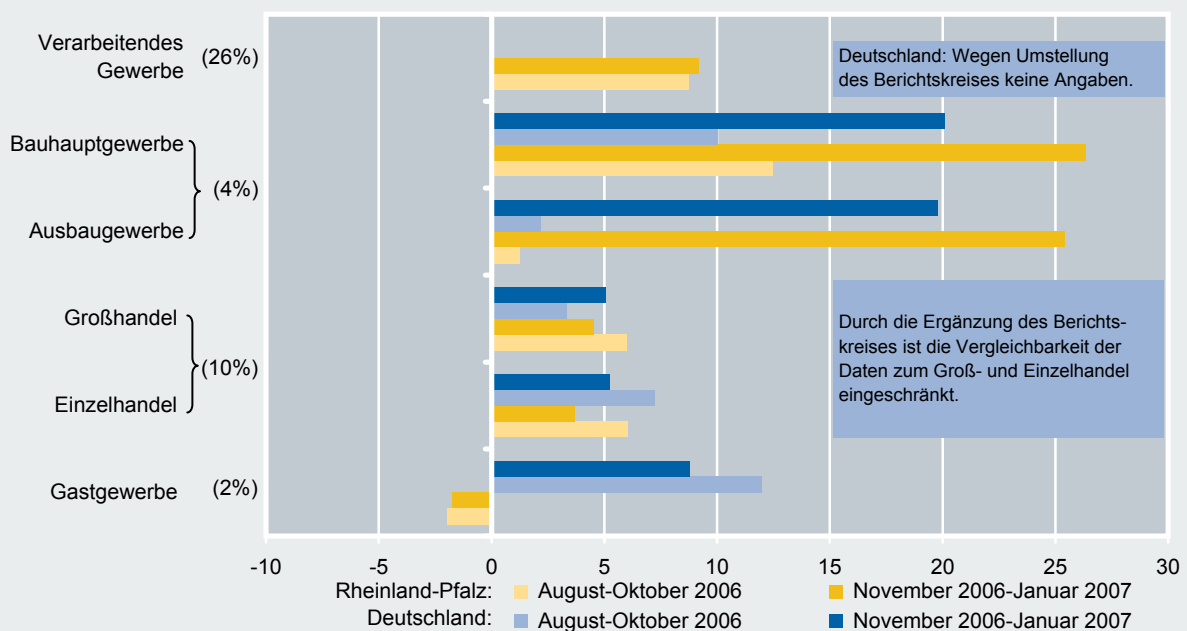
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾ – Preisbereinigt – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für das 1. Halbjahr 2007 im September 2007. – Quelle Prognosewert 2007: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2007.

Umsatz (nominal) nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



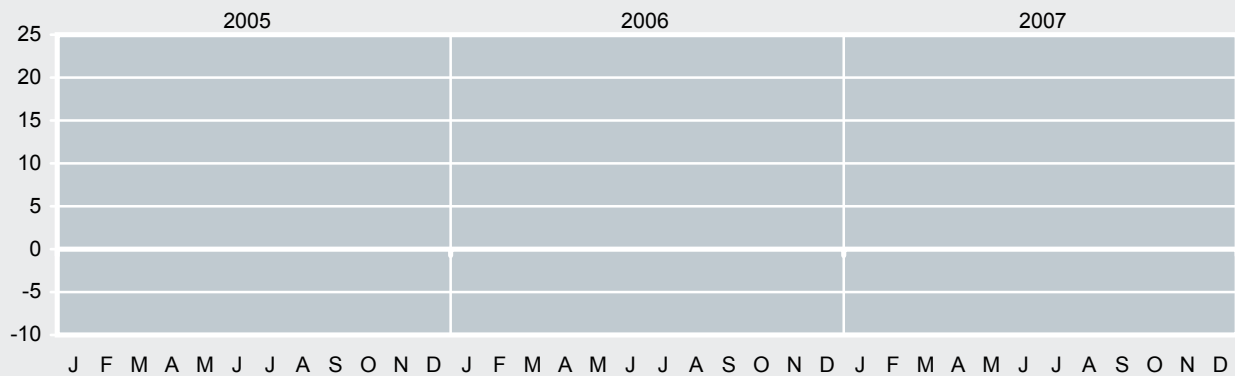
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2005. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

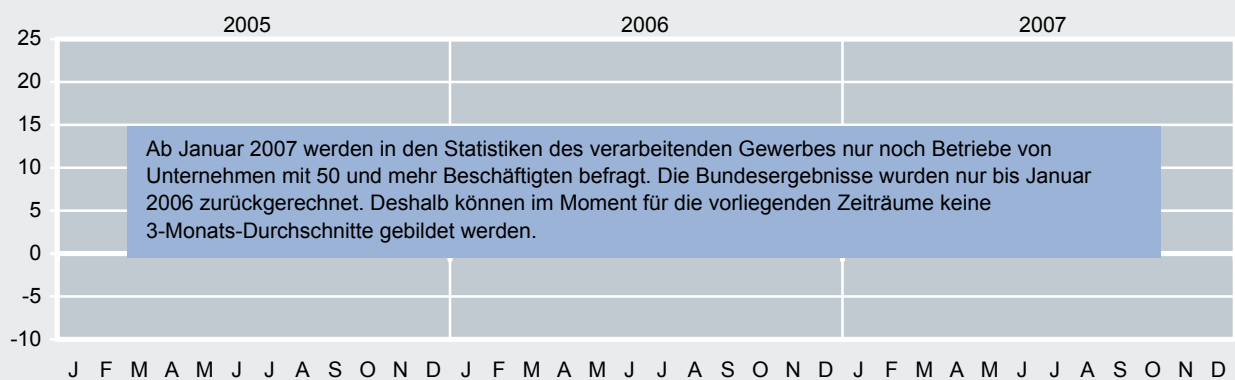
Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

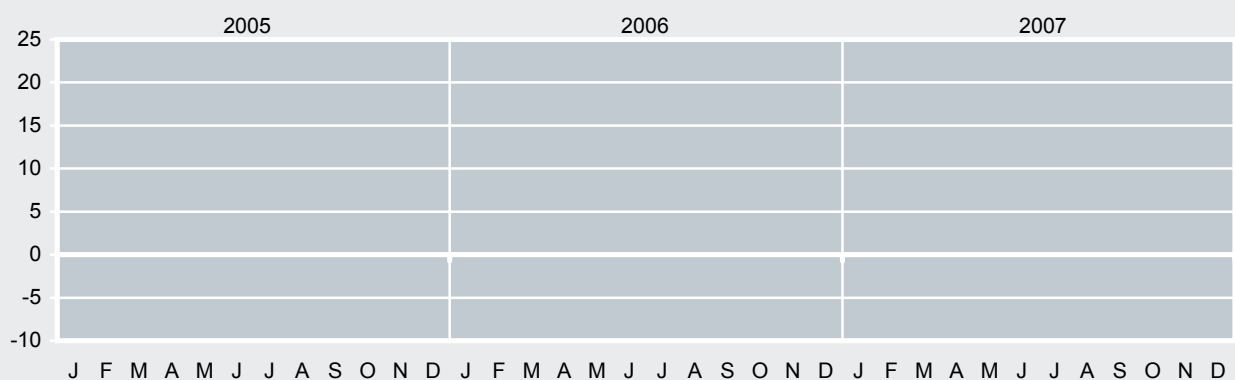
Insgesamt



Inland



Ausland



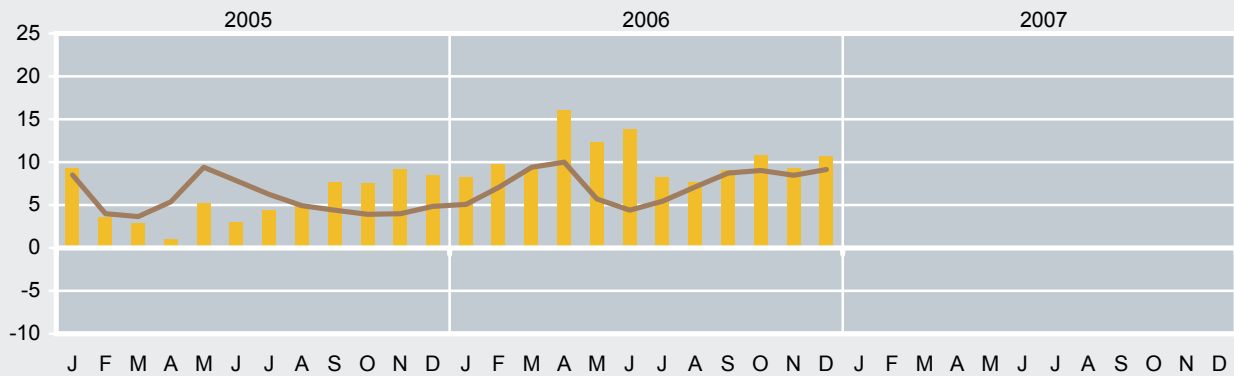
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

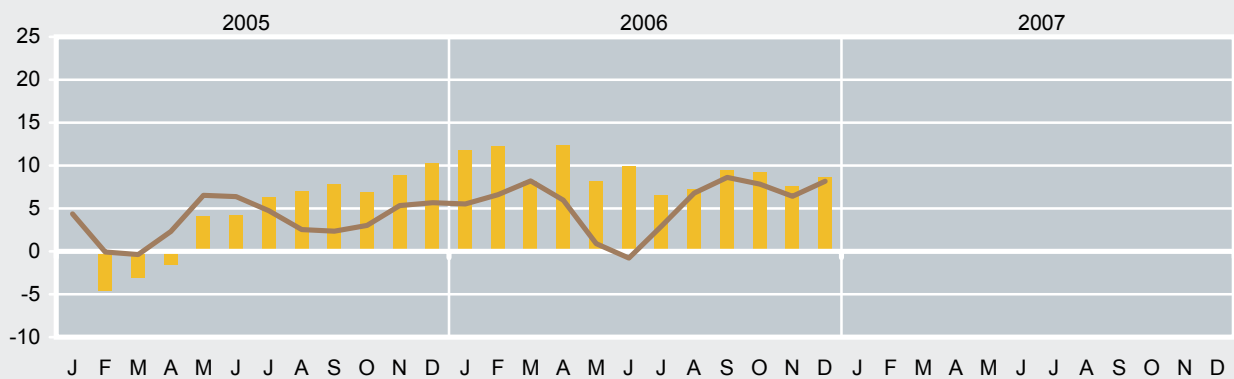
Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

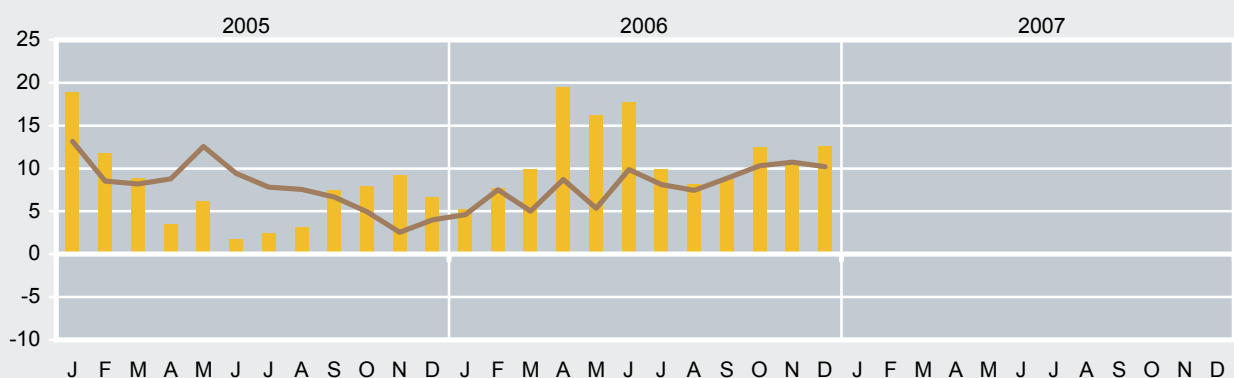
Insgesamt



Inland



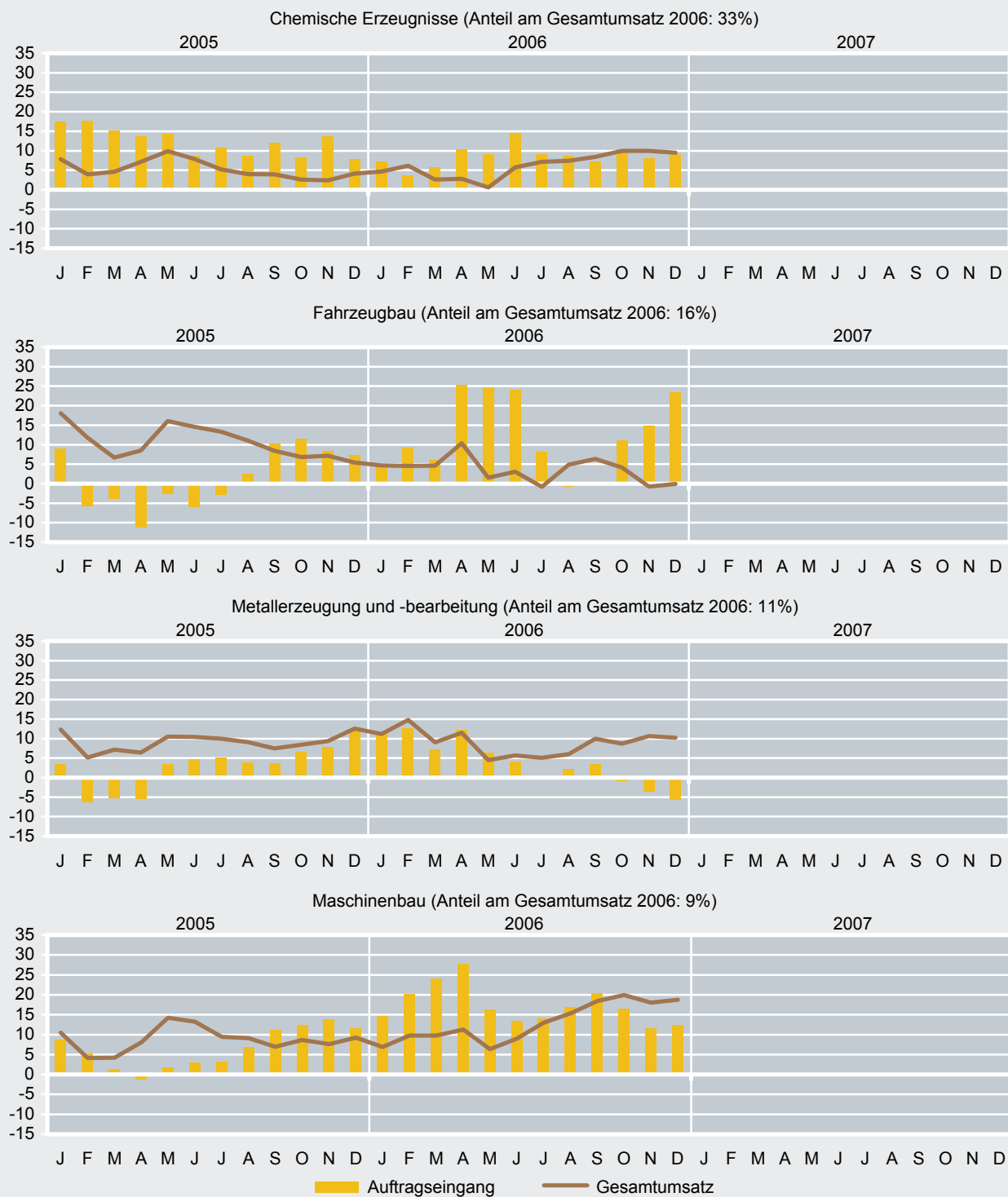
Ausland



Auftragseingang Gesamtumsatz

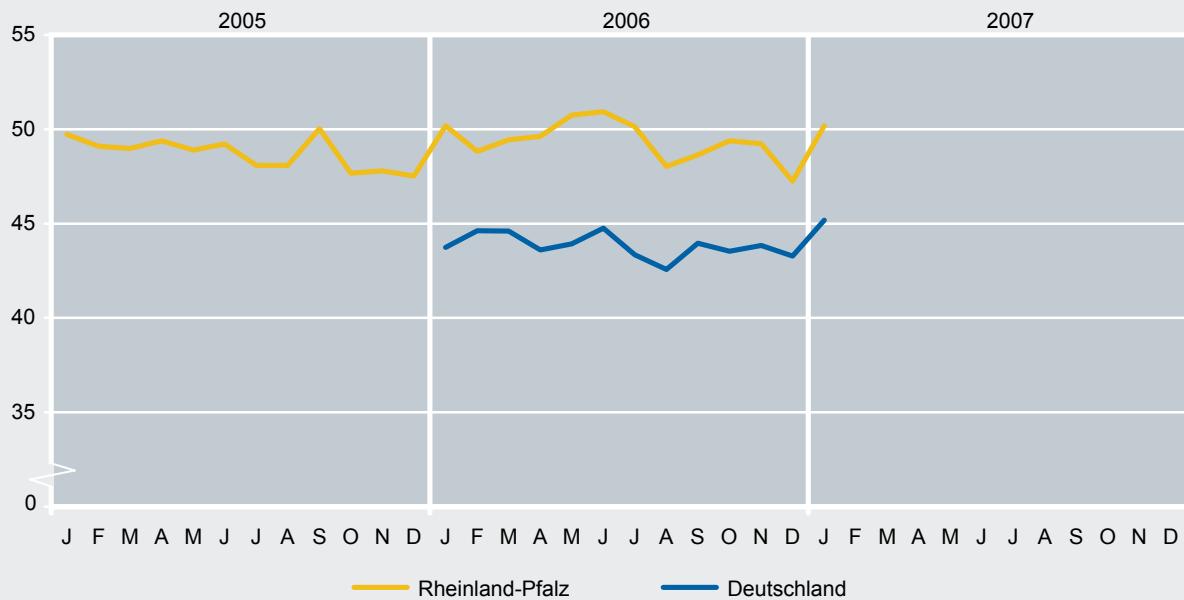
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland ¹⁾

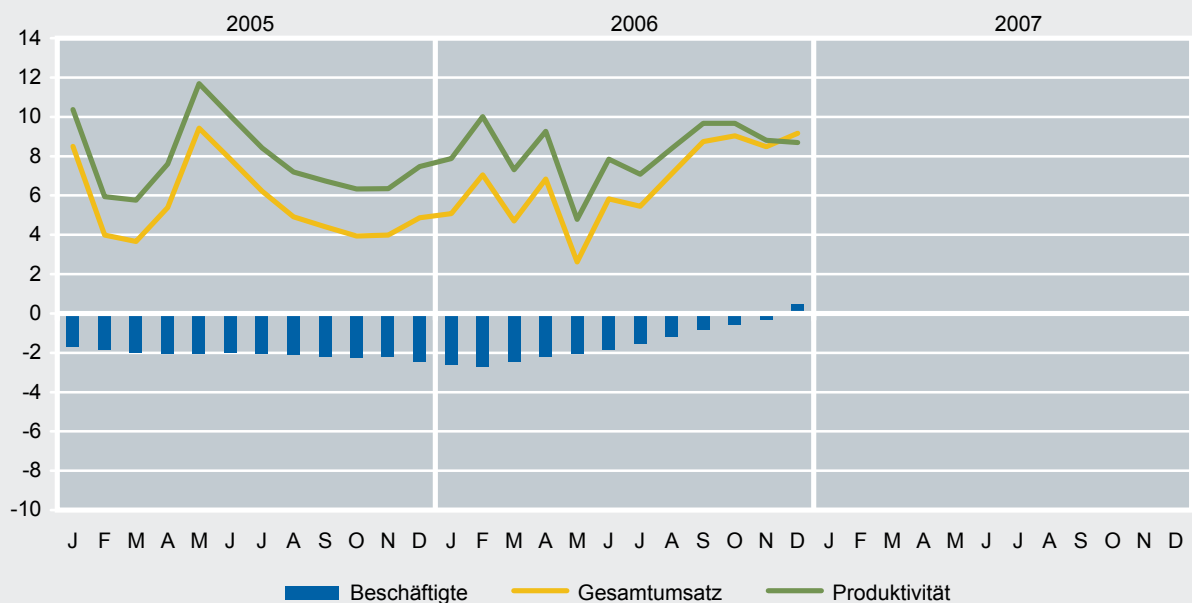
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



1) Deutschland: Daten vor 2006 nicht verfügbar.

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität ¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

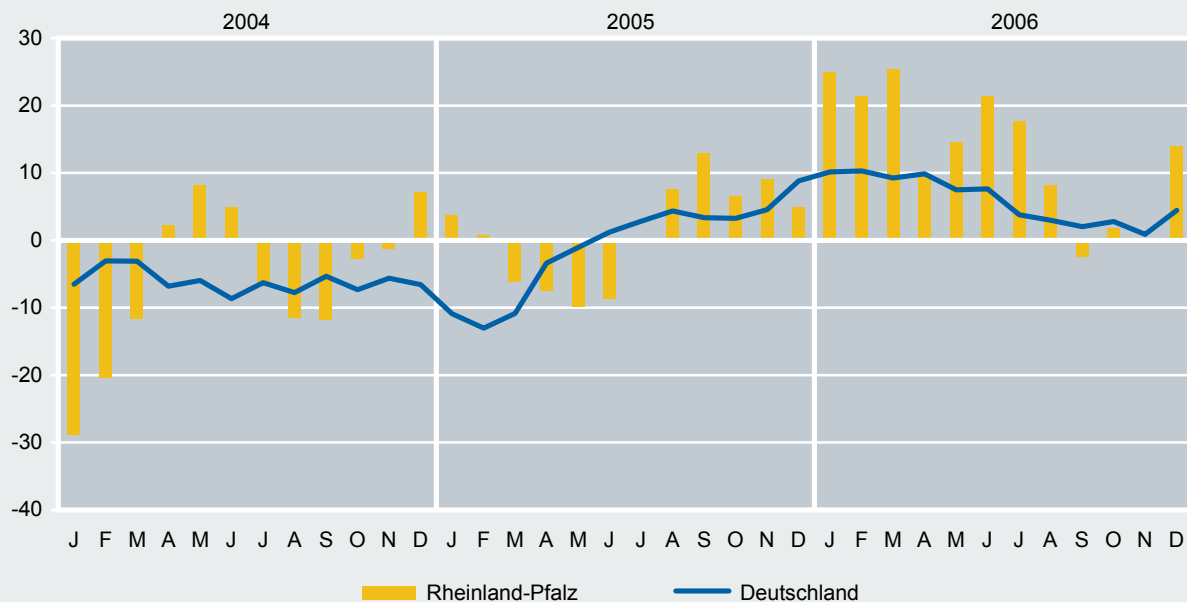
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten.

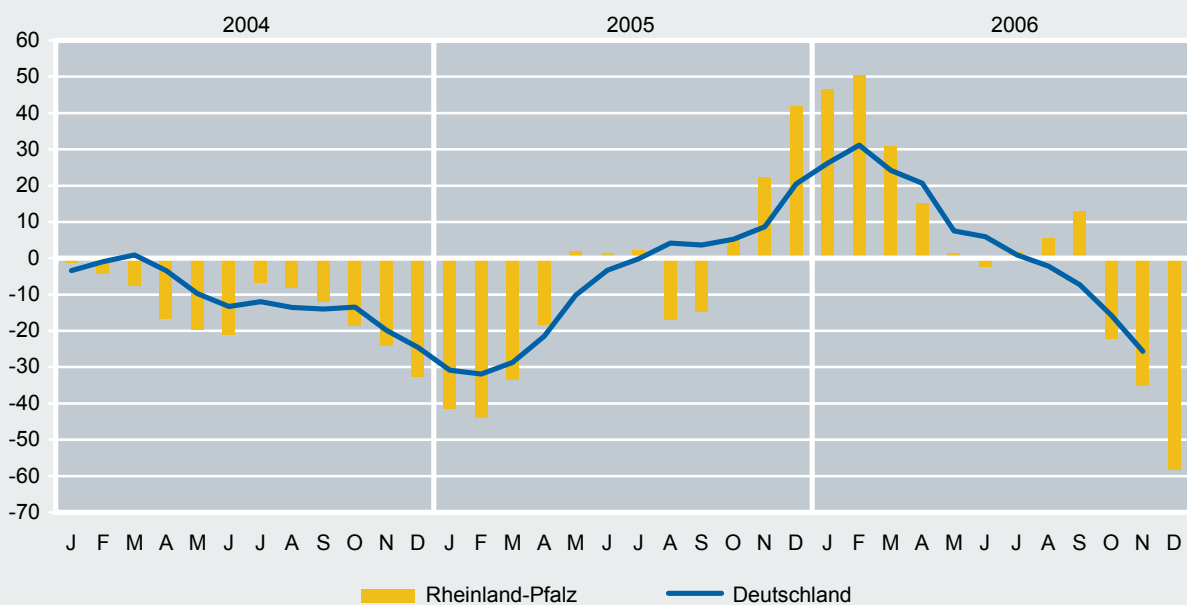
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

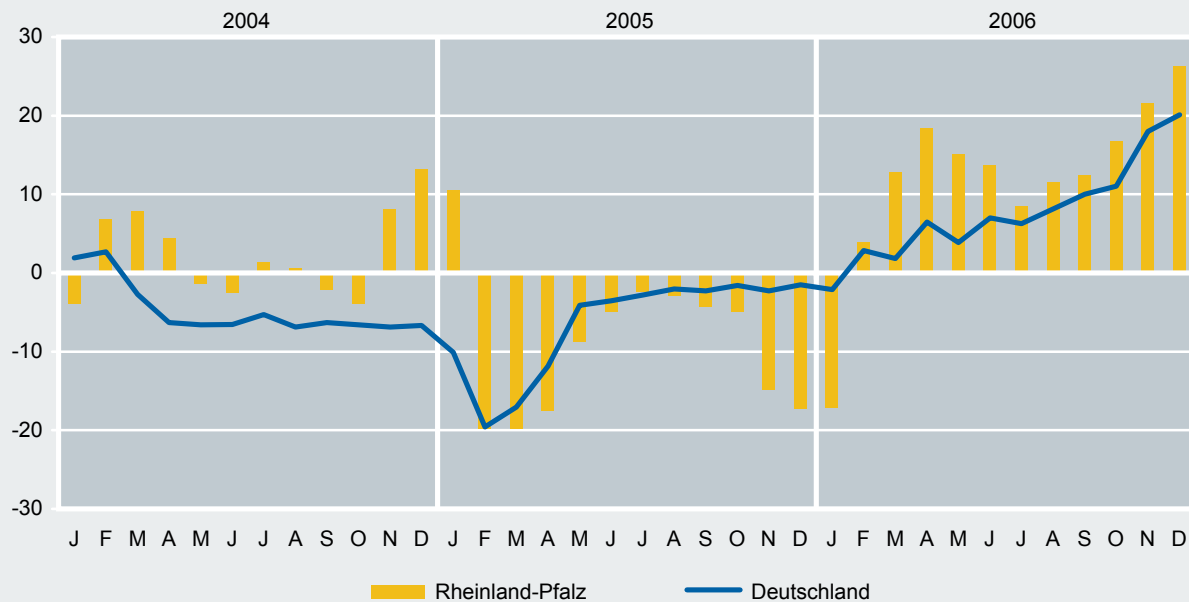
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

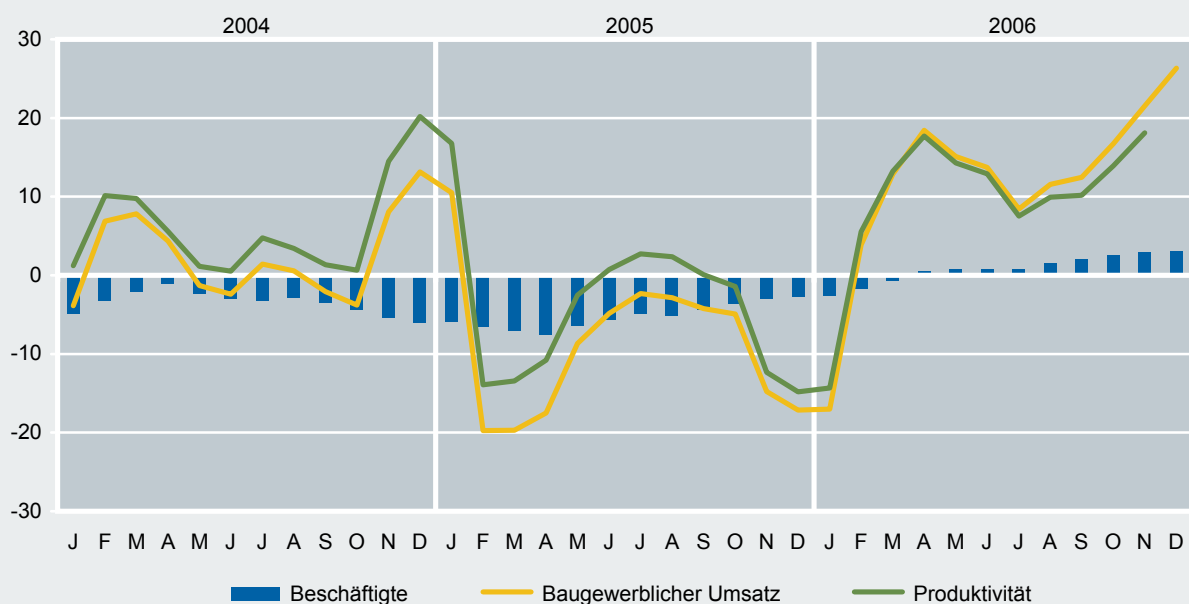
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

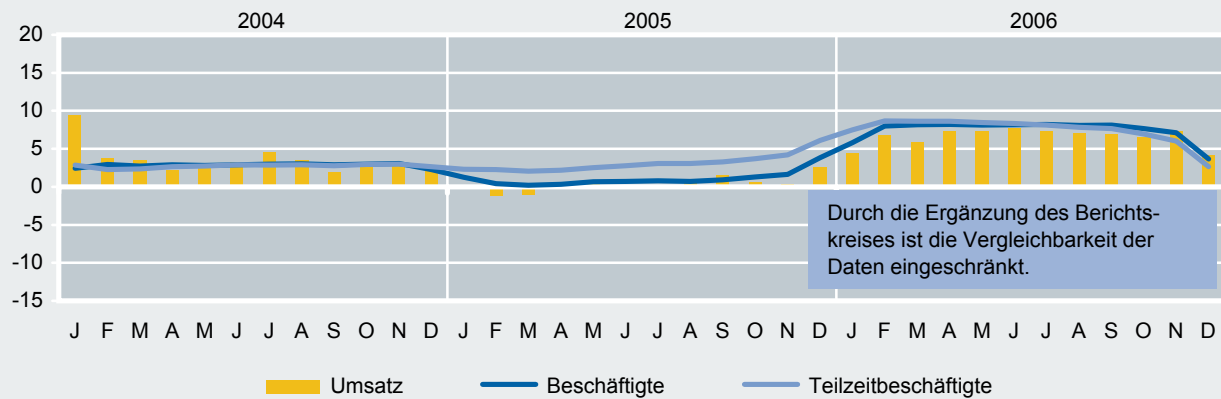
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

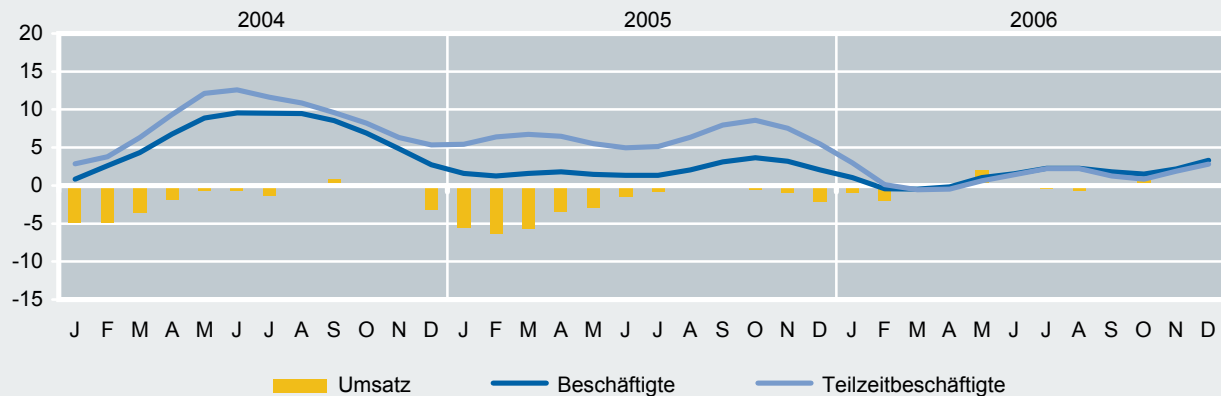
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



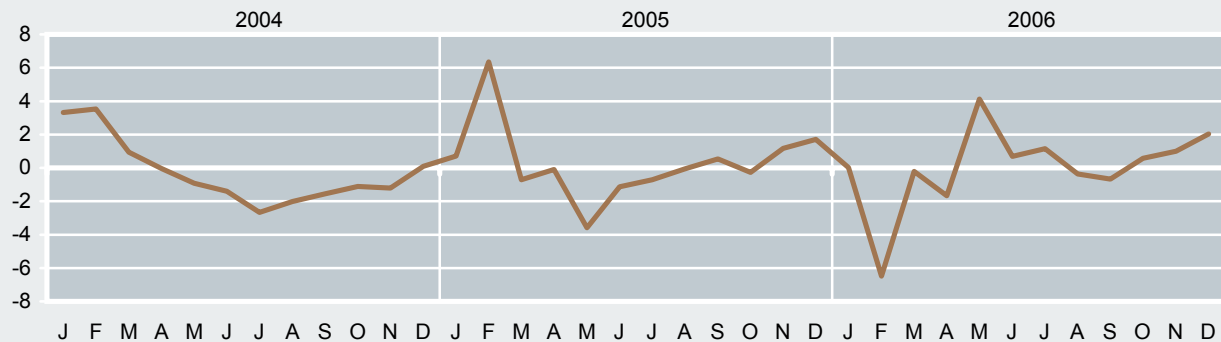
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



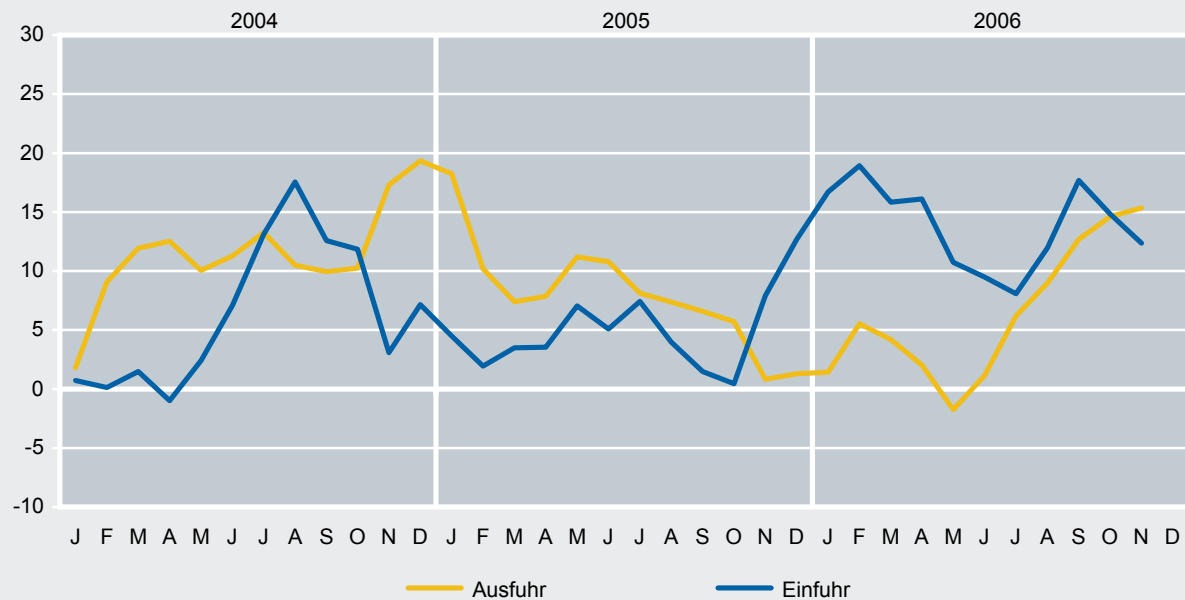
Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

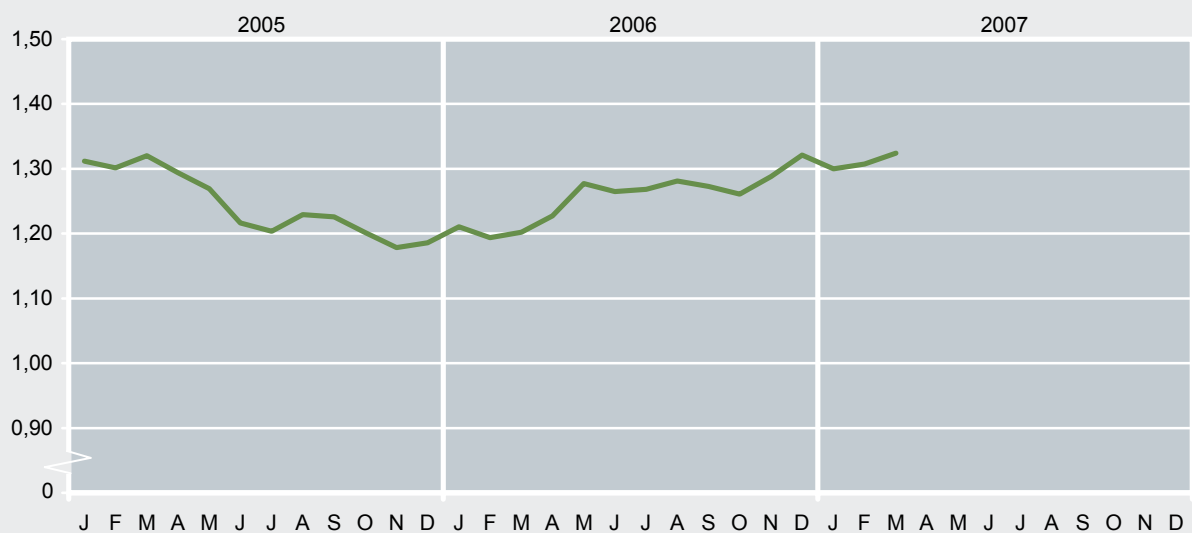
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

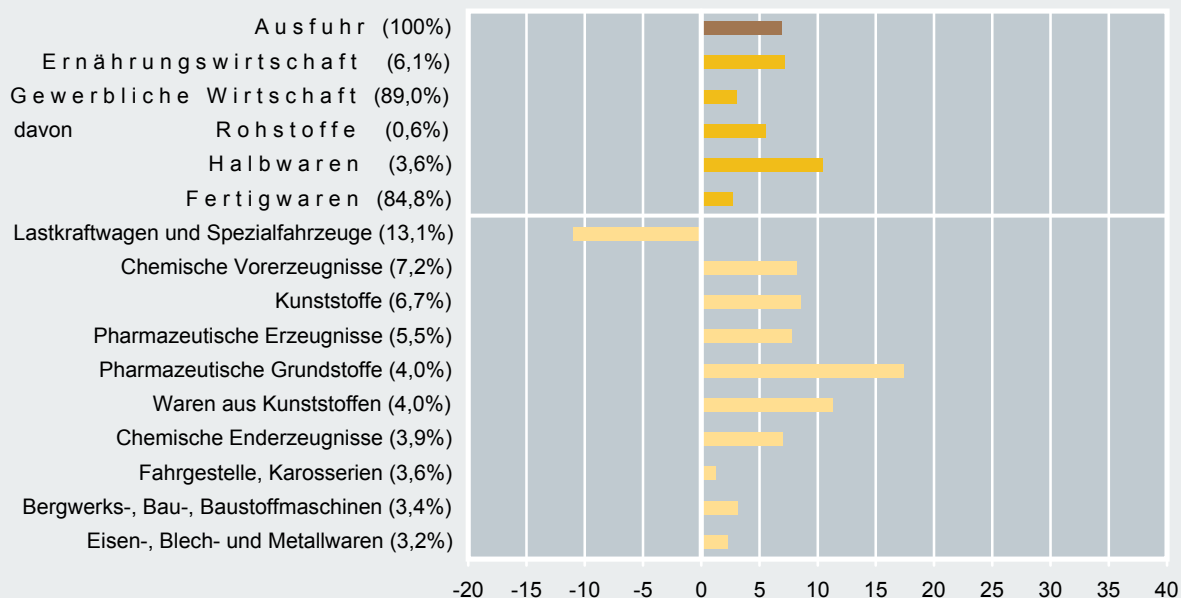
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

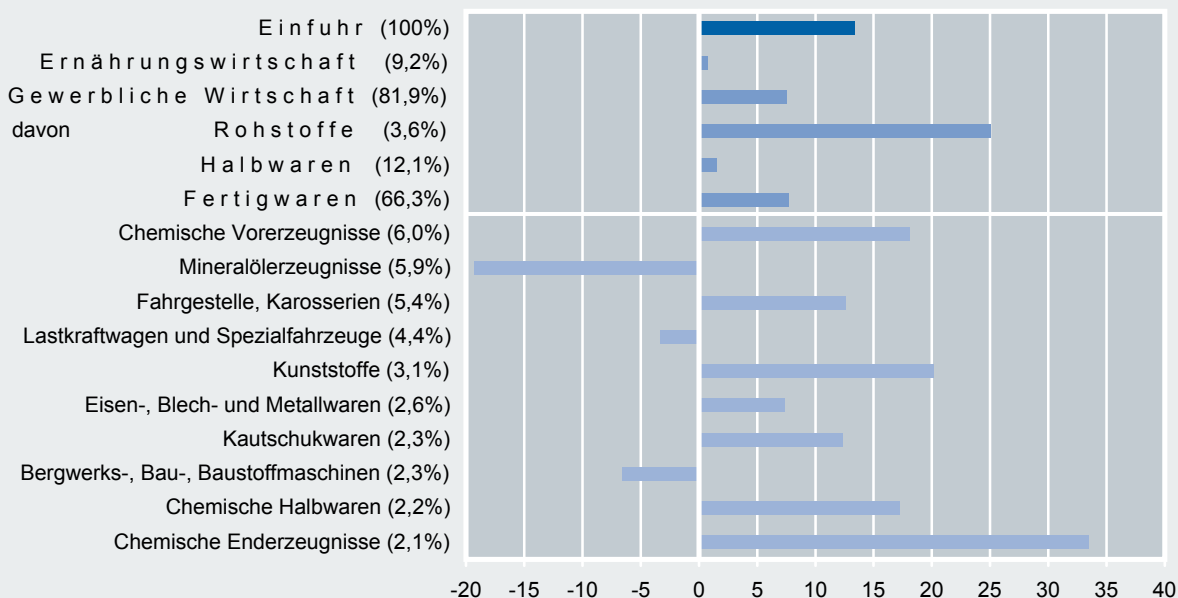
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar – Dezember 2006 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar – Dezember 2006 nach Warengruppen¹⁾

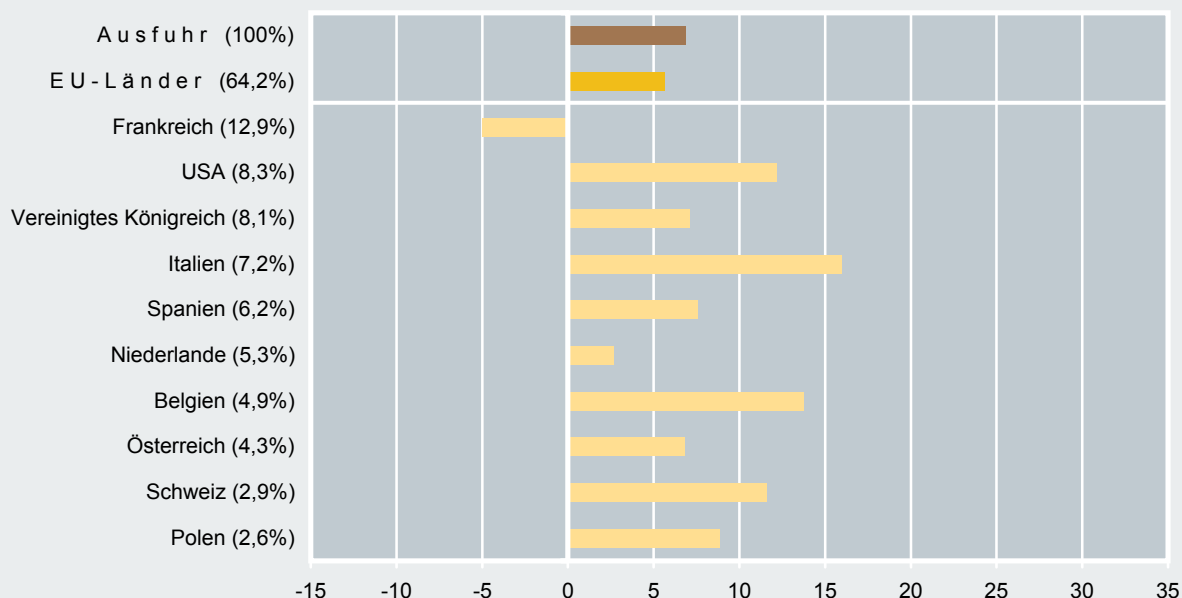
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2005.

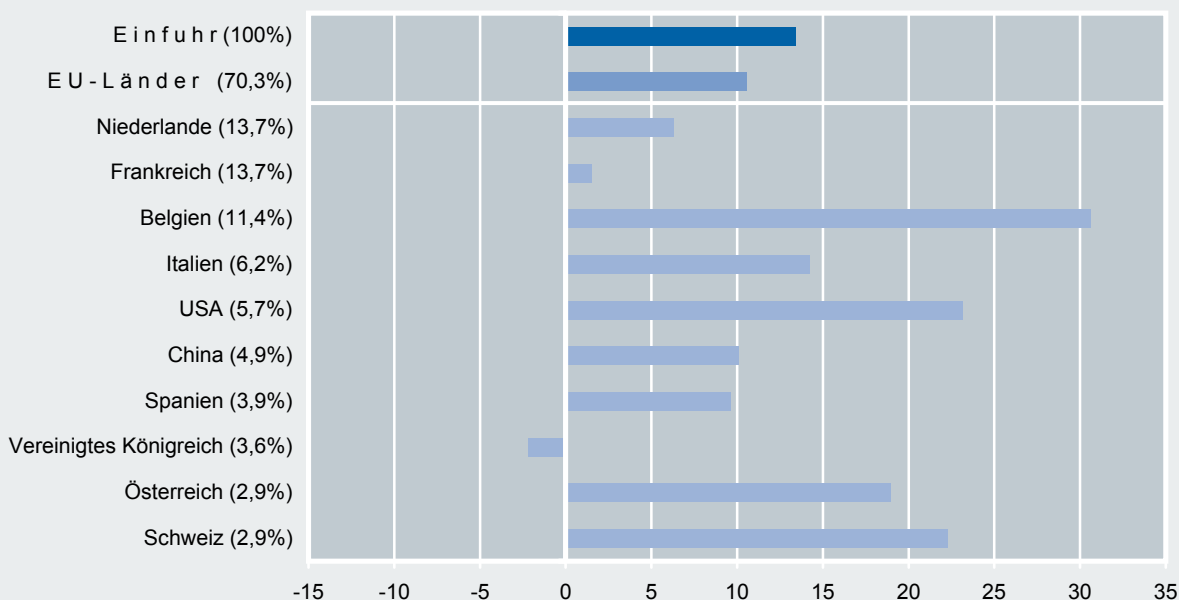
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Januar – Dezember 2006 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



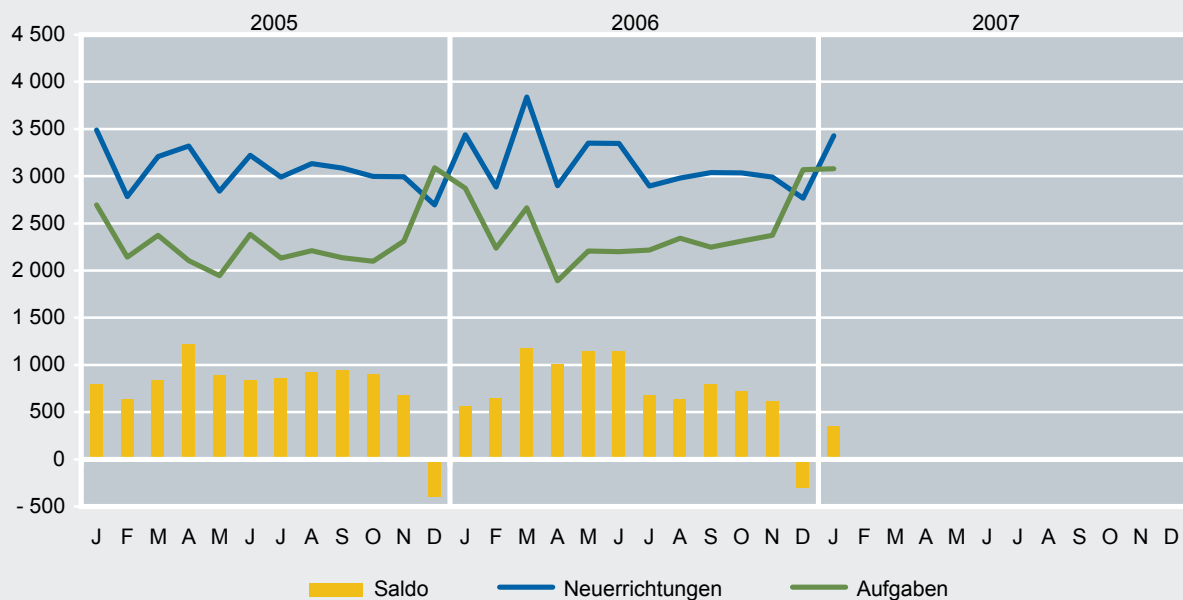
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Januar – Dezember 2006 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

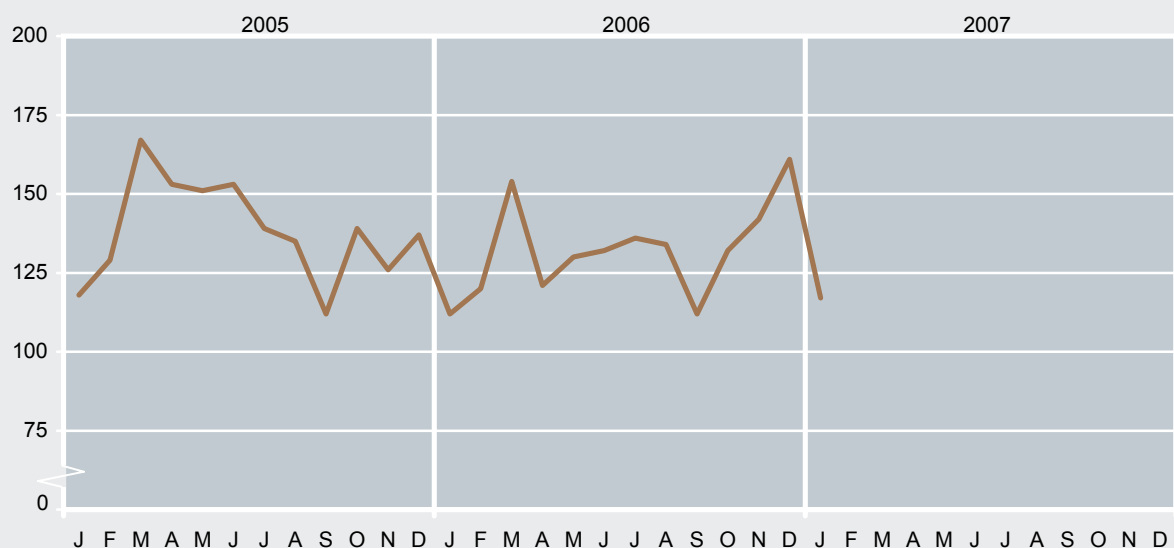


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2005.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

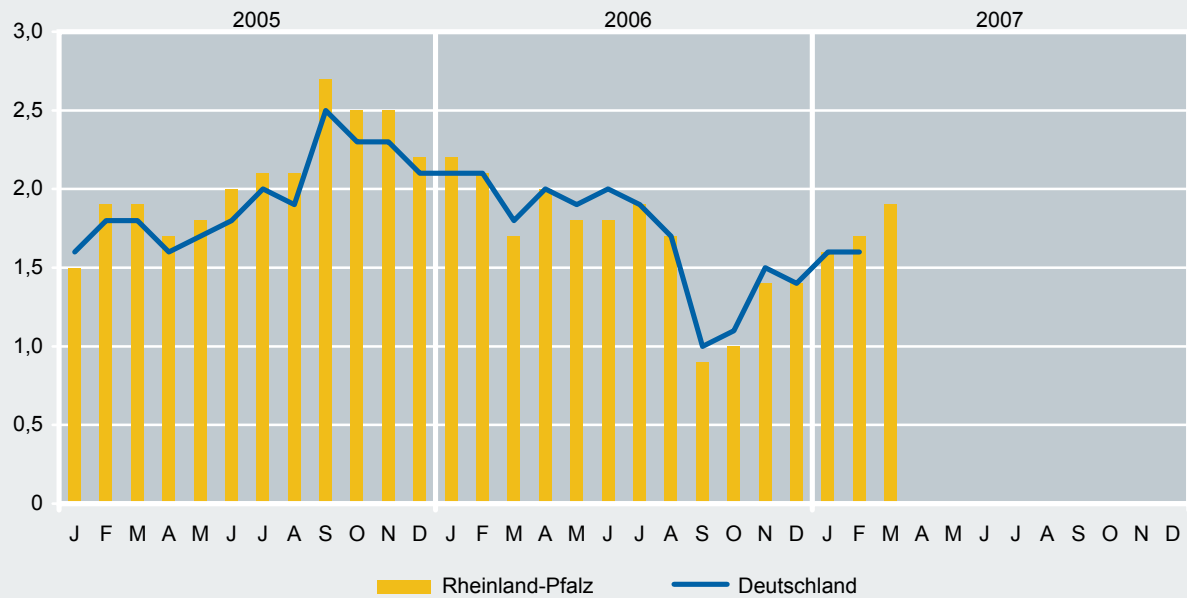


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



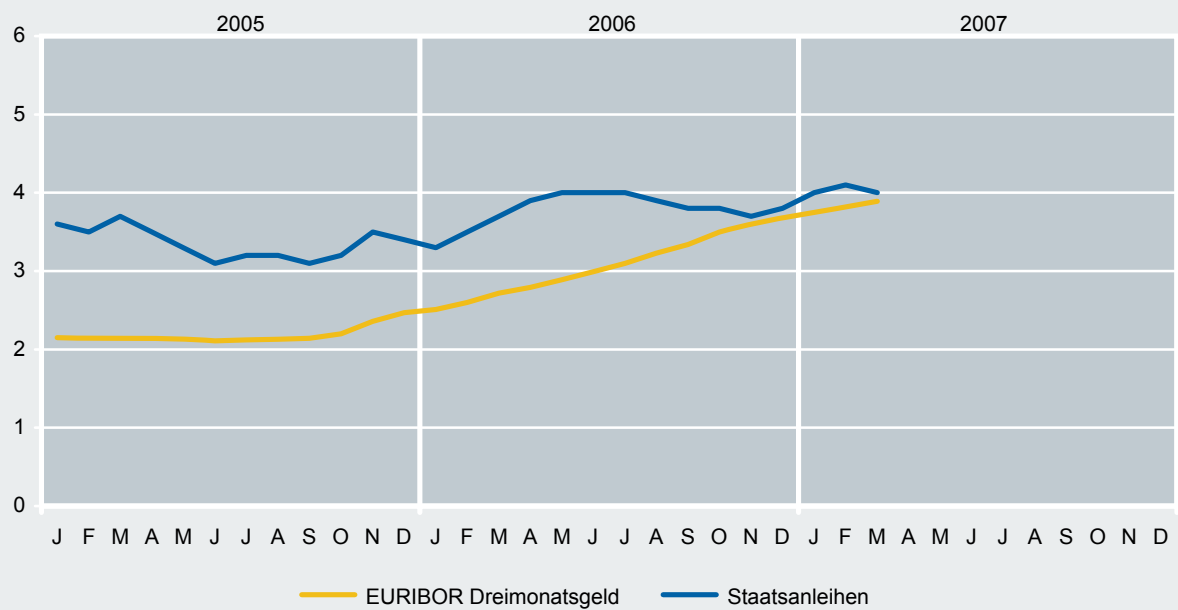
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

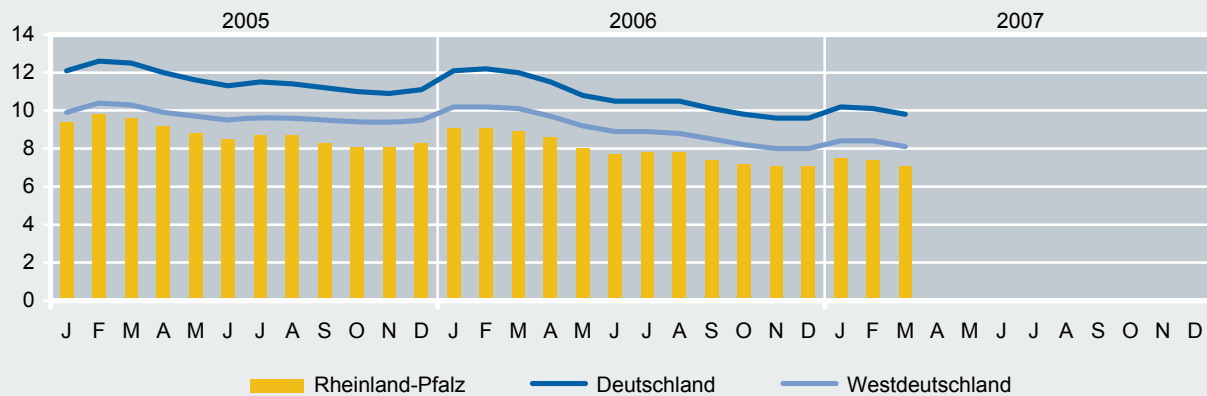
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

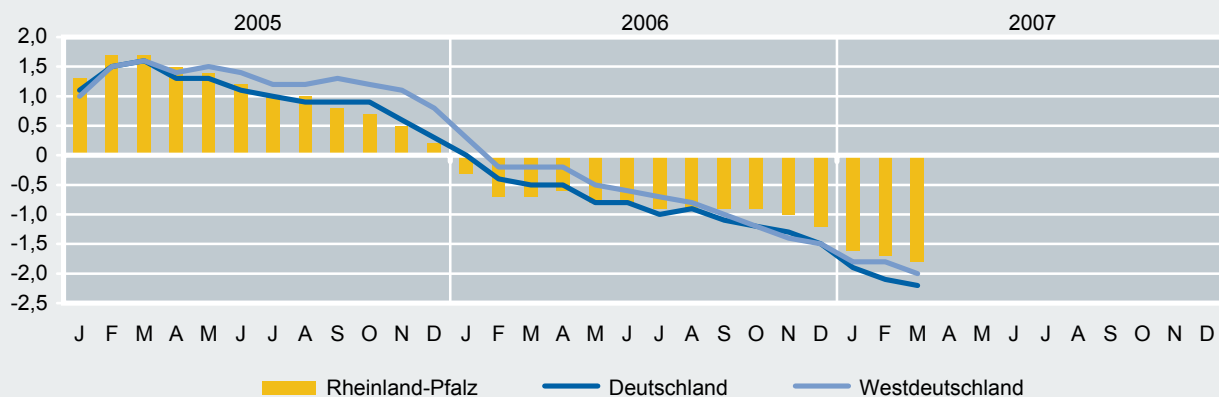
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

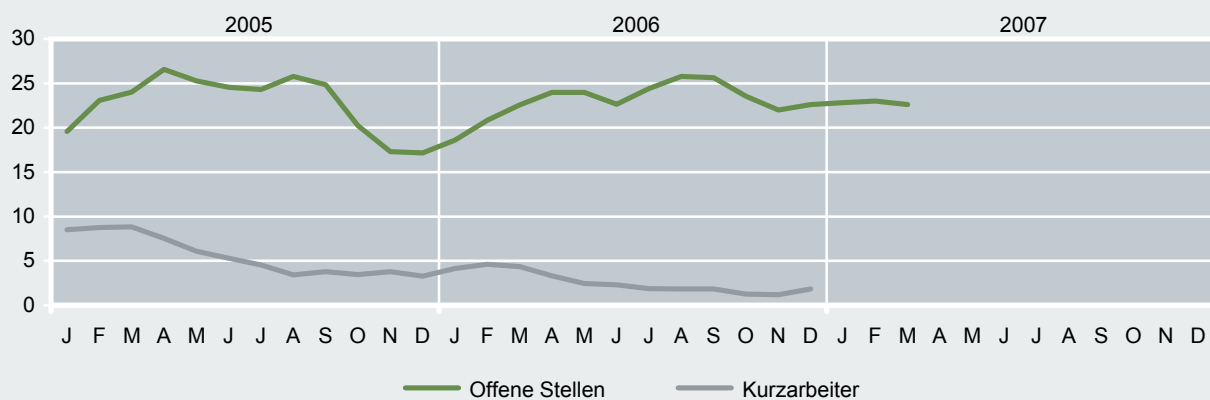
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Ab 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

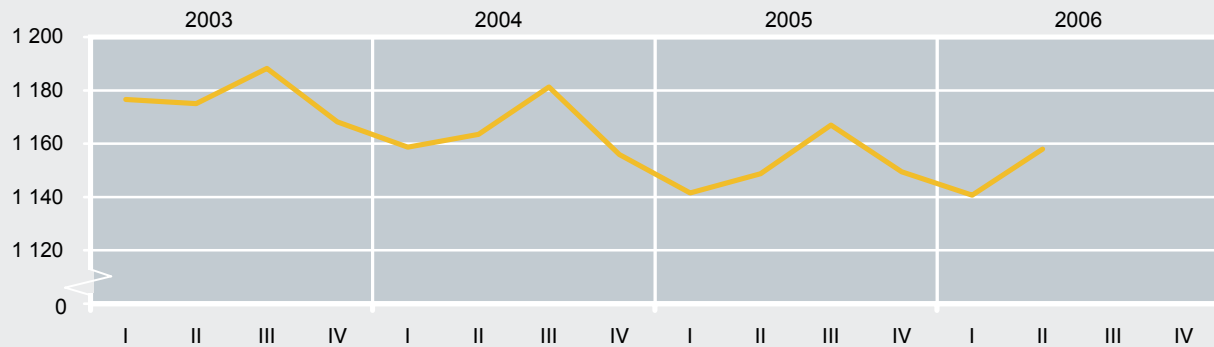
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

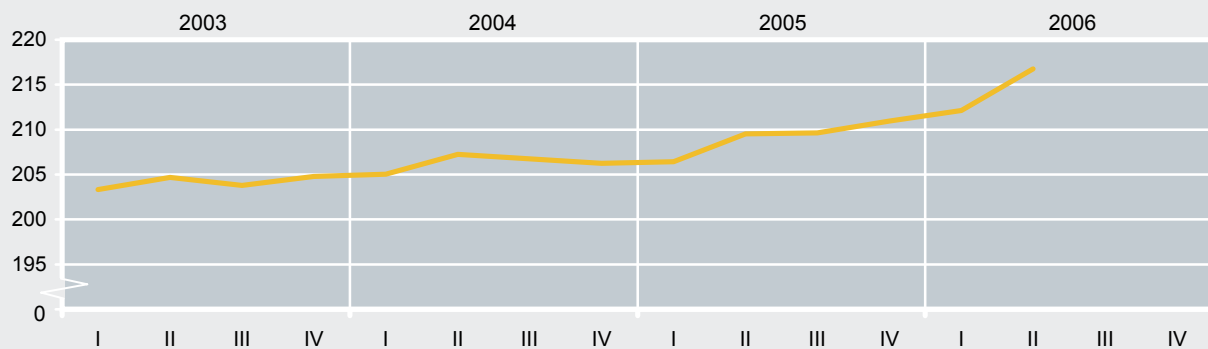
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



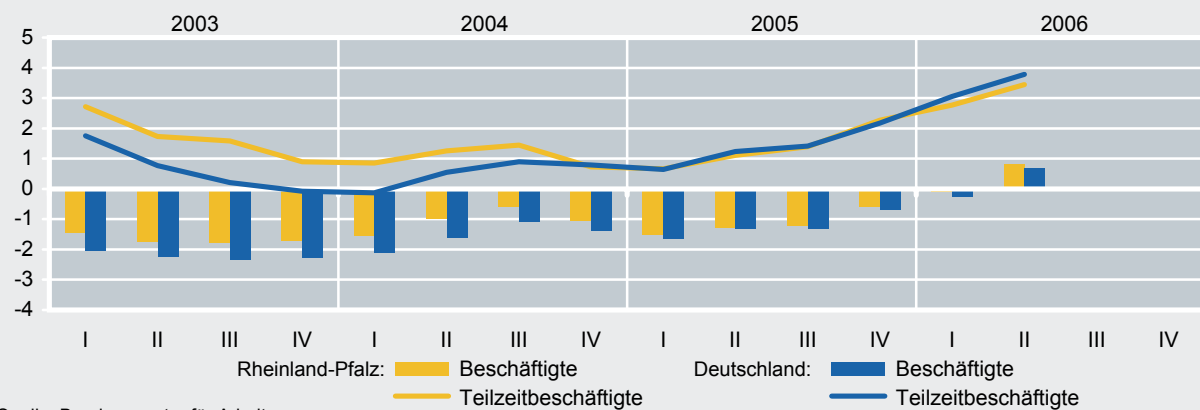
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

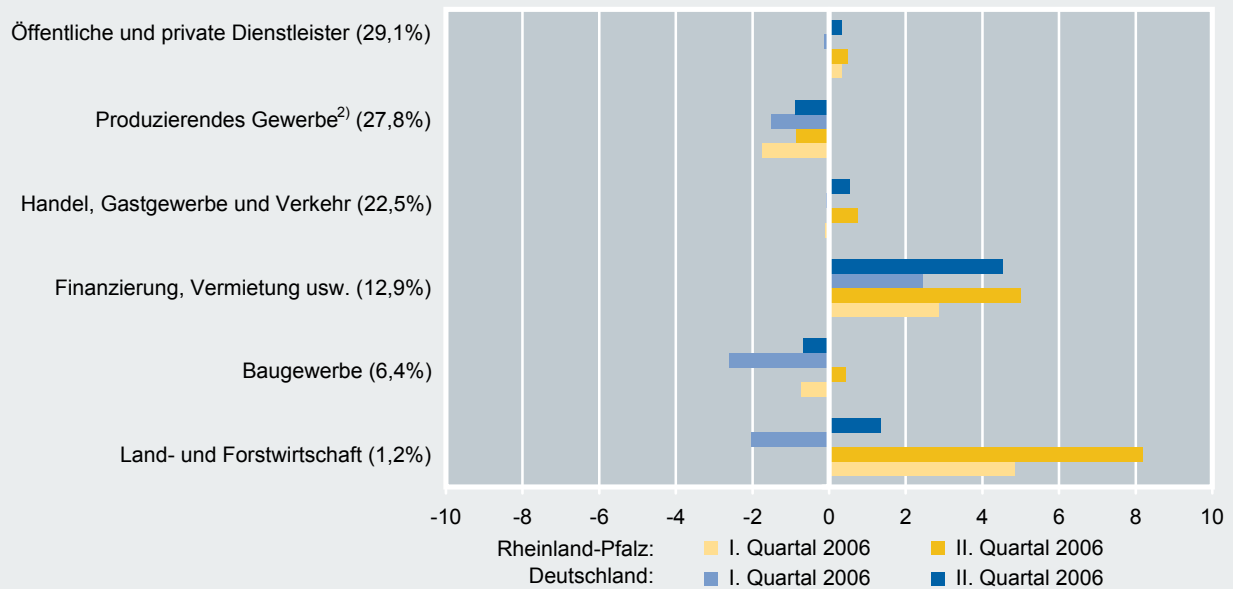
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



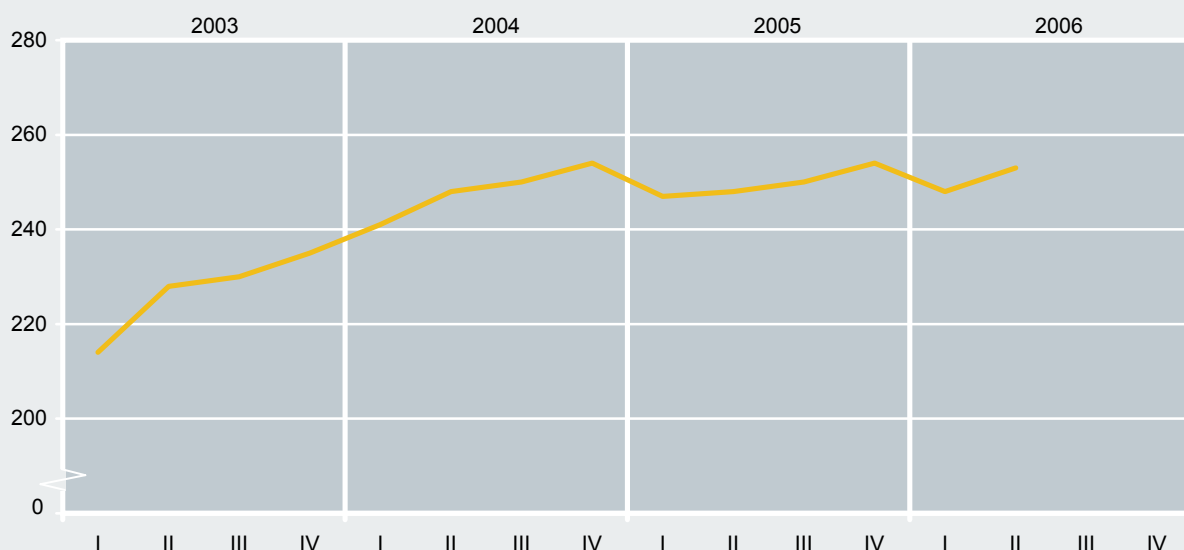
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000

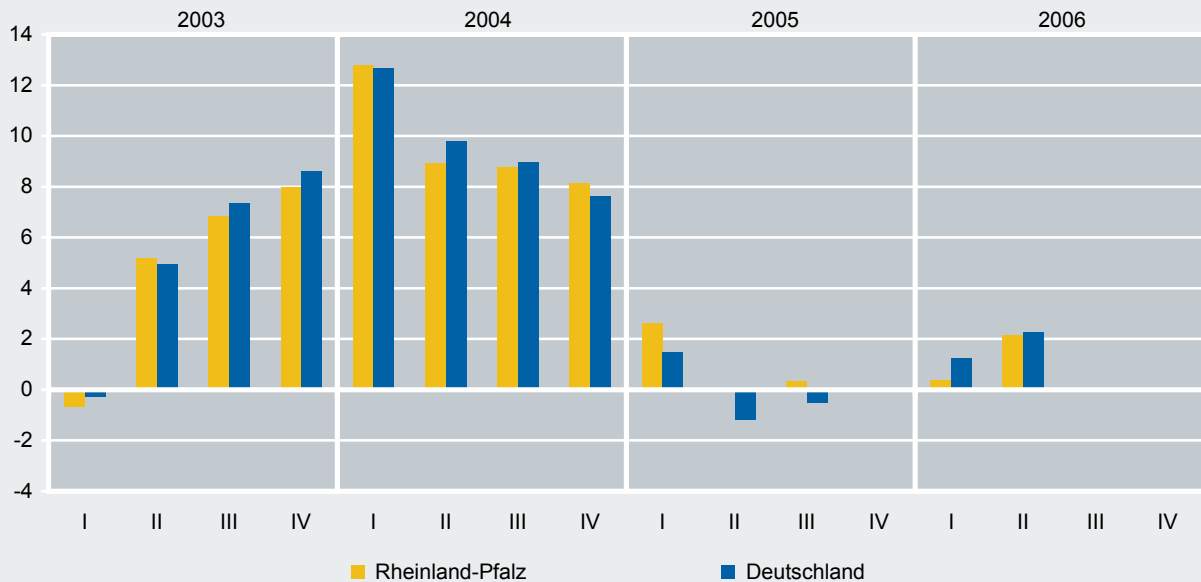


1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

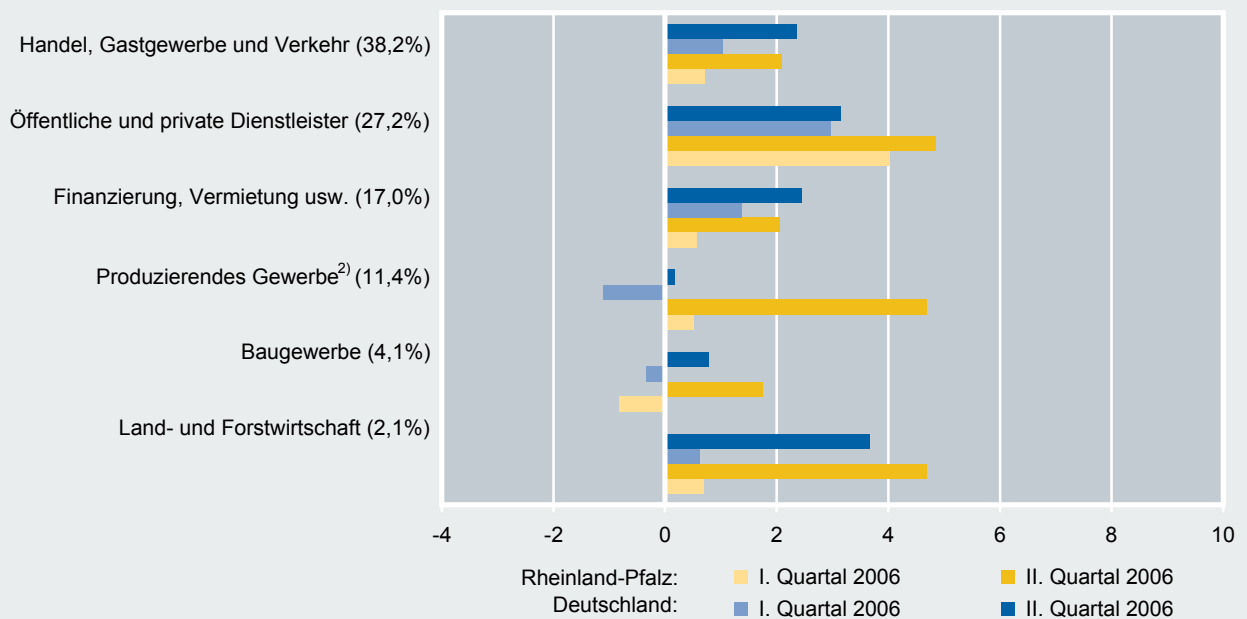
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 11. April 2007.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. $2000=100$) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren

(steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmer-tätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt ist.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturerwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerech-

neten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzu-beziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein

Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



37	1.279.036	20.033.1	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
81	1.474.661	22.438.521	4.092.465
	1.210.261	19.517.898	3.771.194
	1.210.301	20.033.1	3.697.000
	1.474.661	21.687.249	4.092.465

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2004	2005			2006			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 061 ¹⁾	4 059 ¹⁾	4 060	4 060	4 060	4 053	4 053	4 053
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	313 ¹⁾	317	318	318	318	318	320
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾									
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 753	1 689	2 308	1 380	1 132	2 391	2 228	1 542
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 785	2 716	2 932	2 680	2 474	2 929	2 781	2 847
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,2	8,0	8,8	7,8	7,4	8,5	8,3	7,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 464	3 565	3 197	3 271	3 385	3 352	3 171	3 524
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,5	9,6	9,5	10,1	9,7	9,5	10,2
* darunter im 1. Lebensjahr									
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	12	10	5	12	16	8	14	11
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,1	3,8	1,8	3,3	6,8	2,7	5,0	3,9
* Überschuss der Geborenen (+)									
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 679	- 849	- 265	- 591	- 911	- 423	- 390	- 677
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,5	- 0,8	- 1,7	- 2,7	- 1,2	- 1,2	- 2,0
Wanderungen									
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 107	8 347	9 442	9 243	7 932	9 616	9 118	11 081
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 218	2 337	2 770	2 618	2 204	2 856	2 836	3 154
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 237	7 693	9 289	8 796	7 521	9 404	8 871	9 640
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 114	2 073	2 292	2 035	2 143	2 376	2 334	2 514
* Wanderungsgewinn (+)									
bzw. -verlust (-)	Anzahl	870	655	153	447	411	212	247	1 441
* Innerhalb des Landes									
Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 969	13 053	14 117	13 012	13 642	12 949	12 709	15 145
ERWERBSTÄTIGKEIT									
Beschäftigte	Einheit	2003	2004	2005			2006		
		30.6.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.
* Sozialversicherungspflichtig									
Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 175	1 164	1 156	1 142	1 149	1 167	1 149	1 141
* Frauen	1 000	527	522	523	519	519	525	522	518
* Ausländer/-innen	1 000	72	70	66	66	68	70	65	67
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	205	207	206	206	210	210	211	212
* darunter Frauen	1 000	179	181	180	181	183	183	184	184
davon nach Wirtschaftsbereichen									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	12	12	13	14	12	12
* produzierendes Gewerbe									
ohne Baugewerbe	1 000	340	333	330	326	325	328	324	320
* Baugewerbe	1 000	80	77	74	70	74	76	72	69
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	265	262	259	256	258	263	259	256
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	142	142	141	143	147	145	145
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	335	336	339	336	335	338	338	337

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2006 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2005	2006				2007			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Arbeitslose	Anzahl	178 514	162 951	184 851	185 218	180 781	145 298	153 732	151 485	145 518
* Frauen	Anzahl	82 718	78 698	83 908	83 199	81 989	73 396	75 167	73 569	71 372
* Männer	Anzahl	95 796	84 253	100 943	102 019	98 792	71 902	78 565	77 916	74 146
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 896	6 562	10 607	10 846	10 260	4 540	6 507	6 474	5 848
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	50 308	41 059	51 169	52 413	50 944	33 883	39 034	39 169	36 932
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	9,9	9,0	10,2	10,2	10,0	8,0	8,4	8,3	8,0
* Frauen	%	9,7	9,1	9,8	9,7	9,6	8,5	8,7	8,5	8,2
* Männer	%	10,0	8,8	10,5	10,6	10,3	7,5	8,2	8,2	7,8
* Ausländer/-innen	%	21,6	20,0	22,4	22,5	22,3	18,2	18,9	18,6	18,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	10,8	8,9	10,0	10,5	10,1	6,8	7,2	7,5	7,1
* Kurzarbeiter/-innen ³⁾	Anzahl	5 613	...	4 144	4 626	4 361	1 823
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 752	23 047	18 617	20 835	22 572	22 603	22 841	23 005	22 607
darunter										
Bauberufe	Anzahl	995	1 316	1 024	1 124	1 234	1 200	1 325	1 413	1 461
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 372	6 912	4 849	5 063	5 460	8 648	8 456	8 440	7 891

BAUTÄTIGKEIT

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2004	2005		2006			2007		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	828	727	1 031	997	1 625	619	482	423	412
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	790	700	1 003	960	1 592	587	455	395	392
* 3 und mehr Wohnungen ⁴⁾	Anzahl	38	27	28	37	33	32	27	28	20
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	2	-	1	-	2	-	-
Unternehmen	Anzahl	97	116	405	126	128	83	78	82	48
private Haushalte	Anzahl	729	610	624	871	1 496	536	402	341	364
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 154	971	1 475	1 313	2 006	846	752	676	580
* Umbauter Raum	1 000 m³	810	672	812	938	1 467	589	481	437	402
* Wohnfläche	1 000 m²	147	125	162	172	267	112	92	84	76
Wohnräume	Anzahl	6 416	5 494	8 168	7 383	11 608	4 861	3 889	3 683	3 214
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	184	154	181	217	335	137	116	105	95

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	130	118	110	98	93	124	135	103	102
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	16	16	12	18	6	18	16	13	14
Unternehmen	Anzahl	105	97	90	74	82	98	112	83	84
private Haushalte	Anzahl	10	5	8	6	5	8	7	7	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	15	14	8	4	10	11	20	17	4
* Umbauter Raum	1 000 m³	662	597	541	309	1 160	612	607	706	650
* Nutzfläche	1 000 m²	98	90	84	51	116	83	94	116	89
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67	64	102	34	51	51	55	81	54

Genehmigte Wohnungen

(Wohn- u. Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 314	1 099	1 604	1 430	2 171	957	946	790	660
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 421	6 276	8 935	8 046	12 535	5 696	4 752	4 302	3 732

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Untererfassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Ergebnisse stehen zurzeit nicht zur Verfügung (Änderung des Meldeverfahrens und Einführung von Saison-Kurzarbeitergeld). – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2004	2005		2006				2007	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 830	10 678	11 731	11 033	11 102	11 780	11 936	11 103	10 901
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 752	2 696	3 545	3 233	3 019	2 931	3 337	3 003	2 028
* Kälber	t	20	16	20	39	12	17	23	37	10
* Schweine	t	7 968	7 865	8 064	7 635	7 941	8 720	8 484	7 897	8 801
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	9 535	10 264	10 175	10 198	10 257	9 358	10 012	9 575	9 159
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 617	63 728	58 010	61 121	62 216	60 104	57 545	61 605	64 283
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	1 042	1 030	1 026	1 026	1 005	998	998	998	1 028
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	249 562	244 447	243 201	242 301	239 773	242 520	242 513	242 024	244 055
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 739	31 155	32 017	29 393	31 381	31 533	32 467	29 051	32 411
* Entgelte	Mill. EUR	810	809	1 059	788	745	762	1 064	795	769
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 146	5 433	5 659	5 609	5 062	5 984	6 287	5 726	5 812
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵⁾	Mill. EUR	3 206
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 478
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	103
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 026
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 717	1 804	1 897	1 846	1 736	1 944	2 153	1 888	1 958
Fahrzeugbau	Mill. EUR	821	914	950	1 026	733	979	966	927	814
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 456	2 646	2 705	2 666	2 540	2 955	3 095	2 706	2 916
Exportquote ⁶⁾	%	47,7	48,7	47,8	47,5	50,2	49,4	49,2	47,3	50,2
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	106,8	112,9	114,6	117,9	118,9	126,7	131,9	119,7	137,2
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	104,2	110,8	114,6	105,9	116,1	121,6	123,8	105,8	127,3
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	111,4	115,7	112,7	136,6	125,8	126,8	141,9	144,2	158,0
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	109,4	124,1	121,3	123,0	125,4	135,4	137,7	122,0	143,6
Fahrzeugbau	2000=100	119,1	119,6	112,0	140,6	132,3	127,0	154,8	151,3	168,6
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁷⁾	Anzahl	86	87	87	86	86	86	86	86	102
* Beschäftigte ^{7) 4)}	Anzahl	10 377	10 204	10 196	10 154	10 091	10 110	10 090	10 064	9 921
* Geleistete Arbeitsstunden ⁷⁾	1 000 h	1 329	1 296	1 374	1 261	1 340	1 275	1 367	1 144	1 338
* Bruttolohn- und gehaltssumme ⁷⁾	Mill. EUR	33	33	43	31	31	39	45	31	30
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁸⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	668	595	597	804	1 009	719	752	791	828
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	651	580	582	783	987	705	737	776	814

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 8) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 8) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe		Einheit	2004	2005			2006				2007
			Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾											
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	38 163	36 159	36 263	35 639	34 695	37 573	37 210	36 897	35 713	
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 780	3 435	3 705	2 803	1 937	4 250	4 260	3 114	2 698	
davon											
* Wohnungsbau	1 000 h	1 543	1 394	1 447	1 065	779	1 784	1 761	1 246	1 107	
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	931	824	873	762	595	977	999	811	727	
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 305	1 217	1 385	976	563	987	1 500	1 057	864	
darunter Straßenbau	1 000 h	599	587	688	465	197	755	756	515	366	
* Entgelte	Mill. EUR	85	79	93	80	68	86	100	83	76	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	305	368	386	180	395	444	494	242	
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	98	113	110	51	126	137	146	81	
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	86	80	90	107	56	111	117	139	62	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	128	165	169	74	158	190	209	99	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	57	56	77	74	23	81	97	97	43	
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}											
		Einheit	2004	2005				2006			
			Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	332	319	320	319	319	307	306	302	302	
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	11 708	11 350	11 488	11 350	11 353	10 880	10 970	11 170	11 215	
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 558	3 557	3 652	3 632	3 615	3 311	3 465	3 600	3 721	
* Entgelte	Mill. EUR	77	76	77	76	81	70	73	74	81	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	263	251	240	253	327	193	238	256	410	
HANDEL ⁷⁾											
Großhandel ⁸⁾		Einheit	2004	2005			2006				2007
			Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Beschäftigte	2003=100	115,8	118,7	118,5	117,0	115,1	
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	132,7	139,1	140,8	137,7	131,1	
* Umsatz nominal ⁹⁾	2003=100	104,5	128,8	127,7	116,0	104,5	
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	99,1	119,4	118,9	108,7	97,4	
Einzelhandel ¹⁰⁾											
* Beschäftigte	2003=100	110,5	113,5	114,0	113,5	108,4	
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	112,5	115,4	116,3	115,3	109,8	
* Umsatz nominal ⁹⁾	2003=100	101,4	114,2	115,1	134,0	98,7	
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	100,4	112,2	113,2	132,2	96,9	
Kfz-Handel u. Tankstellen ¹¹⁾											
* Beschäftigte	2003=100	102,6	102,4	103,1	103,2	100,3	
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	103,7	102,7	104,8	103,4	96,7	
* Umsatz nominal ⁹⁾	2003=100	98,0	131,2	144,5	125,3	90,3	
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	94,7	126,0	138,5	119,6	85,2	
GASTGEWERBE ^p											
* Beschäftigte	2003=100	106,5	108,8	107,5	104,9	102,4	113,1	109,9	108,5	106,4	
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	108,3	115,4	114,1	111,1	109,6	118,9	116,0	115,4	112,2	
* Umsatz nominal ⁹⁾	2003=100	99,3	99,2	89,9	94,2	79,0	112,9	91,4	96,9	79,5	
* Umsatz real ⁹⁾	2003=100	98,6	97,4	88,6	91,2	77,5	109,4	88,2	92,2	76,7	
1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unter- nehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedie- nungspersonal.– 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.											

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 7) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾										
	Einheit	2004	2005			2006				2007
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Gästeankünfte	1 000	580	595	453	381	308	781	459	390	311
* darunter von Auslandsgästen	1 000	130	137	90	98	60	154	91	93	62
* Gästeübernachtungen	1 000	1 652	1 660	1 136	1 027	846	2 154	1 139	1 069	851
* darunter von Auslandsgästen	1 000	376	394	223	252	156	414	225	251	150
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 262	2 203	2 406	2 073	2 167	2 278	2 227	2 154	2 017
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 447	1 430	1 564	1 292	1 255	1 691	1 468	1 373	1 251
* Getötete Personen	Anzahl	24	24	30	24	16	33	30	25	24
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	13	13	18	17	10	11	13	16	14
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	5	6	2	-	8	4	3	3
Radfahrer	Anzahl	1	1	2	-	1	2	3	-	2
Fußgänger	Anzahl	3	3	3	3	5	5	6	4	5
* Verletzte Personen	Anzahl	1 881	1 874	2 080	1 722	1 694	2 119	1 918	1 784	1 662
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	376	362	404	333	301	444	356	301	277
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	191	168	194	189	192	145	168	161	141
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	84	83	87	55	24	135	91	49	43
Radfahrer	Anzahl	45	50	50	26	20	89	47	32	24
Fußgänger	Anzahl	38	41	53	47	53	57	37	45	50
Kraftfahrzeuge ³⁾										
	Einheit	2004	2005			2006				2007
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 587	13 674	13 226	11 361	10 873	14 482	14 968	14 493	10 503
darunter										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	865	801	203	142	210	432	288	300	304
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	11 583	11 752	11 865	10 203	9 599	12 897	13 328	12 765	8 894
* Lastkraftwagen	Anzahl	738	787	847	757	742	855	994	1 051	887
* Zugmaschinen	Anzahl	239	268	241	184	260	244	276	279	334
Personenbeförderung										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	69 121	62 432	65 026	54 394	63 816	69 273	63 761	54 906	64 030
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	643	574	570	493	660	612	581	499	658
Binnenschifffahrt										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Gütereingang	1 000 t	1 185	1 183	1 154	996	1 034	1 362	1 343	1 224	1 074
* Güterversand	1 000 t	808	852	806	703	630	994	996	950	823
AUSSENHANDEL ⁶⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 644	2 832	2 783	2 784	2 673	3 125	3 385	3 251	2 869
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	166	185	190	215	182	212	224	256	180
* Güter der gewerbli. Wirtschaft	Mill. EUR	2 439	2 601	2 534	2 498	2 430	2 760	3 004	2 831	2 551
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	17	16	19	17	19	23	19	20
* Halbwaren	Mill. EUR	106	108	114	104	101	121	136	111	112
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 309	2 476	2 404	2 376	2 313	2 620	2 845	2 701	2 419
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	702	719	765	743	646	805	901	826	691
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 607	1 757	1 639	1 632	1 667	1 815	1 944	1 875	1 728

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)		Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.		
davon nach											
* Europa	Mill. EUR	1 938	2 073	2 040	2 149	1 969	2 330	2 413	2 465	2 078	
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 726	1 813	1 788	1 910	1 707	2 007	2 038	2 137	1 796	
Belgien	Mill. EUR	129	140	131	139	135	167	186	174	155	
Luxemburg	Mill. EUR	38	41	53	43	52	44	48	44	48	
Dänemark	Mill. EUR	33	38	39	39	38	47	47	43	42	
Finnland	Mill. EUR	20	21	19	20	18	26	21	20	25	
Frankreich	Mill. EUR	356	356	342	343	318	381	338	363	320	
Griechenland	Mill. EUR	29	43	43	30	35	37	38	39	33	
Großbritannien	Mill. EUR	213	224	212	226	207	219	262	232	287	
Irland	Mill. EUR	12	13	11	13	12	15	15	17	14	
Italien	Mill. EUR	196	200	206	234	185	242	259	269	183	
Niederlande	Mill. EUR	154	155	157	172	144	147	167	223	151	
Österreich	Mill. EUR	128	125	119	129	143	142	138	144	124	
Schweden	Mill. EUR	55	59	56	56	50	53	53	62	47	
Spanien	Mill. EUR	164	170	176	202	149	202	197	217	148	
Portugal	Mill. EUR	19	18	17	23	14	22	29	23	16	
* Afrika	Mill. EUR	61	64	59	56	61	76	78	64	72	
* Amerika	Mill. EUR	300	333	391	276	305	365	446	355	346	
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	227	253	311	196	236	265	311	240	265	
* Asien	Mill. EUR	319	333	272	283	309	321	403	337	337	
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	49	49	48	47	48	69	41	46	
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	25	28	21	20	29	33	45	29	35	
Einfuhr (Generalhandel)											
* Insgesamt	Mill. EUR	1 625	1 733	1 704	1 987	1 796	1 981	2 041	2 115	2 008	
darunter											
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	177	168	161	184	162	138	166	203	168	
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 392	1 513	1 480	1 731	1 566	1 677	1 702	1 727	1 670	
davon											
* Rohstoffe	Mill. EUR	51	64	68	74	85	92	75	89	88	
* Halbwaren	Mill. EUR	192	223	202	217	219	261	228	217	203	
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 149	1 226	1 210	1 440	1 263	1 323	1 399	1 421	1 379	
davon											
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	303	321	305	328	311	371	350	394	376	
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	845	905	905	1 111	952	952	1 049	1 027	1 003	
davon aus											
* Europa	Mill. EUR	1 291	1 347	1 308	1 539	1 384	1 501	1 519	1 654	1 507	
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	1 163	1 196	1 174	1 348	1 202	1 313	1 347	1 453	1 314	
Belgien	Mill. EUR	186	186	180	189	200	232	229	282	236	
Luxemburg	Mill. EUR	28	35	48	38	26	28	44	43	34	
Dänemark	Mill. EUR	28	33	27	48	46	33	30	29	15	
Finnland	Mill. EUR	7	8	8	7	12	9	13	12	14	
Frankreich	Mill. EUR	253	231	217	257	206	228	245	254	214	
Griechenland	Mill. EUR	5	4	4	6	5	4	7	3	4	
Großbritannien	Mill. EUR	63	64	60	71	54	70	84	51	74	
Irland	Mill. EUR	14	16	24	22	22	7	8	7	5	
Italien	Mill. EUR	106	112	123	132	119	136	129	134	126	
Niederlande	Mill. EUR	182	218	225	228	216	268	200	254	264	
Österreich	Mill. EUR	53	53	52	55	56	68	70	65	67	
Schweden	Mill. EUR	36	42	26	98	24	45	47	52	44	
Spanien	Mill. EUR	72	66	61	63	73	58	64	78	69	
Portugal	Mill. EUR	10	10	9	8	13	11	16	14	8	
* Afrika	Mill. EUR	31	35	35	40	38	30	27	37	28	
* Amerika	Mill. EUR	133	157	145	172	174	210	245	197	237	
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	104	116	104	136	141	152	183	137	178	
* Asien	Mill. EUR	165	190	213	231	197	237	246	224	234	
darunter aus Japan	Mill. EUR	27	28	26	31	29	35	27	27	28	
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	3	5	3	4	4	4	3	
GEWERBEANZEIGEN ³⁾											
	Einheit	2004	2005				2006				2007
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 879	3 630	3 526	3 323	4 208	3 617	3 517	3 392	4 176	
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 798	2 883	2 817	3 792	3 687	2 831	2 907	3 684	3 900	

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN										
	Einheit	2004	2005			2006			2007	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Insgesamt	Anzahl	456	548	627	593	550	601	665	703	664
davon										
* Unternehmen	Anzahl	130	138	126	137	112	132	142	161	117
* Verbraucher	Anzahl	201	264	346	305	289	343	392	394	424
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	113	130	138	137	137	110	119	131	106
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	13	15	17	14	12	16	12	17	17
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	118	116	84	115	155	147	168	124	87
HANDWERK ²⁾										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	93,6	91,2	90,8	92,6	91,1	89,8	90,7	93,6	92,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	96,7	94,7	96,3	98,2	105,2	83,0	99,2	102,6	122,4
PREISE										
	Einheit	2005	2006			2007				
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Verbraucherpreisindex	2000=100	108,2	110,0	109,1	109,4	109,4	110,9	110,8	111,3	111,5
VERDIENSTE ⁶⁾										
	Einheit	2004	2005			2006			2007	
		Durchschnitt	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	
* Bruttonomatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
* Männer	EUR	2 571	2 597	2 608	2 641	2 555	2 662	2 683	2 703	.
* Frauen	EUR	2 643	2 667	2 677	2 713	2 622	2 734	2 756	2 776	.
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
* Männer	EUR	1 935	1 962	1 968	1 975	1 960	1 999	2 011	2 021	.
Gewerbe	EUR	15,55	15,70	15,70	15,80	15,78	15,88	15,97	16,04	.
* Männer	EUR	15,95	16,10	16,09	16,20	16,20	16,28	16,35	16,42	.
darunter										
Facharbeiter	EUR	17,05	17,22	17,23	17,36	17,27	17,35	17,46	17,51	.
angeleitete Arbeiter	EUR	15,45	15,51	15,51	15,60	15,58	15,65	15,73	15,81	.
Hilfsarbeiter	EUR	12,66	12,77	12,77	12,85	12,85	13,08	13,05	13,13	.
* Frauen	EUR	11,95	12,06	12,10	12,05	12,05	12,20	12,30	12,33	.
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	11,09	11,24	11,30	11,20	11,20	11,43	11,50	11,53	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,0	38,1	38,2	38,5	37,3	38,6	38,7	38,8	.
Arbeiter	h	38,1	38,1	38,3	38,5	37,3	38,7	38,8	38,9	.
Arbeiterinnen	h	37,3	37,4	37,4	37,7	37,4	37,7	37,6	37,7	.
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 775	3 833	3 843	3 855	3 852	3 891	3 918	3 921	.
* Männer	EUR	4 056	4 109	4 121	4 135	4 123	4 168	4 199	4 200	.
* Frauen	EUR	2 955	3 024	3 031	3 039	3 057	3 081	3 109	3 119	.
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 474	3 552	3 559	3 575	3 569	3 606	3 626	3 634	.
Männer	EUR	3 976	4 051	4 060	4 084	4 052	4 102	4 124	4 131	.
Frauen	EUR	2 879	2 947	2 954	2 960	2 980	3 005	3 027	3 039	.
* technische Angestellte	EUR	4 013	4 058	4 072	4 080	4 076	4 117	4 152	4 151	.
Männer	EUR	4 094	4 137	4 152	4 161	4 158	4 200	4 234	4 234	.
Frauen	EUR	3 245	3 314	3 322	3 331	3 335	3 361	3 408	3 410	.
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 878	2 930	2 929	2 944	2 964	2 978	2 980	3 007	.
* Männer	EUR	3 169	3 219	3 217	3 239	3 261	3 278	3 278	3 300	.
* Frauen	EUR	2 484	2 527	2 528	2 531	2 552	2 563	2 561	2 593	.
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 902	2 952	2 951	2 966	2 986	2 999	3 001	3 030	.
Männer	EUR	3 251	3 300	3 296	3 319	3 340	3 356	3 356	3 379	.
Frauen	EUR	2 495	2 533	2 533	2 536	2 559	2 568	2 566	2 599	.
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 329	3 387	3 392	3 406	3 415	3 444	3 459	3 472	.

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2004	2005				2006			
		Durchschnitt	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	113 247	116 220	116 079	116 272	116 611	117 476	117 418	118 096	118 057
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 465	12 276	12 259	12 162	12 031	12 876	12 338	12 859	12 396
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 938	9 331	9 491	9 205	9 188	9 412	9 533	9 390	9 468
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 844	94 614	94 329	94 905	95 392	95 188	95 547	95 847	96 193
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 347	110 708	110 514	111 055	110 993	111 487	110 960	111 770	111 637
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	93 937	96 206	96 140	96 722	96 569	97 079	97 326	97 921	97 784
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 408	14 503	14 374	14 333	14 424	14 408	13 634	13 849	13 853
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 899	5 512	5 565	5 217	5 618	5 989	6 458	6 326	6 420
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	87 584	93 933	93 280	94 232	95 512	95 741	96 718	97 633	99 307
Sichteinlagen	Mill. EUR	24 185	26 954	26 843	27 329	28 055	28 003	28 756	27 841	28 752
Termineinlagen	Mill. EUR	27 994	30 217	29 618	30 524	30 766	31 267	31 654	33 850	34 559
Sparbriefe	Mill. EUR	5 159	5 317	5 342	5 260	5 293	5 403	5 580	5 775	6 051
Spareinlagen	Mill. EUR	30 246	31 446	31 477	31 119	31 398	31 068	30 728	30 167	29 945
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	84 868	90 659	90 189	90 625	92 115	92 497	93 232	94 040	96 139
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	82 935	88 986	88 483	89 040	90 405	90 905	91 409	91 390	93 016
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 933	1 674	1 706	1 585	1 710	1 592	1 823	2 650	3 123
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 716	3 274	3 091	3 607	3 397	3 244	3 486	3 593	3 168

STEUERN

Einheit	2004		2005		2006				2007	
	Durchschnitt		Dez.		Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 119	2 208	3 063	2 134	2 403	2 505	3 244	2 034	2 816
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	720	753	1 376	601	854	791	1 495	542	849
Lohnsteuer	Mill. EUR	601	582	755	456	790	757	773	510	813
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	115	110	-	-	355	321	-	-	366
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	7	49	381	95	- 24	- 8	442	- 73	- 21
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	51	36	19	26	13	10	36	31	9
Zinsabschlag	Mill. EUR	20	26	15	74	31	44	14	81	39
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	9	9	-	-	24	26	-	-	25
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	41	60	206	- 50	44	- 12	231	- 8	10
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	2	10	-	-	24	- 11	-	-	- 11
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 400	1 455	1 688	1 532	1 549	1 713	1 749	1 493	1 967
Umsatzsteuer	Mill. EUR	365	374	377	382	413	420	429	360	561
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 035	1 081	1 310	1 151	1 135	1 294	1 319	1 133	1 406
Zölle	Mill. EUR	113	130	148	126	159	158	150	131	166
Bundessteuern	Mill. EUR	92	86	177	35	53	69	162	43	53
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	51	43	97	- 4	9	38	76	9	3
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	32	34	72	32	23	22	78	26	24

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN		Einheit	2004	2005		2006				2007		
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Landessteuern		Mill. EUR	99	92	101	107	100	77	85	124	92	
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	30	20	14	11	19	10	18	15	17	17	
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	16	16	17	21	27	20	17	23	22	22	
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	35	38	40	68	33	33	30	69	34	34	
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	14	13	24	4	18	12	13	14	16	16	
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	2	4	0	0	0	4	0	0	0	
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	
		Einheit	2004	2005			2006					
			Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal		
Gemeindesteuern		Mill. EUR	404	434	415	406	477	532	515	527	463	
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	5	4	4	4	4	6	4	
Grundsteuer B	Mill. EUR	99	102	110	112	93	95	109	115	94	94	
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	291	319	288	280	373	423	388	398	359	359	
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	9	9	13	8	8	11	14	9	6	6	
Steuerverteilung												
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.		Mill. EUR	600	626	569	621	769	653	680	744	785	
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	230	250	220	216	273	376	308	320	242	242	
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	230	232	193	251	354	150	216	267	393	393	
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	28	28	28	28	38	16	29	28	46	46	
		Einheit	2004	2005		2006				2007		
			Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Steuereinnahmen des Landes		Mill. EUR	598	597	898	607	657	612	1 003	579	705	
Landessteuern	Mill. EUR	99	92	101	107	100	77	85	124	92	92	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	261	272	497	253	314	283	552	232	310	310	
Lohnsteuer	Mill. EUR	205	196	217	194	283	270	225	217	294	294	
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	3	21	162	40	- 10	- 3	188	- 31	- 9	- 9	
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	22	13	9	11	5	3	17	14	3	3	
Zinsabschlag	Mill. EUR	11	11	7	32	14	19	6	36	17	17	
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	19	30	103	- 25	22	- 6	115	- 4	5	5	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	224	216	255	242	230	246	311	227	299	299	
Umsatzsteuer	Mill. EUR	160	158	190	168	182	185	237	161	251	251	
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	64	57	66	74	48	61	74	66	48	48	
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	6	14	1	4	2	15	- 1	1	1	
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	1	2	1	7	- 0	0	0	
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	7	8	21	2	6	3	28	- 2	2	2	
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	2	4	0	1	1	6	- 0	0	0	
Steuereinnahmen des Bundes		Mill. EUR	1 078	1 189	1 670	1 084	1 224	1 294	1 738	1 062	1 447	
Bundessteuern	Mill. EUR	92	86	177	35	53	69	162	43	53	53	
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	314	336	595	254	367	336	655	233	362	362	
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	667	761	884	793	800	887	906	788	1 031	1 031	
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	5	6	14	1	4	2	15	- 1	1	1	

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

März

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 3. Vierteljahr 2006 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A1013 200643

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Mainzer Studienstufe im Schuljahr 2006/2007
Bestellnr.: B1083 200600

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bestockte Rebflächen 2006
Bestellnr.: C1073 200600

Weinmosternte 2006
Bestellnr.: C2053 200600

Weinerzeugung 2006
Bestellnr.: C4043 200600

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen 2006
Bestellnr.: D1013 200600

Gewerbeanzeigen Dezember 2006
Bestellnr.: D1023 200612

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2006
Bestellnr.: E1013 200600

Bauhauptgewerbe im Dezember 2006 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200612

Ausbaugewerbe im 4. Quartal 2006 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Bestellnr.: E3023 200644

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Dezember 2006
Bestellnr.: E4023 200612

Umsatz und Beschäftigte im Handwerk 2006
Bestellnr.: E5013 200600

Umsatz und Beschäftigte im Handwerk im 4. Vierteljahr 2006
Bestellnr.: E5023 200644

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Jahr 2006
Bestellnr.: F2023 200600

Baugenehmigungen im Januar 2007
Bestellnr.: F2033 200701

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im Dezember 2006
Bestellnr.: G1023 200612

Aus- und Einfuhr im Dezember 2006
Bestellnr.: G3023 200612

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Dezember 2006
Bestellnr.: G4023 200612

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Januar 2007
Bestellnr.: H1023 200701

Binnenschifffahrt im Dezember 2006
Bestellnr.: H2023 200612

Sozialleistungen

Pflegeeinrichtungen und Pflegegeldempfänger – Ergebnisse der Pflegestatistik 15. bzw. 31. Dezember 2005
Bestellnr.: K2013 200501

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen in Rheinland-Pfalz – Kassenergebnisse für das 4. Vierteljahr 2006
Bestellnr.: L2023 200644

Personal im öffentlichen Dienst 2005
Bestellnr.: L3023 200500

Jahresabschlüsse öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2004
Bestellnr.: L5013 200400

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und Deutschland im Februar 2007
Bestellnr.: M1013 200702

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Dezember 2006
Bestellnr.: Z1013 200612

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Index der kommunalen Finanzausstattung – Ein länderübergreifender Vergleich der Finanzausstattung der Kommunen (Statistische Analyse No 5)
Bestellnr.: Z2058 200701

E-Mail-Versand:
Schulverzeichnis für berufliche Schulen und Schulen des Gesundheitswesens in Rheinland-Pfalz, Schuljahr 2006/2007
Bestellnr.: B2004E 200700

CD-ROM:
Schulverzeichnis für berufliche Schulen und Schulen des Gesundheitswesens in Rheinland-Pfalz, Schuljahr 2006/2007
Bestellnr.: B2004C 200700

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand (kostenfrei):
Bruttoinlandsprodukt, Bruttowert-
schöpfung in den Ländern und
Ost-West-Großraum-Regionen
Deutschlands 1991 bis 2006 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1
Bestellnr.: P1215E 200600

E-Mail-Versand (kostenfrei):
Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne
und -gehälter in den Ländern
und Ost-West-Großraumregionen

Deutschlands 1991 bis 2006 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2
Bestellnr.: P1225E 200600

E-Mail-Versand (kostenfrei):
Anlagevermögen in den Ländern und
Ost-West-Großraumregionen
Deutschlands 1991 bis 2005 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 4
Bestellnr.: P1245E 200500

E-Mail-Versand:
Verzeichnis der Krankenhäuser und
Vorsorge- oder Rehabilitationsein-
richtungen in Deutschland – Kranken-
hausverzeichnis – Stand: 31.12.2005
Bestellnr.: A4015E 200700

Die Veröffentlichungen können
beim Statistischen Landesamt,
Vertrieb der Veröffentlichungen,
56128 Bad Ems, bestellt wer-
den. Telefon: 02603 71-2450,
Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de steht die überwie-
gende Zahl der aktuellen Statis-
tischen Berichte zum kostenfreien
Download zur Verfügung. Zudem
sind die Neuerscheinungen der
letzten acht Wochen und das wö-
chentlich aktualisierte Verzeichnis
aller Veröffentlichungen abrufbar.

STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER

Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

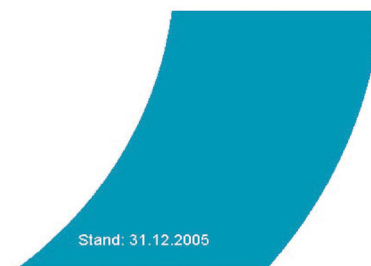
Ab sofort steht das aktualisierte „Verzeichnis der Krankenhäuser und
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland“ mit Stand
vom 31.12.2005 in digitaler Form als ZIP-Datei zur Verfügung. Das
Dateiformat Excel ermöglicht dem Nutzer eine vielfältige, auf die
individuellen Bedürfnisse abgestimmte Recherche auf dem Gebiet der
stationären Gesundheitsversorgung.

Das Verzeichnis basiert auf den Meldungen zur amtlichen Krankenhaus-
statistik für das Berichtsjahr 2005. Es enthält Informationen zu Name und
Adresse, Telefon- und Telefaxnummer, E-Mail- und Internetadresse der
Einrichtungen, zu Name und Art des Trägers sowie über die Anzahl der
aufgestellten Betten nach Fachabteilungen (bei Krankenhäusern zusätz-
lich Anzahl der Tages- und Nachtklinikplätze).

Als Gemeinschaftsprodukt der statistischen Ämter des Bundes und der
Länder kann das Krankenhausverzeichnis zum Preis von 49,00 EUR als
Download bei allen statistischen Ämtern des Bundes und der Länder
bestellt werden.



 STATISTISCHE ÄMTER
DES BUNDES UND DER LÄNDER



Stand: 31.12.2005

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Layout und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Iris Stadler und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.